

Preußische Allgemeine

Nr. 36 · 6. September 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Der Mann, der den Eisernen Vorhang aufriss

Ein Gespräch mit **Miklós Németh**, der vor 35 Jahren die Öffnung der ungarischen Grenze anordnete und damit die Teilung Europas beendete **Seiten 2 und 3**



Ausstellung Der fast vergessene Maler Theo von Brockhusen **Seite 11**



Rallye Wie ADAC und AVD 1929 durch preußische Lande tourten **Seite 23**

VON WERNER J. PATZELT

Offiziell fanden am Wochenende in Sachsen und Thüringen nur Regionalwahlen statt. Gleichwohl sind ihre Ergebnisse – nicht zuletzt aufgrund ihrer Deutlichkeit – auch bundesweit von Bedeutung. So zeigen die Wahlen, zu welchen Folgen das jahrelange Ignorieren und Treibenlassen gravierender Probleme geführt hat und wohin es noch führen wird. Die wichtigsten Erkenntnisse lassen sich in zehn Punkten zusammenfassen:

Erstens wurde bestätigt, dass die „Ampel“ klar an den Wünschen des Volkes vorbei regiert. In beiden Ländern erreichten SPD, Grüne und FDP zusammen weniger als die Hälfte jener Stimmen, die AfD und CDU je für sich allein errangen. So dramatisch wird es im Westen bei kommenden Wahlen zwar nicht kommen. Doch zeigt sich seit Jahren im viel weniger stabilen Osten der Republik, was an Wandel auch auf den Westen zukommen dürfte.

Zweitens ist nun offensichtlich, wie nachteilig es sich für die Union auswirkt, dass sie durch die Migrationspolitik der eigenen Kanzlerin Merkel die AfD so groß werden ließ. In der Hoffnung, man könne durch Verleumdung jener Partei Wähler vom Stimmkreuz für die AfD abhalten, wurde viel zu wenig zur Lösung des Migrationsproblems getan. Bemühungen, ehemalige Unionswähler zurückzugewinnen, gab es erst recht nicht. Nun ist die Union fast überall zu schwach für Koalitionen mit nur einer einzigen anderen Partei – und wird so in Bündnisse gezwungen, die vor fünf, sechs Jahren noch als undenkbar gegolten hätten.

Die „Mutter aller Probleme“

Drittens wird die unkontrollierte Zuwanderung nun endlich als „Mutter aller innenpolitischen Probleme“ erkannt. Seit immer neue Untaten durch Migranten sich nicht mehr als „Einzelfälle“ abtun lassen, werden Korrekturen – wenn auch

Sachsen und Thüringen zeigen, was hierzulande im Argen liegt

Die Landtagswahlen vom Wochenende erschüttern die Republik – und geben auf verschiedene Weise allen Parteien auf, ihren bisherigen Weg zu überdenken

in unterschiedlicher Konsequenz – von fast allen Parteien verlangt. Damit dürfte die nächste Bundestagswahl zu einer Art Volksabstimmung über Deutschlands Migrationspolitik werden.

Viertens könnte auch die AfD erkennen, dass sie ihre Stärke allein ihren populären politischen Positionen verdankt, nicht aber jenen radikalen Tonfällen, mit denen so viele AfDler ihre Sache vertreten. Auch als Wahlsiegerin bleibt die AfD ohne Regierungsmacht, weil sie selbst allzu viele Gründe dafür geliefert hat, dass niemand mit ihr ein Bündnis einzugehen gedenkt. Solange die AfD ihren bisherigen Kurs fortsetzt, wird sich daran nichts ändern.

Fünftens erweist sich für die CDU, dass die von ihr zum Schutz vor linken Angriffen hochgezogenen „Brandmauern“ gegen rechts zu Gefängnismauern geworden sind, in denen Deutschlands Linke die Union noch lange einschließen kann. Mit dem Ergebnis, dass die Union nur noch mit Parteien links von sich koalieren kann. Die breite Bevölkerungsmehrheit wird so auch weiterhin nicht durch eine entsprechende Regierung repräsentiert werden, was den Riss zwischen Volk und Politik weiter vergrößert.

Sechstens beginnen die Grünen zu ahnen, dass ihre Politikziele zunächst an der Wirklichkeit und sodann an den Wählerwünschen zerschellen, sobald sie von unverbindlichen Visionen zu konkreten Rechtsvorschriften werden. Vielleicht

kommen deshalb nun grüne Wandlungsprozesse in Gang wie in den 1950er Jahren bei der SPD, als diese immer wieder gegen die Union verlor, bis sie mit dem Godesberger Parteitag von 1959 mehr Realismus wagte. Gehen die Grünen keinen solchen Reformweg, werden sie verkümmern wie die FDP.

Verzweifelte Wähler

Siebtens zeigt das rasche Wachstum des BSW, wie verzweifelt ein Großteil der Wähler mit den etablierten Parteien ist. Ganz untypisch für deutsche Parteistrukturen konnte in kurzer Zeit eine um eine charismatische Einzelperson herum errichtete Kraft entstehen. Die Migrations- und die Friedenspolitik waren jene Themen, um die herum in linken Gefilden eine Repräsentationslücke aufriss, die es zuvor nur auf der rechten Seite des Parteienspektrums gegeben hatte. Dass man offenbar sowohl als Linker wie auch als Rechter eine vernunftgeleitete Migrationspolitik wünschen kann, mag dazu beitragen, dass diese Thematik nicht länger tabuisiert, sondern als zu lösende Herausforderung erkannt wird.

Achtens ist die Zeit vorbei, in der „jung“ und „links/grün“ als zusammengehörig galten. Wie schon bei der Europawahl schnitten unter den jungen Wählern AfD und CDU am besten ab. Offensichtlich bekommen junge Leute in ihrem Alltag die harten Realitäten der multikultu-

rellen Gesellschaft genauer mit als jene Minderheit in der linksgrünen Echokammer sozial- und geisteswissenschaftlicher Universitätsfächer. Büßt ein Komplex politischer Visionen aber erst einmal seine Attraktivität bei jungen Leuten ein, so gehen die Zeiten kultureller Hegemonie immer schneller vorbei.

Neuntens dürften sich die grundlegenden politischen Meinungsunterschiede bei der Wirtschafts-, Sozial-, Renten-, Energie-, Umwelt- und Militärpolitik so schnell nicht auflösen. Womöglich gelingt einem künftigen Kanzler eine Befreiungsaktion wie einst Gerhard Schröder mit den Agenda 2010-Reformen. Diese machten Deutschland vor gut zwanzig Jahren vom „kranken Mann“ Europas zum wirtschaftlichen und politischen Kraftwerk des Kontinents. Doch auf allzu vielen Gebieten befindet sich unser Land in einem üblen Zustand, weshalb es wohl eher am Beginn einer erst noch zu bewältigenden Krise als an einem Übergang zu neuer Normalität steht.

Zehntens sind das alles keine guten Nachrichten für unsere Partner in Europa. Somit wird eine umsichtige deutsche Führungsrolle – wo es sie überhaupt noch gibt – nicht durch gute Politik im eigenen Land beglaubigt. Daran sind deutsche Regionalwahlen zwar nicht schuld. Doch sind deren Ergebnisse deutliche Alarmsignale für vieles, was in und mit Deutschland im Argen liegt.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie die sozialdemokratische Regierung Dänemarks ihre Asylpolitik neu ausrichtet **Seite 4**

Kultur

Auf den Spuren des vor 250 Jahren geborenen Caspar David Friedrich **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Insterburg eröffneten private Investoren ein neues Uhrenmuseum **Seite 13**

Lebensstil

Ruinentourismus – letzte Zeugnisse deutschen Lebens im Gottscheer Land **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 304401 36
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH
MIT MIKLÓS NÉMETH

Die Ereignisse von 1989/90 sind längst Geschichte. 35 Jahre später sind unzählige historische Abhandlungen und Memoiren der Protagonisten und Zeitzeugen erschienen, sodass die meisten Fakten hinlänglich bekannt sind. Umso erstaunlicher, dass ausgerechnet die Rolle einer der Schlüsselfiguren dieser historischen Entwicklungen der deutschen Öffentlichkeit noch immer kaum bewusst ist. Ein Treffen am Plattensee mit jenem Mann, der im Frühjahr und Sommer 1989 in mehreren Schritten den Eisernen Vorhang öffnete.

Herr Németh, bevor wir zu den Ereignissen von 1989 kommen, möchte ich gern über die Vorgeschichte sprechen. Sie wurden im November 1988 Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn. Sie übernahmen dieses Amt von Károly Grósz, der nur ein Jahr zuvor beide Funktionen, die Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sowie der Regierung, von dem langjährigen kommunistischen Anführer János Kádár übernommen hatte. Wie kam es, dass Sie im Alter von gerade einmal 40 Jahren Regierungschef wurden?

Ungarn hatte in den 80er Jahren ähnliche finanzielle Probleme wie Polen 1981, als das Land bankrottging, dort Unruhen ausbrachen und das Kriegsrecht verhängt wurde. Die Kassen unserer Nationalbank waren leer. Und keiner der Leute auf der Apparatschik-Ebene hatte eine Ahnung, wie man den großen Abgrund vermeiden konnte.

Aber anders als in Polen waren die ungarischen Kommunisten klug genug, eine jüngere Generation in Aktion treten zu lassen, zu der auch ich gehörte. Ich hatte nicht nur in Budapest, sondern auch in den Vereinigten Staaten Wirtschaftswissenschaften studiert und kannte somit das Wesen der Marktwirtschaft, der Geld- und der Haushaltssysteme. So wurde ich zunächst Mitarbeiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Zentralkomitees und empfahl zusammen mit anderen Experten ein Maßnahmenpaket, das uns half, den Staatsbankrott abzuwenden. Und so wurde ich 1986 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des ZK und im November 1988 Premierminister von Ungarn.

Aber ein reformorientierter Premierminister allein macht noch keine neue Politik.

Das stimmt. Deshalb bin ich nach meiner Ernennung zu Grósz gegangen und habe ihm gesagt, dass ich gern eine eigene Regierung aus Experten, denen ich vertraue, bilden würde. Und er sagte: „Wenn es dir gelingt, ein Ja‘ von der Volksfront zu bekommen“ – Ungarn wurde wie die DDR von einer Mehrparteienkoalition unter kommunistischer Führung regiert –, „werde ich das Zentralkomitee bitten, auf das Vorrecht zu verzichten, die Mitglieder der Regierung zu ernennen.“

Und Grósz hielt sein Wort. So schrieben das Zentralkomitee der kommunistischen Partei und die Volksfront im Mai 1989 offiziell einen Brief an den Parlamentspräsidenten, dass sie von nun an auf ihr Recht zur Ernennung, Auswahl und Abberufung des Ministerpräsidenten und der Minister verzichten würden. Das war der eigentliche Beginn des Übergangs, weil ich so die Nabelschnur zwischen der Regierung und der Partei durchtrennte.

Was waren Ihre Ziele, als Sie angingen?

Neben der Lösung der wirtschaftlichen Probleme war es mein Hauptziel, zu jenem Punkt zurückzukehren, an dem Ungarn seinen Weg nach vorn verloren hatte. Das war 1948. Bis dahin war Ungarn eine Republik, doch dann übernahmen die Kommunisten die Macht und beseitigten die Demokratie. Ich wollte an diesen Punkt zurückkehren und einen neuen Weg der Freiheit und Demokratie einschlagen.

Ein großes Glück für mich war, dass Michail Gorbatschow zu dieser Zeit bereits Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war. Zuvor war er im sowjetischen Zentralkomitee für die Landwirtschaft zuständig gewesen. In dieser Funktion war er 1984 nach Ungarn gekommen, und ich



Ministerpräsident mit gerade einmal 40 Jahren: Miklós Németh, hier während eines Parteitags der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei im Mai 1989 Foto: action press

„Es gab nur eine Lösung – die vollständige Öffnung der Grenze“

Die Geschichte eines Mannes, der 1989 den Eisernen Vorhang zwischen Ungarn und Österreich aufriss und damit den Weg zur deutschen Einheit freimachte

hatte die Aufgabe, das Besuchsprogramm zu organisieren und den Gast aus Moskau zu begleiten. Gemeinsam besuchten wir Staatsbetriebe, Genossenschaften, Privatbetriebe und große landwirtschaftliche Fabriken.

Ich erinnere mich noch an das Gesicht von Gorbatschow. Klare Augen, ein Lächeln, kein Versuch, einen mit der Zunge zu küssen, nicht einmal eine Umarmung. Er begrüßte einen einfach auf eine zivilisierte Art und Weise. Er machte sich die ganze Zeit über Notizen und am zweiten Tag wandte er sich an mich und sagte: „Von nun an, Genosse Németh, nennen Sie mich bitte nicht mehr Genosse Gorbatschow, sondern Michail Sergejewitsch.“

Ihr erstes Treffen als Premierminister mit ihm hatten Sie dann 1989?

Ja. Am 3. März fuhr ich nach Moskau, um Nikolai Ryschkow, den Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion, zu treffen. Geplant war auch ein zwanzigminütiger Besuch bei Gorbatschow, aus dem dann zweieinhalb Stunden wurden.

Ich hatte fünf wichtige Punkte mit nach Moskau gebracht. Der erste war zu prüfen, ob die Breschnew-Doktrin über die „begrenzte Souveränität“ der kommunistischen Staaten noch galt oder nicht. Ich zitierte also einige Sätze aus vorherigen Reden Gorbatschows und fragte: „Irre ich mich, Michail, wenn ich es so interpretiere, dass ihr von nun an nicht mehr in die sozialistischen Länder eingreifen werdet?“ Und er sagte: „Jede Regierung ist für ihr Volk und ihr Land selbst verantwortlich.“ Daraufhin sagte ich: „Ich verlange nicht, dass du zustimmst, ich berichte dir nur, dass wir sehr bald den Eisernen Vorhang an der ungarisch-österreichischen Grenze niederreißen werden.“ Und er sagte lediglich: „Das liegt an euch.“

Gorbatschow war übrigens nicht der erste ausländische Politiker, mit dem ich über

dieses Thema gesprochen habe. Das war der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky Ende Januar 1989. Als ich Vranitzky von meinen Plänen erzählte, war der jedoch keineswegs glücklich. Ich erklärte ihm, dass wir nicht genug Geld hatten, um den Eisernen Vorhang zu renovieren, und er sagte: „Gut, Sie haben etwas Geld in Ihrem Budget gespart, aber durch diese Ankündigung haben Sie einige Milliarden Schilling zusätzlich auf mein Budget gelegt! Denn ab jetzt muss ich die Grenztruppen auf der österreichischen Seite verstärken.“

Stimmt es, dass Sie, als Sie Premierminister wurden und sich den Haushalt für 1989 ansahen, erstaunt waren über einen riesigen Posten darin, der keinen Namen hatte?

Nur ein Codename, ja. Ich habe die Haushaltsexperten gefragt, was sich hinter diesem Code verbirgt, und die sagten mir, dass es sich dabei um die veranschlagte Summe für die Sanierung des Eisernen Vorhangs handelt. Ich sagte, dass wir uns diese Kosten nicht mehr leisten könnten und besprach das auch mit Grósz, der zustimmte, aber meinte, dass wir uns dafür mit den Russen abstimmen müssten. Also sagte ich: „Okay, ich fahre nach Moskau und trage das Gorbatschow vor.“

Mein zweiter und dritter Punkt bei meinem Treffen in Moskau waren der Abzug der sowjetischen Truppen und der Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen von ungarischem Boden. Mein vierter Punkt war die Wiederherstellung unserer Beziehungen zum Vatikan und einigen anderen Staaten. Der fünfte Punkt war die Finanzierung des Regimes des Warschauer Paktes. Ich sagte zu Gorbatschow, dass ich dafür von jetzt an keinen Cent mehr geben werde, weil wir diesen letzten Cent brauchen, um Ungarn am Leben zu erhalten. Er sagte: „Im Grunde hast du Recht. Aber wenn ihr keinen Beitrag in harter

„Der Witz an der Sache ist, dass der Zaun im Juni 1989 praktisch gar nicht mehr existierte. Wir mussten also 200 Meter Grenze wieder hinstellen, damit Alois Mock und Gyula Horn etwas zum Zerschneiden hatten“

Währung leistet, werdet ihr von diesem Moment an unser Öl und Gas in harter Währung auf dem Weltmarktniveau bezahlen.“ Ich dachte, wenn das der Preis für mehr Souveränität ist, dann soll es so sein.

Darüber hinaus habe ich Gorbatschow auch gesagt, dass ich unser Land zu den ersten freien Wahlen und einem offenen Mehrparteiensystem führen würde. Doch damit war er nicht einverstanden. Auch er wollte zu einem Punkt zurückkehren, an dem sein Land eine falsche Richtung eingeschlagen hatte. Aber nicht, wie ich, zu dem Punkt, an dem das Land vom demokratischen Weg abgewichen war, sondern zu Lenins Neuer Ökonomischer Politik, die der Sowjetunion zwar einen gewissen Wohlstand gebracht, aber die Macht der kommunistischen Partei nicht angetastet hatte.

Bevor ich ging, sprachen wir über die Intervention in Ungarn im Jahr 1956, und am Ende hob er die Arme von seinem Stuhl und sagte: „Solange ich auf diesem Stuhl sitze, wird sich ’56 niemals wiederholen.“

Sie konnten also von nun an ziemlich sicher sein, dass es kein sowjetisches Eingreifen geben würde, wenn Sie den Eisernen Vorhang einreißen würden.

Richtig. Aber natürlich konnten wir uns nicht absolut sicher sein. Deshalb haben wir Ende April 1989 mit einer offiziell geheimen, aber gut sichtbaren Aktion im Dreiländereck zu Österreich und der Tschechoslowakei begonnen. Wir begannen, den Stacheldraht vor den Augen unserer Nachbarn und der Russen aufzurollen – und es gab keinen Telefonanruf!

Die einzige Reaktion war, dass die Russen einige Tage später 10.000 ihrer Soldaten aus unserem Land abzogen. Das war ein starker Beweis dafür, dass Gorbatschow sein Wort halten würde. So konnten wir im April und Mai den Stacheldraht entlang unserer Grenze zu Österreich weiter aufrollen, und im Juni

gab es praktisch keinen Eisernen Vorhang mehr zwischen unseren Ländern.

Doch die Welt nahm keine Notiz davon. Genau. Deshalb schlug das Außenministerium in Wien eine Veranstaltung vor, bei der die österreichischen und ungarischen Minister symbolisch den Eisernen Vorhang durchschneiden sollten. So kam es am 27. Juni zu der berühmten Veranstaltung in der Nähe von Sopron zwischen Alois Mock und Gyula Horn.

Der Witz an der Sache ist, dass der Zaun zu diesem Zeitpunkt praktisch gar nicht mehr existierte. Wir mussten also 200 Meter Grenze wieder hinstellen, damit die beiden Minister etwas zum Zerschneiden hatten. Wenn man sich die Bilder genau ansieht, erkennt man, dass diese Drähte niemals eine Grenze gewesen sein können. Aber die Medien glaubten es und feierten den Tag als den Moment, an dem der Eiserner Vorhang durchschnitten wurde.

Für mich war es wichtiger, dass es immer noch keine Reaktion aus Moskau gab. So hatten wir einen weiteren Beleg dafür, dass wir unseren Weg fortsetzen konnten.

Wie waren die Reaktionen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten?

Im Juli 1989 fand in Bukarest ein Treffen des Bündnisses statt. Alle kommunistischen Führer waren anwesend. Da Honecker im Krankenhaus lag, leitete Willi Stoph die DDR-Delegation, aber während des Treffens brach er zusammen und wurde nach Berlin geschickt.

Und dann hat der Gastgeber Ceaușescu mit Unterstützung der Tschechoslowaken, der Bulgaren und der Reste der DDR-Delegation – vor unseren Augen (!) – eine Intervention des Warschauer Paktes angeregt. Natürlich sprachen sie nicht von Militär. Sie sprachen freundlich davon, den Genossen in Polen und vor allem in Ungarn, „zu helfen“ ... Und Gorbatschow? Er hat mir freundlich zugewinkert. Und als er als letzter Redner sprach, erwähnte er keine der von Ceaușescu, Husák oder Schiwkow angesprochenen Punkte.

Auf dem Weg zum Abendessen legte er mir dann den Arm um die Schulter und sagte: „Miklós, wie geht es euren Gästen am Balaton und in Budapest?“ Er hatte also Berichte über die DDR-Flüchtlinge – ich nenne sie so, weil ihre Landsleute echte Flüchtlinge waren –, die da bereits zuhause in Ungarn waren. Mehr geschah nicht. Das war also wieder ein Beweis, dass wir Gorbatschow vertrauen konnten.

Die Flüchtlinge aus der DDR spielten eine wichtige Rolle in der Dynamik der folgenden Wochen ... Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Öffnung des Eisernen Vorhangs war das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989. Waren Sie darüber im Vorfeld informiert?

Ja. Wir wussten seit ungefähr Anfang Juli davon. Die Organisatoren baten Imre Pozsgay von unserer Regierung und auf der anderen Seite Otto von Habsburg, die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung zu übernehmen. Ich unterstützte die Idee einer symbolischen vorübergehenden Öffnung der Grenze von ganzem Herzen und empfahl Pozsgay, die Einladung anzunehmen. Aber als wir die Nachricht erhielten, dass Habsburg seine Tochter Walburga gebeten hatte, ihn zu vertreten, konnten wir keinen Minister dorthin schicken. Deshalb war unsere Regierung

nicht offiziell in Sopron vertreten, jedoch verlasen die Organisatoren beim Picknick ein Grußwort von Pozsgay.

Dass das Picknick am Ende nicht nur von einigen wenigen Menschen besucht, sondern von Hunderten von DDR-Bürgern überrannt wurde, war nicht verwunderlich. Denn zu diesem Zeitpunkt waren die Flüchtlinge nicht mehr nur in der westdeutschen Botschaft, sondern in unserer gesamten Hauptstadt und im Gebiet rund um den Balaton.

Wir stellten auch fest, dass überall Flugblätter verteilt wurden, die zum Picknick einluden. Ich rief Horst Teltschik an, die Schlüsselfigur im Umfeld von Helmut Kohl, und fragte ihn, ob die deutsche Regierung etwas damit zu tun habe, und er sagte nur: „Die Geschichte wird es richten, und es ist zu früh, um etwas darüber zu sagen.“ Es war also offensichtlich, dass deutsche Behörden involviert waren, und so gab ich dem Militär und der Polizei den Befehl, dass ich keine Patrouillen rund um das Picknick sehen wollte.

Eine phantastische Aufgabe spielte in dieser Zeit die Organisation der Malteser, die erst Anfang Februar ’89 offiziell in Ungarn gegründet worden war. Sie wurde von Imre Kozma, einem Priester, geleitet und versorgte die Flüchtlinge mit allem, was diese brauchten. Ich bekam Berichte über 60.000, 80.000 und mehr DDR-Bürger hier. Es war eine große Anstrengung, die notwendige Hilfe für diese Menschen zu organisieren. Aber gemeinsam haben wir es geschafft.

Wie reagierten die Kommunisten in Ost-Berlin auf diese Situation?

Sie schickten ihren Verteidigungsminister Heinz Kefßler. Er sprach mit seinem Amtskollegen bei uns, Ferenc Kárpáti, und sagte: „Das sind unsere Bürger.“ – „Ja, ich weiß“, antwortete Kárpáti, „aber das ist unsere Grenze.“

Wenige Tage später kam Gerhard Schürer, ein Mitglied des Politbüros, zu mir. Parallel dazu reiste Ost-Berlins Außenminister Oskar Fischer nach Moskau. Schließlich wurde ein offizielles Schreiben des gesamten Politbüros an Gorbatschow gesandt. Aber dessen Antwort, die von Schewardnadse geschickt wurde, lautete, dass dies ein Problem zwischen Ungarn und der DDR sei.

Da ich alle Informationen aus dem Umfeld von Gorbatschow hatte, konnte ich Schürer erklären, dass ich in dieser Angelegenheit auf keinen Fall einen Rückzieher machen würde. Und er flehte mich an: „Ich kann nicht mit leeren Händen zurückgehen. Würdet ihr uns wenigstens erlauben, unsere Agenten in Ungarn zu verdoppeln und zu verdreifachen und sie in die Lager gehen zu lassen und zu versuchen, unsere guten Bürger zur Rückkehr zu bewegen?“ Ich hatte Mitleid mit ihm und seiner Situation und sagte: „Okay, ihr könnt sie schicken. Viel Glück!“

Aber es war offensichtlich, dass diese Situation kein Dauerzustand sein konnte.

Exakt. Deshalb habe ich unserer Regierung gesagt, dass es nur eine Lösung des Problems gibt – die vollständige Öffnung der Grenze. Aber wir mussten die Österreicher und Westdeutschen vorher informieren, damit sie sich auf die neue Lage einstellen konnten.

So kam es, dass ich zusammen mit Gyula Horn am 25. August nach Bonn flog, um in einem Geheimgespräch auf Schloss Gymnich



Ende des Eisernen Vorhangs: Ende April 1989 begann Ungarn, seine scharf gesicherten Grenzanlagen zu Österreich abzubauen. Im Bild Demontagearbeiten bei Hegyeshalom (Ungarn) am 2. Mai 1989

Foto: pa

Kohl und Genscher zu treffen. Als ich den Deutschen von unserem Plan erzählte, kamen Kohl die Tränen. Er fragte mich mehrmals, was wir im Gegenzug dafür haben wollten. Aber meine einzige Antwort war, dass wir Ungarn keine Menschenhändler sind.

Am nächsten Morgen rief Kohl Gorbatschow an, weil er nicht glauben konnte, dass ich mich in dieser Angelegenheit nicht mit Moskau abgestimmt hatte. Deutschen und russischen Quellen zufolge herrschte nach Kohls Frage ein etwa dreißigsekündiges Schweigen am anderen Ende der Leitung. Und dann sagte Gorbatschow: „Die Ungarn sind gute Menschen, und Sie können Herrn Miklós Németh vertrauen.“

Doch die Deutschen brauchten nicht nur Zeit, um Zelte, Lebensmittel und Gesundheitseinrichtungen zu organisieren, sondern auch Sicherheitsmaßnahmen. Denn eine offene Grenze würde nicht nur Flüchtlinge, sondern auch professionelle Stasi-Agenten passieren lassen. So vereinbarten wir mit unseren deutschen Partnern, dass wir die Grenze direkt am nächsten Morgen öffnen würden, sobald sie mir meldeten, dass sie bereit waren. Wir haben uns dann auf den 6. September geeinigt.

Allerdings wurde die Grenze dann nicht am 6. September geöffnet. Warum?

Einige Tage vor dem 6. erhielt ich gegen Mitternacht einen aufgeregten Anruf von Teltschik, dass der stellvertretende SPD-Vorsitzende Karsten Voigt der deutschen Presse mitgeteilt hatte: „Wir Sozialdemokraten mussten nach Budapest fahren, um eine Lösung zu finden. Ich bin nicht befugt, Ihnen die Lösung zu nennen, aber ...“ Teltschik sagte mir auch, dass der Kanzler sehr verärgert und sehr enttäuscht von mir sei.

Was war geschehen? Am nächsten Tag erfuhr ich, dass Voigt – der mit einer Delegation seiner Partei in Budapest gewesen war, um sich mit den Führern der ungarischen Sozialisten zu treffen, nicht mit mir – während dieses Treffens von unseren Plänen zur Öffnung der Grenze erfahren hatte. Es war also klar, dass wir einen anderen Tag finden mussten.

Ich rief Teltschik erneut an, berichtete, was in Budapest geschehen war, und schlug vor, die Grenze einige Tage später zu öffnen. Während des Telefongesprächs blätterte Teltschik in seinem Terminkalender, ging die Tage durch – und fragte: „Wie wäre es mit der Nacht vom 10. auf den 11.?“ Teltschik war ein treuer Soldat Kohls. Ich wusste nicht, dass an jenem Sonntagabend der Parteitag der CDU in Bremen beginnen würde. So schaute ich nur in meinen Kalender und sagte: „Ok, am Abend des Sonntags, den 10. Prima.“ Denn in Ungarn gibt es eine beliebte Fernsehsendung, „Die Woche“, die um 19 Uhr beginnt.

Der Plan war dann, dass beide Außenminister, Horn und Genscher, die Nachricht am 10. September kommentieren sollten. Doch Kohl hatte andere Vorstellungen. Im Gegensatz zu seinen innerparteilichen Gegnern Süßmuth, Späth und den anderen wusste er, dass an diesem Abend etwas Außergewöhnliches geschehen würde. So bat er die Kongressorga-

„Als ich den Deutschen von unserem Plan erzählte, die Grenzen vollständig zu öffnen, kamen Kohl die Tränen. Er fragte mich mehrmals, was wir im Gegenzug dafür haben wollten. Aber meine einzige Antwort war, dass wir Ungarn keine Menschenhändler sind“

Allerdings wurde die Grenze dann nicht am 6. September geöffnet. Warum?

Einige Tage vor dem 6. erhielt ich gegen Mitternacht einen aufgeregten Anruf von Teltschik, dass der stellvertretende SPD-Vorsitzende Karsten Voigt der deutschen Presse mitgeteilt hatte: „Wir Sozialdemokraten mussten nach Budapest fahren, um eine Lösung zu finden. Ich bin nicht befugt, Ihnen die Lösung zu nennen, aber ...“ Teltschik sagte mir auch, dass der Kanzler sehr verärgert und sehr enttäuscht von mir sei.

Was war geschehen? Am nächsten Tag erfuhr ich, dass Voigt – der mit einer Delegation seiner Partei in Budapest gewesen war, um sich mit den Führern der ungarischen Sozialisten zu treffen, nicht mit mir – während dieses Treffens von unseren Plänen zur Öffnung der Grenze erfahren hatte. Es war also klar, dass wir einen anderen Tag finden mussten.

Ich rief Teltschik erneut an, berichtete, was in Budapest geschehen war, und schlug vor, die Grenze einige Tage später zu öffnen. Während des Telefongesprächs blätterte Teltschik in seinem Terminkalender, ging die Tage durch – und fragte: „Wie wäre es mit der Nacht vom 10. auf den 11.?“ Teltschik war ein treuer Soldat Kohls. Ich wusste nicht, dass an jenem Sonntagabend der Parteitag der CDU in Bremen beginnen würde. So schaute ich nur in meinen Kalender und sagte: „Ok, am Abend des Sonntags, den 10. Prima.“ Denn in Ungarn gibt es eine beliebte Fernsehsendung, „Die Woche“, die um 19 Uhr beginnt.

Der Plan war dann, dass beide Außenminister, Horn und Genscher, die Nachricht am 10. September kommentieren sollten. Doch Kohl hatte andere Vorstellungen. Im Gegensatz zu seinen innerparteilichen Gegnern Süßmuth, Späth und den anderen wusste er, dass an diesem Abend etwas Außergewöhnliches geschehen würde. So bat er die Kongressorga-

nisatoren um einen Aufschub nach dem anderen. Als er wenige Minuten vor sieben von der Bühne trat, hielt ihm jemand ein Mobiltelefon hin. Gegen 19.10 Uhr teilte er dem Publikum dann mit, dass er gerade die Nachricht aus Budapest erhalten habe, dass die Ungarn ab Mitternacht die Grenze öffnen würden. Mit dieser Information waren die Querelen in der CDU beendet – und der Rest ist Geschichte ...

„Der Rest ist Geschichte ...“ Wie wahr! Für Sie brachte die neue Ära den Verlust der Macht. Haben Sie jemals bedauert, wie die Entwicklung von 1988 bis 1990 für Sie und Ihr Land verlaufen ist?

Die Antwort auf diese Frage hat zwei Seiten. Auf der einen war das kommunistische System unreformierbar. Außerdem hat das ungarische Volk die politische Freiheit gewonnen, die es gewollt hatte. Auf der anderen Seite kann ich jedoch als Ökonom mit der Entwicklung nicht zufrieden sein. Das hohe Tempo der Transformation führte dazu, dass sich unsere Wirtschaft nicht ausreichend auf die neue Zeit vorbereiten konnte. Infolgedessen sind die großen Industrie- und Handelsunternehmen in Ungarn heute meist Niederlassungen ausländischer Investoren.

Das Problem war, dass von dem Moment an, wo wir den Weg zu freien Wahlen freimachten, alle Oppositionsgruppen nur noch an ihren eigenen Vorteil dachten und so schnell wie möglich an die Macht wollten. Mein Ansatz war, in Ruhe zu analysieren, welchen Vorbildern für einen erfolgreichen Regimewechsel wir folgen könnten und welche Art von Kapitalismus wir eigentlich wollten – den amerikanischen, den skandinavischen, den deutschen oder den südeuropäischen? Doch ausgerechnet mir, der zuvor persönlich mit seinem Engagement für die Freiheit unseres Landes und die Öffnung des Eisernen Vorhangs ein hohes Risiko eingegangen war, wurde dann vorgeworfen, „nicht vertrauenswürdig“ zu sein, weil ich angeblich ein Kommunist sei. Sie können sich vorstellen, dass diese Erfahrung sehr enttäuschend war.

In wenigen Tagen jährt sich der 11. September 1989 zum 35. Mal. Ärgert es Sie, dass dieser Tag kaum im öffentlichen Gedächtnis verankert ist?

Die historische Erinnerung hängt meist von der politischen Gegenwart ab. Wenn unsere Sozialisten und Liberalen eine Regierung bildeten, feierten sie immer den 27. Juni, den Tag von Mock und Horn, als Hauptereignis. Und wenn die Konservativen die Regierung führen, feiern sie das Paneuropäische Picknick. Aber was wäre gewesen, wenn diese beiden Ereignisse nicht stattgefunden hätten? Hätten Herr Németh und seine Regierung die Grenze geöffnet? Die Antwort lautet: Ja.

Ich leugne keineswegs die symbolische Bedeutung der beiden Ereignisse. Aber ich bedauere, dass der 11. September 1989 – das große Ereignis, das Zehntausenden ermöglichte, ungehindert die Grenze zu überqueren und die Freiheit zu erlangen, die sie wollten – ein wenig in Vergessenheit geraten ist.

Das Interview führte René Nehring.



Im Gespräch über die Geschichte: Miklós Németh (li.) und PAZ-Chefredakteur René Nehring im Sommer 2024 am Balaton

Foto: neh

● MELDUNGEN

Garnisonkirche
beschmiert

Potsdam – Nur wenige Tage nach der feierlichen Eröffnung des wiederaufgebauten Turms der Potsdamer Garnisonkirche ist das Gebäude zum Ziel eines Farbangriffs geworden. In Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war der Kirchturm am 22. August in einer Feierstunde offiziell eröffnet worden. In der Nacht vom 25. zum 26. August haben nach Erkenntnissen der Polizei unbekannte Täter den Neubau mit Luftballons beworfen, die mit roter Farbe gefüllt waren. Als Folge der Aktion sind nach laut eines Polizeisprechers an dem Kirchturm zwei rote Farbanhaftungen in einer Höhe von etwa sechs bis acht Metern entstanden. Zudem stellte die Polizei auch im Sockelbereich des Neubaus und auf dem gepflasterten Fußweg rote Farbe fest. Zur entstandenen Schadenshöhe konnte Beatrix Fricke, Sprecherin der Stiftung Garnisonkirche, vorerst keine Angaben machen. Die Stiftung hat Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet. *H.M.*

Medienhaus im
Hamas-Fokus

Berlin – Das Verlagsgebäude des Berliner „Tagesspiegel“ ist in der Nacht zum 27. August mit roter Farbe sowie mit Parolen und einem Symbol der Terrororganisation Hamas beschmiert worden. Nach Angaben der Polizei waren von der Aktion unbekannte Täter das Erd- und das erste Obergeschoss sowie der Gehweg vor dem Gebäude am Askanischen Platz betroffen. Am Garagentor brachten die Täter den Schriftzug „German Media Kills!“ (deutsche Medien töten) an. Zudem entdeckte die Polizei am Gebäude ein aufgemaltes rotes Dreieck. Das Symbol benutzen die Hamas beziehungsweise die Unterstützer der palästinensischen Terrororganisation, um Ziele für Angriffe zu markieren. „Tagesspiegel“-Co-Chefredakteur Christian Trethar bewertete die Farbschmiereien als einen Angriff auf die freie Berichterstattung. Der polizeiliche Staatsschutz nahm unterdessen Ermittlungen auf. *H.M.*

Deutsche fühlen
sich getäuscht

Berlin – Die Mehrheit der Bundesbürger glaubt, dass die Bundesregierung die Bevölkerung während der Coronapandemie vorsätzlich getäuscht hat. Das ergab eine Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut INSA. Zehn Prozent sehen die Lügner dabei ausschließlich in der seit Ende Dezember 2021 an der Macht befindlichen Ampelregierung, während weitere zehn Prozent sich nur von der zuvor amtierenden Großen Koalition betrogen fühlen. Hinzu kommen nochmals 31 Prozent, die davon überzeugt sind, dass beide Bundesregierungen die Bürger gezielt hinter das Licht führten. 33 Prozent der Umfrageteilnehmer meinten dagegen, sie seien stets korrekt informiert worden. Und 16 Prozent konnten oder wollten keine Angaben machen. Von den AfD-Wählern bezichtigten 80 Prozent die Bundesregierung der Lüge, und von den FDP-Wählern 60 Prozent. Aber 55 Prozent der Grünen-Anhänger vertrauten der Regierung total. *W.K.*



FOTO: ULLSTEIN BILD - SNAPSHOT-PHOTOGRAPHY

Vorbild aus dem Norden: Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen bei Kanzler Scholz 2023 in Berlin

EINWANDERUNGSBEGRENZUNG

Kopenhagen zeigt, dass es geht

Dänemarks sozialdemokratische Regierung betreibt eine restriktive Asylpolitik

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Der islamistische Messeranschlag von Solingen hat die politischen Wogen in Wallung gebracht. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sprechen eine eindeutige Sprache, und die Wahlen in Brandenburg stehen bevor. All das geschah unter dem Eindruck der brutalen Messertat eines Syriers, der schon lange hätte abgeschoben werden müssen. Ähnliche Taten lassen den Staat mittlerweile regelrecht hilflos erscheinen. Das fürchtet die Union.

Aufforderung, jetzt zu handeln

CDU-Chef Friedrich Merz geht daher die Themen Asyl und Zuwanderung im großen Stil grundlegend als „Notlage“ an, schnörkellos und direkt wie kaum zuvor ein Politiker. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), dem er vorwirft, ihm entgleite das komplette Land, schlug er nicht weniger vor, als die Koalition mit FDP und Grünen zu umgehen, um endlich nötige Gesetze

mit Mehrheiten zusammen mit der CDU/CSU-Fraktion rasch durchzubringen: Nationaler Notstand mit Grenzkontrollen an deutschen EU-Grenzen, Asylstopp für Syrer und Afghanen, Abschiebungen auch in diese Länder. Der Tenor ist dabei: Was gesetzlich nicht möglich ist, erfordert halt neue Gesetze – jetzt und sofort. Scholz bleibt damit die Wahl zwischen einem Koalitionsende oder einem für alle sichtbaren Ende politischer Vernunft. Entsprechend hat Scholz binnen Stunden den Spieß umgedreht mit einem Gegenentwurf der Koalition.

Die politische „Komfortzone“, wie Oppositionsführer Merz es nennt, zu verlassen, heißt für ihn, sich ein Beispiel an Dänemark zu nehmen. Das Land, das kurz vor Solingen in vielen deutschen Medien wegen seiner aktuellen „Abschiebelager ohne Ausgang“ als nahezu abschreckend vorgeführt wurde. Die Kernforderungen von Merz nach mehr Kompetenz für die Polizei, Änderungen des Aufenthaltsrechts und der Asylbewerberleistungen sind dort nämlich längst Realität. Die

Stadt Aarhus schickt beispielsweise Asylbewerber, die keine Arbeit finden, zum gemeinnützigen Putzen und Reinigen öffentlicher Einrichtungen, Parks und Plätze. Der Stadtrat erklärt dazu: „Die Kinder in den Familien sollen sehen, dass Arbeit den Alltag bestimmt, nicht Stütze.“

Dialog und harte Hand gehören dabei in dem Modellprojekt für das ganze Land zusammen. Ein Programm, IS-Rückkehrer direkt anzusprechen und im Rahmen des sogenannten inländischen Terrorismus Prävention zu leisten, sieht die Stadt nicht als Widerspruch zum konsequenten Umgang mit den entsprechenden Straftätern.

Wohlfühlen nicht gewünscht

Die Prüfung von Asylanträgen für Dänemark in Drittländern ist für Deutschlands nordischen Nachbarn ebenso Realität wie Abschiebeeinrichtungen, „in denen man sich nicht wohlfühlen soll. Schließlich sollen diese Menschen wissen, dass sie nicht beziehungsweise nicht mehr willkommen sind“, so der für Zuwanderung zuständige

dänische Minister, der Sozialdemokrat Kaare Dybvad Bek.

Sein Vorgänger bis 2022, der Sozialdemokrat äthiopischer Abstammung Mattias Tesfaye bilanzierte im Januar jenes Jahres: „Die Hälfte der Asylbewerber in Europa ist in keiner Weise schutzbedürftig, und es sind mehrheitlich junge Männer.“ In Kopenhagen lässt die sozialdemokratische und somit eher „linke“ Regierung ein ganzes Stadtviertel umgestalten, weil Kriminalität, Arbeitslosigkeit und die Gewalt dort Dänen abschreckten – „so etwas werde ich nie in meinem Leben zulassen“, ließ Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen dazu verlauten: „Das Getto wird abgerissen, Punkt.“

Abkehr von SPD-Werten

Spontanes Asyl ist in Dänemark abgeschafft. Es gibt kein Asyl mehr an der Landesgrenze, externe Auffangzentren sind vorgesehen, strenge Regeln bei Familienzusammenführung insbesondere von Ehepartnern bestimmen den Alltag – die Liste dessen, was die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung noch vor Monaten am dänischen Weg massiv anprangerte, liegt nun aber auch für Deutschland auf dem Tisch der politischen Wirklichkeit. Denn was in Dänemark eine breite Mehrheit – einschließlich der politischen Linken – gutheißt, ist EU-weit die Blaupause für entsprechende neue Gesetze, nur in Deutschland bisher nicht.

Die „bemerkenswerte Abkehr von sozialdemokratischen Werten“, welche die besagte Stiftung ihren nordischen Kollegen vorhält, geht weiter, als Bundeskanzler Scholz’ aktueller „Gegenvorschlag“ zu Merz. Das dänische Ausreisezentrum Ellebæk, laut Anti-Folter-Komitee des Europarats (CPT) angeblich nicht für Menschen geeignet und „schlimmer als russische Einrichtungen“ steht aktuell besonders im Fokus. Dänemarks zuständiger Minister konterte, es solle ja auch nicht „behaglich“ sein.

Sozialstaat bedroht

Mit Rückkehrprämien, permanenten Grenzkontrollen – auch zur deutschen Grenze hin, der Einstufung von Syrien als „sicherer“ Staat und somit Abschiebeland setzt Dänemark dem handlungsunfähigen Asylsystem Deutschlands ein Modell entgegen. Die Entscheidungen begründen Regierungskreise in Kopenhagen keineswegs nur mit Rechtsheft und Handlungsfähigkeit – für die Dänen geht es bereits um sehr viel mehr. Denn ein funktionierender Sozialstaat könne nicht mehr aufrechterhalten werden, wenn er durch unkontrollierte Zuwanderung erodiert werde. Die neue Konsequenz kann somit auch als linkes europäisches Projekt verstanden werden.

RÜCKFÜHRUNG

Schwarzer-Peter-Spiele bei Abschiebungen

Verantwortungslos: Berlin und Brandenburg machen vor, wie es nicht geht

Es ist fast schon wieder ein Jahr her, dass Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, diejenigen, „die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben“, müssen „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden. Passiert ist seither kaum etwas. Klar ist: Sowohl die „Abschiebeoffensive“ samt 16-Punkte-Plan, die Angela Merkel noch im Wahljahr 2017 angekündigt hatte, als auch die Forderung nach Abschiebungen „im großen Stil“ von Scholz sind weitgehend folgenlos geblieben. Auch das im Januar vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ hat zu keiner Rückführungsoffensive geführt. Bereits als Innenministerin Nancy Faeser ihren Entwurf für das Gesetz präsentiert hatte, musste sie einräumen, dass gerade mal mit 600 zusätzlichen Abschiebungen pro Jahr zu rechnen sein würde.

Mit Stand Juni 2024 belief sich die Zahl der „unmittelbar Ausreisepflichtigen“ Personen bundesweit auf 44.155. Abgeschoben wurden im ersten Halbjahr lediglich rund 9500 Ausländer. Statt messbarer Aktivität werden vielmehr gegenseitige Schuldzuweisungen in Gang gesetzt. Faeser und Landesregierungen schieben sich dabei gegenseitig den Schwarzen Peter für die geringe Zahl von Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer zu.

Wenige Wochen vor der Brandenburger Landtagswahl am 22. September forderte auch Ministerpräsident Dietmar Woidke schnellere Abschiebungen von Personen, die keinen Aufenthaltstitel haben. Nicht ganz dazu passt, dass er an der Spitze einer rot-schwarz-grünen Landesregierung ein Projekt namens „Spurwechsel“ mitgetragen hat. Ausdrückliches Ziel

des Projekts des grün-geführten Sozialministeriums ist es, Ausländern, die nur einen Duldungsstatus haben, einen gesicherten Aufenthaltstitel zu verschaffen.

Zu Beginn dieses Jahres waren in Brandenburg 4400 Personen als „vollziehbar ausreisepflichtig“ eingestuft. Abgeschoben beziehungsweise freiwillig ausgereist sind bis Ende Mai aber nur 468 Personen. Woidke sieht nun Bundesinnenministerin Faeser in der Pflicht, die Abschiebezahlen steigen zu lassen. Faeser ist tatsächlich dafür zuständig, Abschiebeabkommen mit den Herkunftsländern auszuhandeln. Auch das grün-geführte Auswärtige Amt muss per Lageeinschätzungen zu den jeweiligen Herkunftsländern grünes Licht geben.

Allerdings muss sich das Land Brandenburg vorwerfen lassen, die Verantwor-

tung für Abschiebungen lange an die Landkreise und Kommunen delegiert zu haben. Kein Wunder, dass die Ausländerbehörden komplett überfordert waren. Erst seit Mai hat Brandenburgs Zentrale Ausländerbehörde eine landesweite Zuständigkeit für Abschiebungen erhalten.

In Berlin haben die Zahlen der ausreisepflichtigen Ausländer noch eine ganz andere Dimension als in Brandenburg. In der Hauptstadt lebten Ende 2023 insgesamt 15.786 Ausländer, die nur einen Duldungsstatus haben. Seit dem Regierungswechsel von Rot-Grün-Rot zu Schwarz-Rot ist zwar die Zahl der Abschiebungen deutlich gestiegen, eine weitere spürbare Steigerung der Zahlen halten Beobachter allerdings für unwahrscheinlich. Berlins Polizei fehlen dafür nämlich die personellen Ressourcen. *Hagen Ritter*

SOZIALES

Frust über Asylsucher-Apartments

Trotz wachsender Wohnungsnot baut Berlins Senat mit großem Einsatz Wohnungen nur für „Flüchtlinge“

VON HERMANN MÜLLER

Berlins Integrationssenatorin Cansel Kiziltepe will die Großunterkunft für Flüchtlinge auf dem früheren Flughafen Tegel verkleinern. Unterbringen will die SPD-Politikerin Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge dafür verstärkt in dezentralen Unterkünften in den Bezirken der Hauptstadt. Angesichts der Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt birgt dieses Vorhaben indes das Potential, die Politikerverdrossenheit noch zu verstärken. Immer mehr Berliner sehen sich angesichts von Wohnungsmangel und hoher Mieten nämlich zu einem Umzug nach Brandenburg gezwungen. Gleichzeitig entstehen im Stadtgebiet, teilweise in zentralen Innenstadtlagen, immer mehr Unterkünfte für sogenannte Geflüchtete.

In Pankow-Rosenthal, im Nordosten Berlins, können seit Anfang September 320 Immigranten mit Flüchtlingsstatus in moderne Apartments einer neuen Wohnanlage einziehen. Wie Hauptstadtmedien berichten, hat die landeseigene Gesobau die Apartments mit Einbauküchen, Fußbodenheizungen und Balkonen ausgestattet. Auf der umzäunten Wohnanlage mit den dreigeschossigen Apartmenthäusern gibt es zudem einen eigenen Spielplatz. Bei der symbolischen Schlüsselübergabe erklärte Kiziltepe, die neuen „wohnung-ähnlichen Apartments sind für viele Geflüchtete ein neues und angenehmes Zuhause“.

Keine Angaben zu den Kosten

In der unmittelbaren Nachbarschaft fallen die Reaktionen auf die neue Wohnanlage gespalten aus. Ein Teil der einheimischen Bevölkerung äußert ganz offen deutlichen Frust und fühlt sich ungerecht behandelt. In den Kommentarspalten eines Hauptstadtmediums warf ein Nutzer sogar rhetorisch die Frage auf, ob er erst seinen Pass wegwerfen und Asyl beantragen müsse, um in Berlin an eine Wohnung zu gelangen.

Bis die Apartments, die in Pankow-Rosenthal gebaut wurden, dem normalen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen, wird mehr als ein Jahrzehnt vergehen. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten mietet die Wohnungen erst einmal für fünf Jahre an. Danach besteht die Op-



Nur für Asylsucher: Senator Gaebler (SPD) beim Richtfest für 128 Wohnungen in Spandau Foto: picture alliance/dpa/Annette Riedl

tion einer zweimaligen Vertragsverlängerung um jeweils drei weitere Jahre.

Wie die „B.Z.“ berichtet, will die Gesobau unter Berufung auf vergaberechtliche Gründe keine Angaben zu den Kosten machen. Weiter heißt es in dem Bericht, dass die Bewohner eine Gebühr an das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten zahlen, wenn sie einen Job haben.

Von derartig günstigen Konditionen können viele Berliner und Zugezogene nur träumen. Die Hauptstadt hat sich zwischenzeitlich nämlich im Bereich der möblierten Apartments für Investoren zu einem Eldorado entwickelt. Deutschlandweit ist Berlin Spitzenreiter beim Bau von sogenannten Mikro-Apartments. Diese möblierten Kleinstwohnungen werden nur befristet und häufig zu horrenden Preisen vermietet. Für 20 Quadratmeter Wohnraum verlangen Anbieter schon mal 1400 Euro im Monat.

Parallel müssen diejenigen Berliner, die auf der Suche nach einer Wohnung

sind, feststellen, dass auch der schwarzrote Senat sein Wohnungsbauziel verfehlt. Vorgenommen hatten sich CDU und SPD im Koalitionsvertrag „ein Neubauziel von durchschnittlich bis zu 20.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon bis zu 5000 Sozialwohnungen.“ Noch auf das Konto des rot-grün-roten Vorgängersensats geht, dass vergangenes Jahr in Berlin lediglich knapp 16.000 Wohnungen fertiggestellt wurden. Allerdings räumte Bausenator Christian Gaebler (SPD) im Juli mit Blick auf das laufende Jahr ein: „Die Zielzahl 20.000 werden wir wohl nicht erreichen, und vermutlich auch nicht 2025.“

Auch Containerdörfer werden mehr

Hoffnungen macht der Bausenator immerhin, dass die angepeilten 20.000 Neubauwohnungen pro Jahr noch in dieser Legislaturperiode geschafft werden, „also spätestens 2026“. Im Kontrast dazu kann sich bei wohnungsuchenden Berlinern

der Eindruck einstellen, dass der Bau von Asylsucherwohnstätten für den Senat eine sehr hohe Priorität hat und mit viel Energie vorangetrieben wird. Auf der Grundlage eines vereinfachten Baurechts für modulare Unterkünfte entstehen überall im Stadtgebiet immer mehr sogenannte Containerdörfer. In Lichtenberg läuft derzeit der Umbau eines großen Hotelkomplexes zu einer neuen Asylsucherunterkunft. Allein dieses Projekt wird in den kommenden zehn Jahren mehr als 140 Millionen Euro kosten.

Zudem bauen die landeseigenen Vermieter in der Stadt nagelneue Wohnanlagen für Asylsucher. In Spandau hat die landeseigene WBM am Askaniering 128 Wohnungen für Asylsucher gebaut, die seit August bezugsfertig sind. An der Quedlinburger Straße in Berlin-Charlottenburg ist in der Nähe des Schlosses Charlottenburg seit dem Frühjahr ebenfalls ein Neubau samt neuer Kita fertiggestellt worden.

MOBILITÄT

Immer weniger Parkraum für immer mehr Autos

Trotz Zunahme der Fahrzeuge setzt Berlins Senat seine grüne Verkehrspolitik unverdrossen fort

Berlin verzeichnet zwei komplett gegenläufige Entwicklungen. Seit rund 20 Jahren steigt die Zahl der in der Hauptstadt zugelassen Autos kontinuierlich. Andererseits drangsaliert die Politik die Autofahrer. Insbesondere wird die Zahl der Parkplätze immer weiter reduziert. Auch im vergangenen Jahr stieg die Zahl der angemeldeten Kraftwagen laut Kraftfahrt-Bundesamt um gut 1500 auf insgesamt 1.24 Millionen an. 2009 waren es laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg noch 1,17 Millionen.

Am 5. Juli 2018 trat auf Betreiben der Grünen das Berliner Mobilitätsgesetz in Kraft. Es schrieb die Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs und den Vorrang des Umweltverbundes aus öffentlichem Personennahverkehr sowie Fuß- und Radverkehr fest. Inzwischen

amtiert eine CDU-Verkehrssenatorin, aber das Gesetz aus dem Jahre 2018 gilt weiterhin.

Noch aus der Zeit der Grünen-Verkehrssenatorinnen Regine Günther und Bettina Jarasch stammen die Verkehrshindernisse auf einer der großen Hauptverkehrs- und Ausfallstraßen, der Hauptstraße in Berlin-Schöneberg. Resultat: Dort wurden 2015 noch 17.200 Autos am Tag gezählt, 2023 waren es nur noch 12.400, ein Minus von rund 27 Prozent.

„Das ist eine Katastrophe!“

Der Grün-regierte Bezirk Mitte treibt die Vertreibung der Autofahrer weiter voran. Bisläng konnten Anwohner der Torstraße zwischen den Hausnummern 10 und 34 legal auf dem breiten Gehweg parken. Doch von jetzt auf gleich wurde dort das

Parken verboten – ohne die Anwohner vorab zu informieren. Nun schickt das Bezirksamt das Ordnungsamt zum Abkassieren los. Eine Anwohnerin: „Über Nacht werden uns hier mehr als 20 Parkplätze geklaut, ohne dass jemand was sagt – das ist eine Katastrophe!“ Auf dem sehr breiten Gehweg fanden Autos, Fußgänger und Gastronomie gleichzeitig Platz. Doch im Mai wurden dort die Schilder abgehängt, die das Parken dort offiziell erlauben, und erst vor wenigen Tagen zudem die Parkscheinautomaten überdeckt. Aus dem Bezirksamt heißt es: „Die maximale Versorgung mit wohnortnahen Stellplätzen ist weniger prioritär als die Verkehrssicherheit der Gehweg-Nutzer.“

In der Kleingartenanlage „Quartier Napoleon“ in Berlin-Wedding will das Bezirksamt Berlin-Mitte den Charles-Cor-

celle-Ring zur Fahrradstraße umgestalten und 300 Parkplätze wegnehmen. Die Anwohner und Kleingartennutzer sind empört. Zoran Skoric (49), Vorsitzender des Kleingartenvereins: „Ich habe vom geplanten Umbau der Straße nur per WhatsApp erfahren.“ Eine Zählung des Vereins an einem Werktag ergab zwischen 8 und 16 Uhr nur 142 Radfahrer. Das Bezirksamt: „Zukünftig können Kleingärtner*innen und Gäste sicherer mit dem Umweltverbund (zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV) zu den Kleingärten gelangen.“

Derweil scheint die Arbeitsmotivation in den Ordnungsämtern rückläufig zu sein. Die Mitarbeiter spüren den Unmut auf der Straße und haben den höchsten Krankenstand der Landesbeschäftigten: 2023 fehlte jeder von ihnen im Schnitt an 76 Kalendertagen. Frank Bücker

KOLUMNE

Die Wahl-Erschütterung

VON VERA LENGSEFELD

Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen haben gezeigt, dass die Wähler klüger sind als die Parteistrategen. Sie haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. In beiden Ländern ist die AfD stärkste oder zweitstärkste Kraft geworden, obwohl es eine beispiellose Propagandakampagne gegen die Partei gab.

Am Wahlabend wurde die Liste der Institutionen und Unternehmen verlesen, die dazu aufgerufen haben, die AfD nicht zu wählen. Davon haben sich ein Drittel der Wähler nicht beeindrucken lassen. Sie haben in Thüringen die AfD mit einer Sperrminorität ausgestattet, die verhindert, dass die Verfassung zu Ungunsten der politischen Wettbewerber geändert werden kann. Außerdem hat die AfD in Zukunft indirekt ein Wörtchen bei der Neubesetzung von Richter- und Staatsanwaltschaften mitzureden.

In Sachsen wurde die Sperrminorität nachträglich beseitigt, indem die Sitzverteilung neu berechnet wurde. Das wird aber vielleicht keinen Bestand haben, wenn die AfD ihre Wagenburgmentalität aufgibt und sich pragmatischer Politik zuwendet. Das war das zweite unmissverständliche Signal, das die Wähler gegeben haben, indem sie Björn Höcke das Direktmandat verweigerten.

Das politische Berlin reagierte, als sei nichts passiert. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert meinte, das Wahlergebnis hätte gezeigt, dass die SPD gebraucht würde. Sie müsste nur ihre Politik künftig besser erklären. FDP-Chef Christian Lindner scheint die einzig richtige Konsequenz, die Ampel-Regierung zu verlassen, vermeiden zu wollen. Die Grünen hoffen auf die CDU in Sachsen, die sie weiter in der Regierung belassen solle und auf die CDU im Bund, dass sie dasselbe nach den Bundestagswahlen im nächsten Jahr tut. Aber die Verhältnisse haben sich verändert. Es ist der Vorabend des Mauerfalls.

MELDUNG

50 Euro für den Amtstermin

Berlin – Das Landesamt für Einwanderung hat seine Online-Terminvergabe abgeschaltet und nach eigenen Angaben sein Terminvergabeverfahren geändert. Mit dem Schritt will das Amt offenbar kommerziellen Vermittlern von Behörden Terminen die Geschäftsgrundlage entziehen. Laut Medienberichten hatten die langen Wartezeiten für einen Termin bei der Ausländerbehörde immer stärker Anbieter auf den Plan gerufen, die mit automatisierten Programmen freie Termine im Online-Buchungssystem reserviert und gegen ein Entgelt verkauft haben. In der Folge standen den Kunden der Behörde Monate im Voraus keine Termine zur Verfügung oder nur noch solche, für die bis zu 50 Euro „Vermittlungsgebühr“ bezahlt werden musste. Nach Angaben der Senatsinnenverwaltung sind diese kommerziellen Vermittlungsangebote für Behördentermine unerwünscht, allerdings fehle eine Möglichkeit für ein Verbot. H.M.

● MELDUNGEN

Zuckerberg beklagt Zensur

Silicon Valley – Der Gründer des sozialen Netzwerks Facebook und heutige Chef des Internetkonzerns Meta Platforms, Mark Zuckerberg, hat scharfe Kritik an der US-Regierung geübt. Sein Unternehmen sei während der Corona-Pandemie massiv unter Druck gesetzt worden. Im Jahr 2021 hätten hochrangige Beamte seine Teams über Monate immer wieder dazu gedrängt, „bestimmte Inhalte zur Pandemie, einschließlich Humor und Satire, zu zensieren“, heißt es in einem vom Justizausschuss des Repräsentantenhauses veröffentlichten Brief Zuckerbergs an das Gremium. Zwar räumte Zuckerberg ein, dass die Entscheidungsgewalt stets beim Unternehmen gelegen habe, der politische Druck sei aber enorm gewesen. *P.E.*

Teures Aus für Kernenergie

Ålesund – Der norwegische Ingenieur und Wirtschaftswissenschaftler Jan Emblemsvåg, welcher an der University of Science and Technology in Ålesund lehrt, hat einen Aufsatz im „International Journal of Sustainable Energy“ veröffentlicht, in dem er die bisherigen Folgekosten des deutschen Kernkraftausstieges den mutmaßlichen Kosten des Weiterbetriebs der 2002 vorhandenen Kernkraftwerke gegenüberstellte. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass beim Verzicht auf die von der Regierung Schröder beschlossene und von den nachfolgenden Regierungen vollzogene Abschaltung der Atommeiler, Aufwendungen in Höhe von 580 bis 620 Milliarden Euro entfallen wären. Und selbst bei einer Neubetriebsnahme weiterer Reaktoren zur Erhöhung der Stromproduktion um 30 Terawattstunden pro Jahr hätten die Ausgaben noch um 320 bis 340 Milliarden Euro niedriger gelegen. Außerdem wären die Klimaziele der Bundesrepublik problemlos erreicht worden. *W.K.*

Papst kritisiert UOK-Verbot

Rom/Kiew – Papst Franziskus sorgt sich um die Religionsfreiheit in der Ukraine und warnt davor, die Spaltung der ukrainischen Gesellschaft weiter zu schüren. Am 20. August hatte das Parlament in Kiew grünes Licht für ein Verbot der angeblich moskautreuen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (UOK) gegeben. Wiederholt wurden Priester beschuldigt, mit dem Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) zusammenzuarbeiten, die den Angriffskrieg gegen die Ukraine befürwortete. Offiziell hatte sich die UOK unter der Leitung des Kiewer Metropoliten Onufrij bereits im Mai 2022 vom Moskauer Patriarchat losgesagt, doch die Kiewer Regierung wirft ihm vor, ein Doppelspiel zu treiben. Onufrij weist die Vorwürfe zurück. Auf die Kritik am Kirchenverbot antwortete Kiew, dieses betreffe nur solche religiösen Organisationen, welche die russische Aggression unterstützen. Die gesetzlich garantierte Religionsfreiheit sei davon nicht berührt. Von dem staatlichen Verbot dürften etwa 10.000 Gemeinden betroffen sein, die einzeln in der Ukraine registriert sind. *MRK*

ÜBERSEE

Es brodeln in Frankreichs Kolonien

EU-Territorien in der Karibik und im Indischen Ozean als Einfallstor der illegalen Migration nach Europa

VON BODO BOST

Viele Beobachter der Olympischen Spiele von Paris stellen mit Verwunderung fest, dass die Surfwettbewerbe gar nicht in Europa stattfanden, sondern in dem 13.000 Kilometer weit entfernten französischen Überseegebiet von Tahiti. Die Welt schien noch in Ordnung zu sein in dieser pazifischen Inselwelt, die auch als Französisch-Polynesien bekannt ist und deren 118 Inseln eine Landmasse von 4000 Quadratkilometern einnehmen. Das Meeresgebiet ist in etwa so groß wie das Territorium der Europäischen Union. Dagegen brodeln es seit einigen Monaten in dem mehrere Tausend Kilometer entfernten Neukaledonien, das ebenfalls zum französischen Übersee-Territorium gehört. Dort wurden soziale Unruhen durch die Unabhängigkeitsrebellin der Volksgruppe der Kanaken ausgelöst. Die Einheimischen sollen vom fernen Aserbaidschan aufgestachelt worden sein, weil Frankreich das mit Baku verfeindete Armenien unterstützt.

Der Transfer der verurteilten neukaledonischen Rädelsführer in ein Gefängnis

ins elsässische Mülhausen hat die Gemüter weiter erhitzt. Ein Ende der Unruhen, bei denen es um den Status der einheimischen Inselbevölkerung geht, ist nicht in Sicht. Beide Gebiete, Tahiti und Neukaledonien, haben nicht den Status eines Überseedepartements wie etwa die Inseln La Réunion im Indischen Ozean oder Martinique in der Karibik, die zur EU gehören und die den Euro als Währung haben. Dagegen sind die französischen Überseegebiete im Pazifik weder ein Teil der EU noch des Euro-Raums.

Inzwischen haben die sozialen Spannungen auch in zwei Überseegebiete übergegriffen, die sowohl zu Frankreich als auch zur EU gehören, nämlich in Mayotte im Indischen Ozean und im Karibik-Departement Französisch-Guyana im Norden des südamerikanischen Festlands. Dort hat die Attraktivität der EU als Migrationsziel mit vollkommener Versorgung die Ärmsten der Armen aus den Nachbarregionen zu Zigtausenden in die französischen Departements ziehen lassen, um von dort weiter nach Europa gelangen zu können.

Die kleine französisch-muslimische Insel Mayotte gehört eigentlich zu den

Komoren. Im Jahr 1975 sollte sie jedoch die Unabhängigkeit der Komoren nicht mitvollziehen und verblieb bei Frankreich, während die übrigen Komoren Mitglied der Arabischen Liga wurden.

Seit Mayotte im Jahr 2014 Teil der EU geworden ist, ziehen immer mehr Komorer nach Mayotte und vegetieren in Elendshütten am Rande der Siedlungen. Wie die beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika entlastet auch Frankreich seine Exklave Mayotte mit Migrationsflügen nach Europa. Im Gegenzug kommen immer mehr französische Polizisten, um die Proteste der Armutsflüchtlinge niederzuknüppeln.

Frei Flüge ins Mutterland

Noch extremer ist die Lage in Frankreichs größtem Überseedepartement Guyana, ein Gebiet von der Größe Bayerns und mit Landgrenzen von 1200 Kilometern mit Brasilien und Surinam. Die dortige Bevölkerung von 300.000 besteht schon zu über der Hälfte aus Armutsmigranten aus Haiti, die Kreolisch sprechen, das mit dem Französischen verwandt ist.

Neben den Haitianern kommen in jüngster Zeit auch immer mehr Venezola-

ner und Kolumbianer und sprechen das Zauberwort „Asyl“ in Französisch-Guyana aus. Da die Aufnahmezentren der französischen Asylbehörde Ofpra vollkommen überlastet sind, bekommen diese Zuwanderer oft Freiflüge ins Mutterland, aus dem sie dann weiter in die gesamte EU ziehen können. In Luxemburg und in Spanien gehören Immigranten aus Venezuela und Kolumbien bereits zu den drei stärksten Asylbewerbergruppen.

In Französisch-Guyana kommt hinzu, dass in diesem Sommer das Land eine beispiellose humanitäre Katastrophe erlebte. Am 27. Juli wurden Tausende von Menschen durch einen Brand in Mont Baudel, einem der größten Slums in der Hauptstadt Cayenne, obdachlos. Angesichts der Notlage beschlagnahmte die Präfektur mehrere Schulturnhallen, um die Aufnahme und medizinische Versorgung der Betroffenen zu organisieren.

Da inzwischen das neue Schuljahr begonnen hat und die Turnhallen geräumt werden müssen, stellt sich für die Behörden die Frage der Umsiedlung. Französisch-Guyana war im 19. Jahrhundert ähnlich wie Neukaledonien für Frankreich das, was Australien für England war: eine Sträflingskolonie. Die ersten Europäer trafen dort nur gezwungenermaßen als Sträflinge ein. Die letzten Strafanstalten in Französisch-Guyana wurden erst in den 1970er Jahren geschlossen. Daraufhin schickte Frankreich einen Teil der Boatpeople aus seiner ehemaligen Kolonie Vietnam dorthin, die sich dort unter ähnlichem tropischen Klima wie in ihrer Heimat sehr rasch integrieren konnten.

Seit Jahrzehnten fühlen sich Tausende von Migranten von Französisch-Guyana angelockt, das in der in der wirtschaftlich schwachen Region auch wegen des dort angesiedelten europäischen Weltraumbahnhofs in Kourou eine Oase des relativen Wohlstands darstellt. Seit Jahren ist die Erstaufnahmestelle für Asylbewerber, die für die Registrierung aller Erstanträge in Französisch-Guyana zuständig ist, mit einem beispiellosen Zustrom solcher Armutsmigranten vorzugsweise aus Haiti und Venezuela konfrontiert. Das von Straßenbanden beherrschte Haiti und das von einem sozialistischen Diktator regierte Venezuela, der ein Drittel der Bevölkerung seines einst reichen Landes in den Ruin getrieben hat, sind ausreichend Gründe für diese Wanderbewegungen.



Das „Paradies in eine Hölle verwandelt“: Protest auf Mayotte gegen Einwanderer auf der französischen Insel im Indischen Ozean

FRANKREICH

Antisemitismus-Klage gegen linke Politikerin

Syrisch-stämmige EU-Abgeordnete rief bei Demo zum Mord an Juden auf

Die Teilnahme von Rima Hassan, Abgeordnete der „France insoumise“ von Jean Luc Mélenchon im EU-Parlament, an einer Pro-Hamas-Demonstration in Jordanien sorgt für Aufregung. 51 liberale Renaissance-Abgeordnete von Präsident Macron forderten in einem Brief an die Präsidentin des EU-Parlaments, Roberta Metsola, die Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität.

Die Abgeordneten des Präsidentenlagers sind der Ansicht, dass sich die Abgeordnete „der Aufstachelung zum Rassenhass, sowie der Verherrlichung des Terrorismus schuldig gemacht hat“. Sie fordern Sanktionen gegen Hassan.

Bei den Parlamentswahlen in Frankreich zeigte sich Hassan sehr oft neben Volksfront-Führer Mélenchon, dem in Frankreich ohnehin Antisemitismus vor-

geworfen wird. Mitte August veröffentlichte die neue EU-Abgeordnete Hassan, die in Syrien geboren wurde und vor ihrer politischen Laufbahn im französischen Flüchtlingsamt Ofpra gearbeitet hatte, auf Instagram aus Jordaniens Hauptstadt Bilder einer Demonstration mit der Bildunterschrift: „Jeden Freitag Demo-Tag nach dem Gebet.“ Auf der Kundgebung waren Schilder zu sehen, die den Hamas-Führer, Ismael Haniyeh, ehrten, der am 31. Juli bei einem gezielten Anschlag in Teheran getötet worden war.

Deshalb fordern 51 französische EU-Abgeordnete jetzt die Aufhebung der Immunität von Hassan. Laut den Unterzeichnern des Schreibens, das auf Initiative der Abgeordneten Caroline Yadan entstand und unter anderem von der Regierungssprecherin Prisca Thevenot mitun-

terzeichnet wurde, beteiligte sich Hassan seit dem 8. Oktober 2023 an der Verbreitung von Judenhass in Europa, indem bei der Demonstration in Jordanien sogar zum Mord an Juden aufgerufen wurde.

Die Renaissance-Gruppe hat bei der Staatsanwaltschaft Klage wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“ und „Verherrlichung des Terrorismus“ eingereicht. Die Anklage stützt sich auf Artikel 40 des französischen Strafgesetzbuchs, der „jede Behörde, jeden Beamten in Ausübung seiner Pflichten“ dazu verpflichtet, Verbrechen oder Vergehen, von denen sie oder er Kenntnis hat, zu melden.

Caroline Yadan, Abgeordnete des Wahlkreises der Auslandsfranzosen, hatte am 18. August auf ihrem X-Account versprochen zu reagieren. „Dieses Gift des Hasses kann demgegenüber nicht in unse-

ren demokratischen Institutionen sitzen, auf unsere Kosten und auf Kosten unserer republikanischen Werte“, hatte die Renaissance-Abgeordnete geschrieben: „Ich werden nicht lockerlassen!“ Auch die belgische Abgeordnete Assita Kanko forderte eine Untersuchung, ob Hassan „der Würde und dem Ruf des Europäischen Parlaments geschadet“ habe.

Ende Juli hatte bereits der gaullistische Europaabgeordnete François-Xavier Bellamy Anzeige wegen „Todesdrohungen“ und „Anstiftung zu einem Verbrechen gegen einen gewählten Volksvertreter“ erstattet, nachdem Hassan gepostet hatte, dass „im Moment François-Xavier Bellamy und seine kleinen Freunde, die dem genozidalen israelischen Regime nahestehen, nachts gut schlafen“, dass dies aber „nicht so bleiben“ werde. *bob*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Goldpreis eilt derzeit von Rekord zu Rekord: Zwischen Anfang März und Ende August erreichte er 31 Mal einen neuen historischen Höchststand. Dabei wurde am 18. Mai erstmals die Marke von 2400 US-Dollar pro Feinunze geknackt und am 16. August dann auch die „magische“ 2500-Dollar-Grenze überschritten.

Der Höhenflug des Goldes startete Ende Februar bei einem Ausgangswert von 2034 Dollar pro Feinunze, womit der Zuwachs in den nachfolgenden sechs Monaten 24 Prozent betrug. Dahingegen ist der NASDAQ-100, der wichtigste Index für Technologieaktien, welcher unter anderem Werte wie Apple, Amazon, Google, Meta, Microsoft und PayPal berücksichtigt, im gleichen Zeitraum nur um zwölf Prozent nach oben geklettert. Angesichts dessen sprach der Rohstoffexperte der Investmentbank Goldman Sachs, Nicholas Snowdon, von einem „in mancher Hinsicht ziemlich merkwürdigen Anstieg“ beim Goldpreis, welchen viele Börsianer so nicht erwartet hätten.

Dabei gibt es gute Gründe für den Kauf von Gold und Zurückhaltung bei Technologieaktien. Apple, Amazon und Co. werden schon seit geraumer Zeit sehr hoch bewertet, sodass absehbar eher Verluste drohen. Erinnert sei hier an den Absturz des NASDAQ-100 im Nachgang zu der globalen IT-Panne vom 19. Juni mit 8,5 Millionen betroffenen Microsoft-Rechnern. Das ist allerdings bei Weitem nicht der einzige Grund, warum Gold nunmehr begehrter und somit teurer denn je ist.

Die EZB zieht beim Leitzins mit

So geht die Angst vor einer Senkung der momentan hohen Zinsen für konventionelle Geldanlagen um. Und diese Angst hat reale Gründe. Immerhin verkündete der Präsident der US-Notenbank Federal Reserve, Jerome Powell, dass es bei der Zinsentwicklung demnächst bloß noch eine Richtung geben werde, nämlich nach unten. Deshalb dürfte Mitte September eine Senkung des US-Leitzinses um 0,5 Prozentpunkte anstehen, während die Europäische Zentralbank den Leitzins im Euro-Raum zur gleichen Zeit wohl um 0,25 Prozentpunkte reduzieren wird, was als alternativlos angesehen wird.

Nur ein Zinssatz, der unter der Inflationsrate liegt und somit für negative Realzinsen sorgt, kann ermöglichen, dass die Schuldenkrise irgendwann endet, weil er zu einem Schrumpfen der staatlichen Schuldenberge führt. Wobei aber fraglich ist, ob das globale Währungssystem noch so lange durchhält und nicht schon vorher kollabiert. Denn das Schuldenmachen



Edelmetall Gold: Keine andere Wertanlage hat über Jahrtausende hinweg eine solche Stabilität in der Entwicklung vorzuweisen

WERTENTWICKLUNG

Der Goldpreis glänzt – die Gründe für das Hoch

Experten halten sogar einen extremen Anstieg von derzeit 2500 auf bis zu 7000 US-Dollar pro Feinunze für möglich

geht munter weiter: Im Juli erreichten die US-amerikanischen Staatsschulden die neue Höchstmarke von 35 Billionen Dollar. Und die Mitglieder der Europäischen Union brachten es immerhin auf knapp 13 Billionen Euro.

Viele Eskalationspotenziale

Die sinkenden Zinsen trotz weiter anhaltender Inflation sorgen für reichlich Verunsicherung bei den Anlegern, die sich im Goldpreis widerspiegelt. Wenn Bargeld kontinuierlich an Wert verliert, dann nützt es relativ wenig, dass es darauf noch ein paar Prozent Zinsen gibt, die überdies versteuert werden müssen. Deshalb wird die Nachfrage nach dem bewährten Wertspeicher Gold weiter zunehmen.

Ein zusätzlicher Grund, auf die Sicherheit von physischem Gold zu setzen, sind

die zahlreichen geopolitischen Risiken, die das Wirtschafts- und Finanzsystem erheblich destabilisieren könnten. China und der Iran treten immer aggressiver auf, während völlig unklar ist, ob die künftige Nummer Eins im Weißen Haus eine Strategie hiergegen findet. Hinzu kommen die immer noch laufenden Kriege im Gazastreifen und der Ukraine, die ebenfalls Eskalationspotential bergen. Darüber hinaus rührt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Vogelgrippe- und Affenpockenvirus gleich doppelt wieder die Pandemietrommel. Außerdem setzen die BRICS-Staaten um Russland, Indien und China ihre Politik der De-Dollarisierung fort und horten deshalb Gold. Auch, um sich gegen künftige Sanktionen des Westens zu wappnen. Und dann wären da noch die chinesischen Privatanleger, wel-

che ebenfalls immer mehr Gold kaufen, da der Immobilienmarkt der Volksrepublik faktisch zusammengebrochen ist und die Aktienkurse an den Börsen des Reiches der Mitte seit geraumer Zeit fallen.

Kursanstieg gilt als sicher

Angesichts all dessen überbieten sich die Experten nun mit optimistischen Prognosen, was den Goldpreis betrifft. Für die Analysten der Commerzbank ist ein Anstieg auf 2600 US-Dollar pro Feinunze bis Mitte 2025 möglich, während der Rohstoffstrategie der Schweizer Großbank UBS, Wayne Gordon, 2700 Dollar für realistisch hält. Und der Ökonom bei Atlantic House Investmentfonds Charles Morris wagt sogar eine Prognose für das Jahr 2030: Dann werde die Unze Feingold um die 7000 Dollar kosten.

ENERGIEPREIS

Habecks Behörde spielt Wetter-Roulette

Wenn aus Unsinn Irrsinn wird: Unternehmen sollen künftig Strom je nach Wind- und Wetterlage zahlen

Extreme Preise an den europäischen Strommärkten haben den Direktor des Feralpi Elektrostahlwerks im sächsischen Riesa am 26. Juni zu einer drastischen Entscheidung gezwungen. Nachdem sich der Strompreis verzehnfacht hatte, für eine Megawattstunde wurden zeitweise bis zu 2000 Euro verlangt, stellte der Werksleiter die Produktion vorübergehend ein. Die Unterbrechung verursachte zwar hohe Kosten, diese lagen aber immer noch niedriger als die Weiterführung der Produktion zu den zeitweilig horrenden Strompreisen. Der Fall des Stahlwerkes sorgte in Wirtschaftsmedien als außergewöhnliches Ereignis für Schlagzeilen.

Nun sorgen sich Vertreter der Wirtschaft allerdings, dass eine Produktion nach dem „Stop and Go“-Prinzip je nach Höhe des Strompreises künftig zum Nor-

malfall wird. Anlass für solche Befürchtungen ist ein Papier der Bundesnetzagentur, die zum Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums unter Führung von Robert Habeck gehört. Wie aus dem Eckpunktepapier hervorgeht, strebt die Bundesnetzagentur an, dass Unternehmen ihren Stromverbrauch künftig an die Verfügbarkeit von Wind- und Solarstrom anpassen. Dazu sollen nach den Vorstellungen der Bundesnetzagentur Firmen mit günstigeren Netzentgelten belohnt werden, wenn sie in „Situationen mit hohem Stromangebot mehr Strom verbrauchen“.

Kommentatoren werten die Idee, die Wirtschaft solle ihren Stromverbrauch an die jeweilige Wetterlage ausrichten, höchst unterschiedlich. Je nach politischem Standpunkt war entweder von ei-

nem „zukunftsfähigen Konzept“ oder aber von einem „Wetter-Roulette“ und sogar von einer „Gaga-Idee“ die Rede.

Bei den großen Wirtschaftsverbänden ist die Reaktion übereinstimmend ablehnend. Holger Lösch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), erklärte: „Kürzere Auslastungszeiten und eine flexible Nutzung von Produktionsanlagen machen Produktionsprozesse oft teurer und weniger wettbewerbsfähig. Für viele Produktionsprozesse ist aber nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus technischen Gründen eine möglichst gleichmäßige Anlagenauslastung notwendig.“ Auch Wolfgang Grosse Entrop, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie, kritisierte, der Plan der Bundesnetzagentur sei für

stromintensive Produktionsprozesse absolut unpraktikabel.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) wies ebenfalls darauf hin, dass zahlreiche Produktionsprozesse in Industrie und Gewerbe nicht flexibel auf den Strompreis reagieren können. „Hohe Netzkosten in Zeiten mit wenig Stromerzeugung aus Wind und Sonne würden daher wie eine Strafbüße wirken“, so Sebastian Bolay, der DIHK-Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie. In einem Brief an den grünen Wirtschaftsminister Habeck sprechen Wirtschaftsvertreter von einem „verheerenden Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ und warnen, dass in keinem anderen Industrieland Unternehmen mit „fluktuierender, unplanbarer Stromversorgung konfrontiert“ werden. H.M.

MELDUNGEN

Viel zu hohe Energiepreise

Hamburg – Rund ein Drittel der Unternehmen in Norddeutschland sieht aufgrund zu hoher Energiepreise seine Wettbewerbsfähigkeit in der Bundesrepublik gefährdet. Bei einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Nord unter 503 norddeutschen Betrieben gaben 38 Prozent der Unternehmen an, die Energiewende habe negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Dem gegenüber bewerteten 23 Prozent der Unternehmen die Auswirkungen als positiv. Als am häufigsten gewünschte politische Maßnahme für eine sichere Energiewende nannten 79 Prozent der Betriebe eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis. Wie aus der Umfrage hervorgeht, haben die hohen Energiepreise deutlich negative Auswirkungen auf die Investitionspläne der Betriebe. So investierten 29 Prozent der Unternehmen weniger in betriebliche Kernprozesse, 20 Prozent stellen Investitionen für sogenannte Klimaschutzmaßnahmen zurück. H.M.

Fischer gegen Windparks

Hamburg – Rund 200 Branchenvertreter haben sich Ende August zum Deutschen Fischereitag in Hamburg getroffen. Anlässlich des jährlichen Treffens zeigte sich der Vizepräsident des Deutschen Fischereiverbands (DFV), Dirk Sander, besorgt über den Verlust von Fanggebieten in Nord- und Ostsee. Sander sagte, die Fischer verlören aufgrund des Baus von Windparks auf See „ein Fanggebiet nach dem anderen“. Der Branchenvertreter weiter: „Die Politik ist momentan dabei, uns Küstenfischer an die Wand zu nageln.“ Verbandspräsident Gero Hocker erklärte, der Ausbau der Offshore-Windkraft stehe erst am Anfang. Hocker forderte, die Windparkflächen sollten durch eine Mehrfachnutzung auch der Fischerei offen stehen. Vertreter der Fischereibranche kritisierten auch Kürzungen von Subventionen und Beschränkungen für Aquakulturen als kontrollierte Aufzucht von Fischen. H.M.

Northvolt prüft Heide-Werk

Stockholm – Nach mehreren Jahren der Expansion schließt der schwedische Batteriehersteller Northvolt sein Forschungs- und Entwicklungszentrum Cuberg (R&D) im Silicon Valley, Kalifornien. Es geht zurück zum Firmensitz des Unternehmens in Västerrås bei Stockholm. Vor drei Jahren hatte Northvolt Cuberg übernommen. Den Mitarbeitern wurde eine Beschäftigung in Schweden oder in der im Bau befindlichen Batteriezellenfabrik in Montreal, Kanada, angeboten. BMW, ein Anteilseigner des Unternehmens, hatte kürzlich einen Vertrag über zwei Milliarden US-Dollar storniert. Als Gründe wurden eine Verzögerung bei der industriellen Serienproduktion sowie Qualitätsprobleme genannt. Auch im schwedischen Stammwerk in Skellefteå läuft die Produktion nicht nach Plan. Derzeit überprüft die Firmenleitung die Rahmenbedingungen für die 4,5-Milliarden-Euro-Fabrik in Heide (Schleswig-Holstein). D.J.

KOMMENTARE

Wohlfeiles Bekenntnis

HERMANN MÜLLER

Nachdem ein märkischer SPD-Landtagskandidat ein geschmackloses Video in das Internet gestellt hat, beklagt Brandenburgs CDU-Generalsekretär Gordon Hoffmann jetzt eine Verrohung der politischen Sitten. Von der SPD, einer Partei der politischen Mitte, hätte er das so nicht erwartet, so Hoffmann.

Anlass der Empörung ist ein kurzes Video, in dem ein SPD-Politiker Wahlkampfmaterial mit dem Bild der CDU-Landtagsabgeordneten Nicole Walter-Mundt verbrennt. Zwar war das Video nur zwei Stunden online, dies hat aber gereicht, die Karriere des SPD-Kandidaten zu beenden. Wie die SPD mitteilte, ist das betreffende Mitglied aus der Partei ausgetreten und „kommt damit einem Parteiordnungsverfahren der SPD Oranienburg zuvor“. Zudem versicherte die Partei, sie stehe gerade in Wahlkampfzeiten für einen fairen Umgang.

Das Bekenntnis der Sozialdemokraten zur Fairness im Wettbewerb der Parteien ist ein wichtiges Zeichen. Zu

hoffen ist, dass die Botschaft auch bei allen Genossen ankommt. Bundesweit fühlen sich nämlich auffallend oft Bürgermeister mit SPD-Parteibuch berechtigt, im angeblichen „Kampf gegen Rechts“ der Konkurrenzpartei AfD Mietverträge für städtische Veranstaltungsorte zu verweigern. Ziemlich regelmäßig sind es dann Verwaltungsgerichte, die diese SPD-Genossen daran erinnern müssen, dass sie als staatliche Amtsträger einer Neutralitätspflicht unterliegen und ihre Funktion als Bürgermeister nicht für Parteipolitik ausnutzen dürfen. Entsprechende Urteile liegen mittlerweile in hoher Zahl vor.

Die Liste solcher Fehlritte kommunaler Amtsträger reißt dennoch deutschlandweit nicht ab. Auch wenn die Versuche, einer anderen Partei einen Veranstaltungsort für einen Bürgerdialog oder einen Parteitag zu verweigern, regelmäßig vor Gericht scheitern, eignet sich allein schon der Versuch, um bei der eigenen Anhängerschaft politisch punkten zu können, etwaige Gerichtskosten bleiben ohnehin bei den Steuerzahlern hängen.

Opfer der Brandmauer

RENÉ NEHRING

In den Meldungen und Kommentaren zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen geht ein Aspekt unter: dass die zerschredderte FDP zumindest in einem der beiden Länder ein ganz anderes Ergebnis hätte haben können.

Rückblende: Bereits vor fünf Jahren hatten die Thüringer in ihren Landtagswahlen schwierige Verhältnisse geschaffen. Aufgrund der Stärke der AfD hatte weder die vorherige rot-rot-grüne Ramelow-Regierung noch die Union mit irgendeinem potentiellen Partner jenseits der AfD eine Mehrheit. Als Ramelow im Februar 2020 dennoch antrat, sich zum Chef einer Minderheitsregierung wählen zu lassen, trat der FDP-Politiker Thomas Kemmerich als Gegenkandidat an und wurde – mutmaßlich – mit den Stimmen von FDP, CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt. Dem darauf ausbrechenden Sturm der Entrüstung von linksaußen bis zu Kanzlerin Merkel und

auch aus der eigenen Partei gab der Liberale schon nach wenigen Tagen nach und trat zurück. Anschließend trug die CDU die Wiederwahl Ramelows mit und tolerierte den Linkspolitiker bis zuletzt.

In der Folge des damaligen Manövers zugunsten Ramelows behielt der Linken-Politiker seinen Amtsbonus als Ministerpräsident mitsamt der damit gesicherten Präsenz in der Öffentlichkeit, während der FDP-Politiker damit zu kämpfen hatte, seinen Ruf und seine bürgerliche Existenz zu verteidigen.

Am Wochenende nun fuhr Ramelow in Thüringen mit seiner Linkspartei immerhin noch 13,1 Prozent der Stimmen ein, während seine Kollegen in Sachsen – wie überall im Land – unter die Fünfprozenthürde rutschten. Das lässt vermuten, dass auch Kemmerich und seine FDP ein ganz anderes Ergebnis hätten einfahren können, wenn sie sich damals nicht der Brandmauer-Logik gebeugt hätten und nun mit dem Amtsbonus ins Rennen gegangen wären.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Die Regenbogenfahne weht anlässlich des Christopher Street Days in Berlin erstmals auf dem Reichstagsgebäude Foto: ap

KOLUMNE

Vielfalt per Gleichschaltung

FLORIAN STUMFALL

Wollte man mit einem einzigen Wort ausdrücken, was die Regenbogenfahne bedeutet, so böte sich am ehesten der Begriff der Vielfalt an. Und da sie den öffentlichen Raum bis zu den Zinnen des Reichstags zu Berlin erobert hat, scheint es für die Bürger angemessen und ratsam zu prüfen, welchem Geist Gefolgschaft zu leisten sie auf diese Weise angehalten werden. Denn Fahnen bedeuten Programme in ihrer kürzesten Form und gleichzeitig in einer spirituellen Überhöhung, die Kritik oder gar Abkehr als Frevel erscheinen lässt.

Bemüht man sich dennoch um eine einigermaßen sachliche Betrachtung, so zeigt sich eine lange Reihe von Personen, Eigenheiten, Ansichten, Abnormitäten und Theorien, die sich unter dem Schutze des Regenbogens versammeln. Diese teilen sich – grob gesehen – zum einen in eine sexuelle Vielfalt auf. Weit vorne erscheint das Kürzel LGBTQ, und auch der unbefangene Betrachter hat inzwischen gelernt, dass es sich hier um die Abkürzung für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender und Queer“ handelt, also sexuelle Verhaltensweisen oder Befindlichkeiten, die ihrerseits teilweise einer Erklärung bedürfen angesichts der Seltenheit ihrer Verbreitung, wenn auch nicht ihres öffentlichen Auftretens.

Als zweite Art der Vielfalt wird die ethnische und kulturelle behandelt. Also Menschen, die fernen Weltgegenden entstammen und somit fremde Gewohnheiten, Überzeugungen sowie ethische und rechtliche Vorstellungen mitbringen. Sie als Bereicherung der europäischen Traditionen zu bezeichnen, gehört zu den Grundaussagen der grün-sozialistischen Sozial-Konstrukteure, welche die rechte fertige Theorie für eine Politik der unbeschränkten Einwanderung darstellen.

Dies sind die beiden Schwerpunkte einer Traumseligkeit von Farbenpracht und Vielfalt, die alles einschließt, was einen Kontrast zur bürgerlichen Welt darstellt. Doch stößt auch der Glaubenssatz von der Vielfalt an seine Grenze. Diese verläuft dort, wo es jemandem einfiel, gegen diese Ideologie zu sprechen. Denn von einer Vielfalt der Meinungen und Überzeugungen und dem daraus folgenden Recht der freien Rede war nirgends die Rede. Hier schreitet im Gegenteil sehr bald der Staat mit seinen Machtmitteln

ein und stellt die Strafbarkeit abweichender Rede fest. Ja, er wird sogar schon tätig ausdrücklich „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“, wie Innenministerin Nancy Faeser erklärt.

Wer Bedenken hinsichtlich der Zahl der Zuwanderer äußert, gilt als Ausländerfeind, wer den Christopher Street Day als peinlich empfindet, entlarvt sich als homophob, und wer das Wort „Ausländer-

Der Ruf nach Vielfalt ist unredlich, weil er dazu dient, die Mehrheit zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen

kriminalität“ auch nur in den Mund nimmt, zeigt blanken Rassismus. Vielfalt der Meinungen? Nicht hier!

Diese auffällige Einschränkung aber eines von der grünen linken Avantgarde anderswo als sakrosankt behandelten Prinzips offenbart dessen eigentlichen Zweck. Mit dem Ruf nach Vielfalt sammeln die grün-roten Strategen möglichst viele Elemente, die letztlich nur eines gemeinsam haben: dass sie einen Gegenentwurf zur bürgerlichen Welt darstellen. Diese nämlich soll getilgt werden. Dazu versucht man, Angehörige verschiedenster Minderheiten mit ungerechtfertigten Sonderrechten auszustatten. Ungerechtfertigt, weil nicht einzusehen ist, warum jemand beispielsweise allein wegen seiner abweichenden sexuellen Gewohnheiten Ansprüche an die Gesellschaft sollte stellen dürfen. Doch die Strategen rufen danach, und die große Zahl ihrer naiven Mitläufer glaubt es.

Umkehrung gemäß Orwell

Der Ruf nach Vielfalt ist unredlich, weil er dazu dient, die Mehrheitsgesellschaft, ihre Traditionen und Überzeugungen zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen. Käme es nämlich so weit, dann würde sehr schnell klar, dass der Ruf nach Vielfalt nichts anderes ist als die Umkehrung der Begriffe, wie sie George Orwell in seinem täglich immer aktueller werdenden Buch „1984“ so unnachahmlich geschildert hat:

Wahrheit ist Lüge, Friede ist Krieg und hier: Vielfalt ist Gleichschaltung. Und das ist keineswegs nur politische Theorie. Denn hierin liegt ein wichtiger Grund dafür, dass landesweit Meldestellen eingerichtet werden, die dazu dienen, Leute, die im Sinne der Ideologie aus dem Ruder laufen, erkennen und zur Ordnung rufen zu können – mit welchen Mitteln auch immer. Denn ohne Denunziantentum keine Gleichschaltung.

Zudem ist der Ruf nach Vielfalt auch deswegen unredlich, weil er unterstellt, es gäbe sie im bürgerlichen Leben nicht. Tatsächlich aber wirkt die Vielfalt nicht nur in der Fülle eines Volkes, sondern bis hin in jedes Dorf und in jede Familie. Sie besteht nämlich in der Einmaligkeit einer jeden Person, die sich dafür nicht durch Hautfarbe, Religion oder Herkunft ausweisen muss. Hierin beruht die empirische Sicht vom Menschen, dass sich jeder vom anderen in vieler Weise unterscheidet. Jeder hat andere Neigungen, Begabungen und Vorzüge, und die vielfache Kombination dieser und zahlloser weiterer Eigenschaften ergibt einen unübersehbaren Reichtum an Persönlichkeiten. Die christliche Lehre beschreibt jeden Einzelnen darüber hinaus als Träger von Recht und Wert und Würde.

Hier offenbart sich der Unterschied zwischen dem persönlichen und dem kollektiven Menschenbild. Hier steht die Sicht von den verschiedenartigen Einzelnen gegen die kollektivistische Betrachtung des Menschen, der dort nur als funktionaler Bestandteil eines Systems verstanden wird und sich als solcher unterzuordnen hat. Diese kollektivistische Sicht des Menschen ist allen autoritären und totalitären Ordnungen gemeinsam. Also ist es geboten, Aufmerksamkeit walten zu lassen. Denn das Menschenbild ist das Alpha und das Omega einer jeden politischen Kraft. Hier entscheidet sich die ewige Frage: Geht es um das Recht des Einzelnen oder um Kollektivismus?

Zudem mahnt zur Vorsicht, dass sich die Propheten der Vielfalt unredlicher Mittel bedienen. Gäbe es bei ihnen keinen Gegensatz zwischen den Mitteln ihrer Politik – in unserem Beispiel dem Ruf nach Vielfalt – und ihrem Endzweck – der Gleichschaltung der Menschen –, dann wären solche Winkelmzüge nicht vonnöten.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Künstlerische Freiheiten eines Meisters

Vom falschen Königsstuhl bis zum bereicherten Oybin – Zu den Orten des vor 250 Jahren geborenen Malers Caspar David Friedrich

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ob Lohme auf Rügen oder Lohmen in der Sächsischen Schweiz: Caspar David Friedrich wusste, wo es schön ist. Das beweisen die Meisterwerke des romantischen Malers. Seine Motive fand er auf ausgedehnten Wanderungen. Wir begeben uns auf die Spuren des am 5. September 1774 in Greifswald geborenen Künstlers.

In Greifswald führt der Weg zum Caspar-David-Friedrich-Zentrum. Der rote Backsteinbau weist eine Tafel auf: „An dieser Stelle stand das Geburtshaus des Malers Caspar David Friedrich.“ Es brannte 1901 ab. Verschont blieb die im Keller gelegene Seifensiederwerkstatt von Friedrichs Vater. Die Dauerschau des Zentrums macht uns mit Leben und Werk des Malers vertraut und stellt seine Eltern sowie seine zahlreichen Geschwister vor.

Der benachbarte Dom St. Nikolai gehört der Backsteingotik an. Baumeister Gottlieb Giese sorgte ab 1824 ganz im Sinne seines Freundes Friedrich für eine neue Innenausstattung. Pastor Tilman Beyrich erklärt: „Diese romantische Umgestaltung ist einzigartig in Norddeutschland.“ Für die in neugotischen Formen ausgeführten Bänke, die Kanzel und den dreiteiligen Binnenchor sorgte der Kunstschler Christian Friedrich, ein Bruder des Malers. Eine spektakuläre Attraktion besitzt der Dom seit April mit den vom renommierten dänischen Künstler Ólafur Elíasson gestalteten Chorfenstern.

Das Pommersche Landesmuseum besitzt sechs Gemälde und rund 60 Graphiken von Friedrich. In der Sonderschau „Lebenslinien“ war der Bestand fast vollständig zu sehen. Auch bei den nachfolgenden Ausstellungen „Sehnsuchtsorte“ (noch bis 6.10.) und „Heimatstadt“ (16.10. bis 5.12.2025) sind illustre Gemälde Friedrichs zu Gast. Besonders freut sich Kuratorin Birte Frenssen über den Gastaustritt der berühmten „Kreidefelsen auf Rügen“ (um 1818). Attraktiver Eigenbesitz ist das Gemälde „Ruine Eldena im Riesengebirge“ (um 1830). Friedrich versetzte die in Wirklichkeit fünf Kilometer von Greifswalds Altstadt entfernt gelegene Kloster- ruine nach Böhmen. Dass die hoch aufragenden Überreste aus Backstein noch heute stehen, verdanken wir dem Kronprinzen und späteren König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.



FOTO: THIEDE

Idealtypische Bergwelt: Die „Gebirgslandschaft mit Regenbogen“ hat um 1809/10 keiner so gesehen wie Caspar David Friedrich selbst

Friedrich unternahm sechs Studienreisen nach Rügen. Seine Zeichnungen zeigen, dass ihn die dortigen Hünengräber faszinierten und ebenso die weiten flachen Landstriche mit Ausblick auf die Ostsee. Die Kreidefelsen sind durch Abbrüche steter Veränderung unterworfen. Was Friedrich im späteren Nationalpark Jasmund gezeichnet und gemalt hat, existiert daher so nicht mehr.

Auf der Wanderung von Lohme nach Sassnitz über den Hochuferweg gibt der alte Buchenwald eindrucksvolle Aussichten auf die Kreidefelsen und das Meer frei. Über dem 118 Meter hohen Königsstuhl schwebt seit vergangenem Jahr der von

einer 40 Meter hohen Metallnadel und Stahlseilen gehaltene ellipsenförmige „Skywalk“. Wer von da nach rechts schaut, entdeckt die Kreidefelsen der Kleinen Stubbenkammer, die wahrscheinlich Friedrichs Vorbild für sein berühmtes Gemälde war.

Künstlerischer Eingriff in die Natur

Von 1798 bis zu seinem Tod 1840 wohnte Friedrich in Dresden. Hier bewunderte er die „trefflichen Kunstschatze“ und die „schöne Natur“ des Umlandes. Dresden ehrt ihn mit der zweiteiligen Sonderausstellung „Wo alles begann“, die bis zum 5. Januar 2025 im Albertinum und bis zum 17. November im Kupferstich-Kabinett gezeigt wird. Letzteres besitzt eine Handschrift Friedrichs, in der er über sein Kunstwollen Auskunft gibt und über Malerkollegen lästert. Die Ausstellung präsentiert neue Erkenntnisse über das Ma-

nuskript. Kurator Holger Birkholz ergänzt: „Wir veranschaulichen Friedrichs Werkprozess von den Naturstudien bis zum vollendeten Gemälde und stellen seinen Werken diejenigen von Vorläufern und Dresdner Zeitgenossen gegenüber.“

Das Dresdner Residenzschloss präsentiert außerdem das kürzlich gemeinsam von Klassik Stiftung Weimar, den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erworbene „Karlsruher Skizzenbuch“ des Künstlers. Ab dem 22. November ist es im Weimarer Schillermuseum in der Ausstellung „Caspar David Friedrich, Goethe und die Romantik in Weimar“ zu sehen.

Seit 1799 unternahm Friedrich Wanderungen durch die Sächsische Schweiz. Das Elbsandsteingebirge bot ihm reichlich Studienmotive: bizarr zerklüftete Felsen, enge Schluchten oder liebliche Hochflächen mit Wiesen und majestätischen

Tafelbergen. So düster wie eindrucksvoll und sozusagen „schrecklich schön“ ist sein Gemälde „Felsenschlucht im Elbsandsteingebirge“ (1822/23). Es zeigt den Blick hinauf zur in der Gemeinde Lohmen aufragenden Bastei mit dem Neurathener Felsentor. Wie der Königsstuhl besitzt auch die Bastei seit 2023 eine „Skywalk“ genannte Aussichtsplattform.

Ausgangs- und Endpunkt des „Caspar-David-Friedrich-Wegs“ ist Krippen. Hier war Friedrich 1813 vor den Befreiungskriegen in Deckung gegangen. Aber ausgerechnet in Krippen tauchte Napoleon auf. Aus dieser Zeit sind 22 Skizzen erhalten. Eine heißt „felsige Kuppe“ und war Vorbild für den Gipfel, auf den Friedrich seinen „Wanderer über dem Nebelmeer“ (1818) gestellt hat. Der originale Felsen befindet sich am Fuß des Tafelbergs „Kaiserkrone“ und ist wie die anderen zehn Stationen des Rundwegs mit Informations- tafeln ausgestattet.

Vieles hat sich seit Friedrichs Wanderungen verändert, und nie hat etwas genau so ausgesehen, wie er es gemalt hat. Er schrieb: „Ihr tadelt und sprecht, der Gegenstand ist in der Natur anders und der Maler hat viel hineingesehen, was gar nicht in der Wirklichkeit ist. Ich ehre, was ihr tadelt, denn was der Maler hineingesehen, ist immer schön und bleibt dem Charakter des Gegenstandes und der Natur treu.“

Das bestätigt aufs Schönste sein künstlerischer Umgang mit den mittelalterlichen Ruinen der Burg und des Klosters auf dem Berg Oybin. Den 514 Meter hohen Sandsteinkoloss in der Oberlausitz bestieg Friedrich 1810. Die Wenzelskapelle mit ihren drei spitzbogigen Fensteröffnungen inspirierte ihn zum Gemälde „Huttens Grab“ (um 1822/23). In ihm bereicherte er die Kapelle um einen Sarkophag, neben dem ein Mann steht. Das durch die Fensteröffnungen sichtbare Farbspiel nahm sich Elíasson zum Vorbild für die neuen Chorfenster des Greifswalder Doms, in dem Caspar David Friedrich am 7. September 1774 die Taufe erhielt.

● www.pommersches-landesmuseum.de; www.skd.museum. **Reisetipps:** www.auf-nach-mv.de; www.sachsen-tourismus.de

ARCHITEKTUR

Zwischenfazit einer Stadtentwicklung

Berlin-Brandenburger Architektenverein fasst 200 Jahre Städtebau in Freiluftausstellung zusammen

Berlins Prachtboulevard Unter den Linden wird in diesen Tagen noch prächtiger aussehen. Aus Anlass seines 200. Geburtstags realisiert der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg e.V. (AIV) bis zum 30. November die Ausstellung samt begleitenden Veranstaltungen „immer modern! Berlin und seine Straßen. 200 Jahre Architektur, Städtebau und Ingenieurbau für Berlin“.

Das Projekt ist als Freiluftausstellung auf dem Mittelstreifen des Boulevards Unter den Linden konzipiert: Am Beispiel bedeutender Straßenräume wie Kurfürstendamm, Bundesallee, Schloßstraße, Swinemünder Straße oder Leninallee werden die wesentlichen Leistungen und prägenden Planungen, aber auch die Brüche der Stadtentwicklung Berlins dargestellt. Darüber hinaus haben zehn Architekturbüros beispielhaft das Veränderungspotential von zehn Hauptstraßen

Berlins und der benachbarten Landeshauptstadt Potsdam untersucht und Vorschläge für eine Umgestaltung gemacht, die im Ausstellungsteil „Große Straßen für Morgen“ zu sehen sind.

Eine Serie von Veranstaltungen begleitet und erklärt die Ausstellung. Dabei werden die aktuellen und zukünftigen Themen des Städtebaus und der Architektur, der Mobilität und der Infrastruktur

im Zeichen der Verkehrs- und Klimawende diskutiert. Jedes Thema bedingt ein spezifisches Format – mit Debattenbeiträgen von Politikern und Fachleuten aus der Verwaltung und der Wirtschaft sowie von Ingenieuren, Architekten, Stadtplanern und Landschaftsarchitekten.

Zum Abschluss von „immer modern!“ ist geplant, ein Resümee mit Handlungsempfehlungen für alle beteiligten Akteure und Interessengruppen zu verabschieden, das die Ergebnisse der Debatten zusammenfasst und eine neue Perspektive für eine integrative Planungs- und Baukultur vorstellt, wie die notwendige Transformation der Straßen zugunsten von lebenswerten und attraktiven öffentlichen Räumen für alle gelingen kann. Eine städtebauliche Kur könnte Berlin in jedem Fall gut vertragen. *tws/AIV*

● www.aiv-berlin-brandenburg.de



Aufsteller für den Prachtboulevard: Freiluft-Ausstellung Unter den Linden

MELDUNGEN

Tafelservice für Victoria Luise

Fürstenberg (Weser) – Mit der Sonderausstellung „Scherben zum Glück“ entführt das südlich bei Höxter im Weserbergland gelegene Museum Schloss Fürstenberg noch bis zum 27. April 2025 in eine Zeit politischer Umbrüche und erzählt zugleich die große Liebesgeschichte von Victoria Luise, der einzigen Tochter von Kaiser Wilhelm II., und dem Welfenprinzen Ernst August. Zu ihrer Hochzeit am 24. Mai 1913 erhielten sie vom Landesdirektorium der Provinz Hannover ein Tafelservice von königlichem Ausmaß: Es bestand aus fast 700 Einzelteilen. Die Ausstellung präsentiert das Service erstmals in großem Umfang. Dabei lernen die Besucher sowohl das Herzogspaar als auch die Geschichte rund um das einmalige Präsent kennen. Der Eintritt ist frei. Internet: www.fuerstenberg-schloss.com *H.Sch.*

AGGREGAT 4

Der erste Kriegseinsatz

Das von deutschen Konstrukteuren unter Wernher von Braun entwickelte Aggregat 4 (A4) war die erste funktionsfähige ballistische Rakete und auch das erste von Menschen gefertigte Objekt, das in den Weltraum vorstieß. Beim vierten Startversuch am 3. Oktober 1942 legte die fast 13 Tonnen schwere und 14 Meter lange Rakete eine Strecke von 190 Kilometern zurück und stieg dabei auf 84 Kilometer Höhe. Am 18. und 20. Juni 1944 erreichten zwei weitere A4 sogar Gipfelhöhen von 127 und 175 Kilometern.

Die A4 war nicht für die Eroberung des Kosmos geschaffen worden, sondern als eine „Vergeltungs-“ und „Wunderwaffe“, welche die militärische Antwort des Dritten Reiches auf die zunehmenden alliierten Luftschläge gegen deutsche Städte und Industrieanlagen sein sollte. Deswegen besaß die Rakete auch einen Gefechtskopf mit 738 Kilogramm Amatol, dessen Sprengkraft der von 600 Kilogramm TNT entsprach.

Der erste Kriegseinsatz der nun Vergeltungswaffe 2 (V2) genannten A4 erfolgte am 8. September 1944. Damals schoss die Motorisierte Heeres-Artillerieabteilung 485 der Wehrmacht eine der Raketen aus dem Raum nördlich von Den Haag auf die britische Hauptstadt London. Der Einschlag erfolgte nicht wie erhofft im Stadtzentrum, sondern in der Staveley Road im Stadtteil Chiswick. Dabei gab es drei Tote und 22 Verletzte sowie sechs komplett zerstörte Häuser.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden 6289 V2 gebaut und 3892 davon auch gestartet. In 1358 Fällen war dabei London das Ziel. Außerdem fanden 1610 Raketenangriffe auf die belgische Stadt Antwerpen statt, deren Seehafen ein Hauptumschlag-



Start einer V2 aus einem Waldstück bei Den Haag

platz für den Nachschub der Alliierten war. Infolge der V2-Attacken starben insgesamt rund 8000 Menschen, zu- meist Zivilisten. Darüber hinaus sind bei der Produktion der Rakete in unterirdischen Fertigungsstätten viele der zur Zwangsarbeit herangezogenen Häftlinge ums Leben gekommen. Höchstwahrscheinlich lag die Zahl dieser V2-Opfer deutlich höher als die der Toten auf Seiten des Gegners.

Nach dem Krieg bildete die V2 die Grundlage für die Raumfahrtprogramme der beiden Supermächte. In den USA wurde sie zur Redstone-Rakete weiterentwickelt, in der Sowjetunion zur R-1, R-2, R-5 und R-7.

W.K.



Nach seinem Sturz wird sein Bild aus einem öffentlichen Gebäude entfernt: Haile Selassie

Foto: picture alliance/dpa/

HAILE SELASSIE

Das Ende eines kaiserlichen Hoffnungsträgers für Afrika

Vor einem halben Jahrhundert wurde der letzte Negus Negesti von Äthiopien gestürzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 12. September 1974 erfuhr die äthiopische Geschichte eine abrupte Wendung. Putschende Offiziere unter der Führung des Majors Mengistu Haile Mariam erzwangen die Abdankung von Kaiser Haile Selassie I. Danach verwandelte der Provisorische Militärverwaltungsrat (PMVR, Derg) die eng mit dem Westen verbundene konstitutionelle Monarchie in eine eng mit dem Osten verbundene marxistisch-leninistische Diktatur. Der gestürzte Herrscher, der als 225. Nachfolger des biblischen Königs Salomo sowie Abkömmling des mythischen äthiopischen Reichsgründers Menelik I. aus dem 1. Jahrtausend v. Chr. galt und die Titel Negusa Negest (König der Könige, Großkönig, Kaiser), Löwe des Stammes von Juda, Verteidiger des Glaubens, Auserwählter Gottes und Großer Führer trug, verbrachte die letzten Monate seines Lebens im Hausarrest, bis er in der Nacht von 27. zum 28. August 1975 auf Befehl des PMVR ermordet und kurzerhand unter den Dielen einer Palasttoilette verscharrt wurde. Damit endete ein 83-jähriger Lebensweg voller Dramatik.

Der spätere Monarch kam am 23. Juli 1892 als Tafari Makonnen auf die Welt. Sein Vater entstammte der kaiserlichen Familie, war aber lediglich Provinzgouverneur. Er verstarb 1906. Danach erhielt Tafari Makonnen eine Erziehung am Hofe von Kaiser Menelik II. und avancierte schließlich im September 1916 infolge etlicher glücklicher Umstände zum Kronprinzen und Regenten des Landes. Dem folgte die Verleihung des hohen Adelstitels Ras.

In seinem neuen Amt bemühte er sich um die Modernisierung Äthiopiens, das

1923 dem Völkerbund beitrug und damals noch meist Abessinien genannt wurde. Fünf Jahre später kam es zu einem Putschversuch konservativer Kräfte, den Ras Tafari Makonnen aber niederringen konnte. Nach dem Tode der Kaiserin Zauditu, die Menelik II. 1916 nachgefolgt war, schlug dann die Stunde des damals 38-Jährigen. Unter dem neuen Namen Haile Selassie (Macht der Dreifaltigkeit) bestieg er am 2. November 1930 in Nachfolge seiner verstorbenen Cousine den Kaiserthron in Addis Abeba.

Bemühen um Modernisierung

Zu den frühen Amtshandlungen des neuen Herrschers gehörte die Verabschiedung der ersten äthiopischen Verfassung. Diese sah zwar ein Parlament mit zwei Kammern vor, beschränkte die Handlungsfähigkeit des Monarchen in der Praxis aber nur ganz unwesentlich. So hieß es ausdrücklich, dass „die Person des Kaisers heilig, seine Würde unantastbar und seine Macht unbestreitbar“ sei.

Die weitere Entwicklung des Kaiserreiches wurde am 3. Oktober 1935 gewaltsam unterbrochen, als Truppen Italiens ohne Kriegserklärung aus dessen Kolonien Eritrea und Italienisch-Somaliland ins benachbarte Äthiopien einfielen und damit den bis dahin blutigsten militärischen Konflikt auf afrikanischem Boden auslösten. Durch das brutale Vorgehen der Invasoren, die in großem Stil Giftgas einsetzten und dann ein Terrorregime unter den Vizekönigen Marschall Rodolfo Graziani und Herzog Amedeo von Savoyen-Aosta etablierten, starben möglicherweise bis zu 760.000 Äthiopier. Die Besatzer erklärten ihren Feldzug nach dem Fall von Addis Abeba im Mai 1936 für beendet und vereinigten das bisherige Kaiserreich mit

ihren Kolonien Eritrea und Italienisch-Somaliland zu Italienisch-Ostafrika (Africa Orientale Italiana, AOI, A.O.I.).

Haile Selassie zog zu Kriegsbeginn mit der Armee nach Norden und leistete dort zunächst recht effektiv Gegenwehr. Dabei lernte der Monarch auch, die Luftabwehr-Maschinengewehre zu bedienen, die sein Hauptquartier im Felde schützten. Am 31. März 1936 erlitt er jedoch eine schwere Niederlage in der Schlacht von Maychew. Daraufhin beschloss der Staatsrat des Kaiserreiches, dass der Kaiser ins Exil gehen und Italien vor dem Völkerbund in Genf anklagen solle. Seine dort vorgebrachten Forderungen nach Sanktionen gegen den Aggressor verhallten allerdings weitgehend ergebnislos. Letztlich verurteilten nur China, Neuseeland, die Sowjetunion, Spanien, Mexiko und die USA die Annexion Äthiopiens.

Schlagartig änderte sich die Situation, als Italien im Juni 1940 an der Seite Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg eintrat. Nun erhielt Haile Selassie die volle Unterstützung Großbritanniens, weil Mussolini Italienisch-Ostafrika als Sprungbrett für Operationen gegen den Sudan, Kenia und Britisch-Somaliland nutzte. Die Rückeroberung von Äthiopien, an der Haile Selassie ab Januar 1941 persönlich teilnahm, endete im Mai des Jahres mit dem Einzug des Kaisers in Addis Abeba.

Sonderstellung in Afrika

1945 gehörte Äthiopien zu den 51 Staaten, welche die Vereinten Nationen (UN) begründeten. Der als treuer Verbündeter des Westens geltende Kaiser nahm nun die Rolle einer Integrationsfigur und Grauen Eminenz auf dem afrikanischen Kontinent ein und beeinflusste dessen Dekoloniali-

sierung maßgeblich. So initiierte er die Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Und dann wurde er gar noch zum Hoffnungsträger der nach Ras Tafari Makonnen, also nach ihm, benannten Rastafaris, einer in Jamaika in den 1930er Jahren entstandenen und weltweit verbreiteten Bewegung. Die sah in dem zu den äthiopisch-orthodoxen Christen zählenden Kaiser den in der Offenbarung des Johannes angekündigten Erlöser.

Um Haile Selassies Bedeutung auch als Hoffnungsträger zu verstehen, hilft vielleicht ein gewagter Vergleich der Stellung seines Kaiserreiches in Afrika vor dessen Dekolonialisierung mit dem des Königreiches Sardinien in Italien vor dessen Einigung. Sardinien war ab 1848 ein Verfassungsstaat mit einer italienischen Dynastie in einem Italien voller Staaten mit fremdländischen Dynastien. Äthiopien war ab 1931 ein Verfassungsstaat mit einer afrikanischen Dynastie in einem Afrika voller europäischer Kolonien. Während aus dem letzten König von Sardinien schließlich der erste König von Italien wurde, wurde aus dem letzten Kaiser von Äthiopien allerdings nie der erste Kaiser von Afrika – auch wenn die äthiopischen Farben bis heute nicht ohne Grund als die panafrikanischen gelten.

Ungeachtet der internationalen Bedeutung im Allgemeinen und der in Afrika im Besonderen begann der Stern des Kaisers im eigenen Land ab der Mitte der 1950er Jahre zu sinken. Schuld daran waren vor allem wiederholte schwere Hungersnöte und die Unabhängigkeitsbewegung in Eritrea, das ab 1952 erst mit Äthiopien eine Föderation bildete, um dann schließlich von diesem annektiert zu werden. Ebenso die nach wie vor gigantische Machtfülle des Monarchen, an der auch die Verfassungsreform von 1955 nichts änderte. Der alternde Haile Selassie regierte weiter extrem autokratisch und vernachlässigte zusehends die Modernisierung seines überwiegend noch feudalen Reiches. Delegitimiert wurde seine Herrschaft auch durch die vielen Menschenrechtsverletzungen bei der Verfolgung seiner politischen Gegner. Infolge all dessen kam es zu wiederholten Revolten von Bauern und Studenten sowie drei Putschversuchen des Militärs, von denen der letzte dann vor einem halben Jahrhundert zum Erfolg führte.

„THEO VON BROCKHUSEN. VISIONEN VON LANDSCHAFT“

Zwischen Impressionismus und Expressionismus

Das Kunstmuseum Schwaan widmet dem in Marggrabowa geborenen Maler, Zeichner und Radierer eine Sonderausstellung

VON JÖRN BARFOD

Vor den Toren Rostocks, im Kunstmuseum Schwaan, wird mit einer Dauerpräsentation der bemerkenswerten Künstlerkolonie in dieser Kleinstadt gedacht. Dazu finden dort laufend zum Themenrahmen passende Sonderausstellungen statt. Unter dem Titel „Theo von Brockhusen. Visionen von Landschaft“ werden derzeit in Zusammenarbeit mit dem Museum der Havelländischen Malerkolonie in Ferch Arbeiten aus dem Werk des aus Ostpreußen stammenden Malers gezeigt. Aus 15 Schaffensjahren, zwischen 1903 und 1918, stammen die rund 40 ausgewählten Arbeiten, hauptsächlich Gemälde. Nur knapp 37 Lebensjahre waren dem Maler gegönnt. Er arbeitete am Übergang der Periode des Impressionismus zum Expressionismus.

Theo von Brockhusen, eigentlich Theodor Adolf Hillmann, wurde am 16. Juli 1882 in Marggrabowa, Kreis Olecko (später Treuburg) geboren. Sein Vater war der Rechtsanwalt und Amtsrichter Theodor von Brockhusen, seine Mutter Magda von Brockhusen geborene Hillmann. Er war das vierte Kind der Familie. Schon mit 15 Jahren wurde er Schüler der Königsberger Kunstakademie, was damals nach der Akademieordnung möglich war. Da über seine persönliche Biografie sehr wenig bekannt ist, muss man schlussfolgern, dass er sich in der Schule bereits als künstlerisch überaus begabt gezeigt hat.

Dort erhielt er eine gründliche Ausbildung. Seine Lehrer waren zuerst Max Schmidt (1818–1901) sowie später Olof Andreas Jernberg (1855–1935) als Lehrer der Landschaftsklasse und der seit 1901 amtierende Direktor Ludwig Dettmann (1865–1944). Damit war er Schüler eines zwischen der Romantik und dem Naturalismus stehenden Künstlers, eines zwischen Naturalismus und Impressionismus schaffenden Malers und eines deutschen Impressionisten, eben Dettmann, der 1898 zu den Begründern der Berliner Sezession gehörte.

Das Studium in Königsberg beinhaltete das Malen in freier Natur. Zusammen mit seinem Freund Waldemar Rösler (1882–1916), der zeitgleich an der Kunstakademie lernte, zog Brockhusen nach Klein Kuhren, einem Fischer- und Sommerfrischeort an der samländischen Steilküste. Hier entwickelte sich kurz nach 1900 ein Künstlerort, der bislang kaum erforscht ist, aber sicher bis in die 1920er Jahre von Künstlern besucht wurde.

Rund 40 ausgewählte Arbeiten

1903 beendete Brockhusen sein Studium in Königsberg. In dieses Jahr fällt auch seine erste bekannte Ausstellungsbeteiligung im Königsberger Kunstverein mit dem Gemälde „Ein trüber Herbsttag“. Aus den ersten Schaffensjahren sind wohl nur wenige Arbeiten erhalten oder derzeit bekannt. Die Ausstellung in Schwaan zeigt eine „Ostpreußische Landschaft“ in breitem, pastosen Farbauftrag, vor allem mit einem hohen Himmel mit großen Wolkenballungen, unten verschiedenen grünen Flächen und kleinen Bäumen. Die Formenabgrenzungen sind nur durch Farbflächen gestaltet, daher scheinen die Details des Motivs ein wenig zu verschwimmen.

In das Jahr 1903 fällt ein Kuraufenthalt in Zinnowitz auf Usedom. Ein Lungenleiden – ob früh erworben oder erblich disponiert ist nicht bekannt – überschattete das ganze Leben Brockhusens und führte schließlich auch zu seinem frühen Tod. In Zinnowitz schloss er Bekanntschaft mit der Familie Bothe aus Seelow im Oderbruch. Dort besuchte er sie später regelmäßig.

1904 zog Brockhusen nach Berlin und freundete sich mit dem Bildhauer Fritz Klimsch an, der ihn später in der Erinnerung so beschrieb: „... aus einem altadeligen Geschlecht stammend, in seinem Wesen vorherrschend Junker, herrisch und selbstherrlich, draufgängerisch, erobe-

1906 begann der bedeutende Berliner Kunsthändler Paul Cassirer, Brockhusen zu unterstützen, und später nahm er ihn unter Vertrag. Als freier Künstler ausschließlich vom Verkauf der Werke zu leben war auch im kulturell reichen und lebhaften Berlin nicht leicht. Und so war der

Deutschlands, Reisen ins Ausland, Landaufenthalte. Die Reisen an die Nordsee und aufs Land allerdings dürften teilweise auch durch sein chronisches Lungenleiden motiviert gewesen sein.

Nach diesem Aufstieg zu gesellschaftlicher Anerkennung und wirtschaftlich gu-

stärker dem Phänomen des Sonnenlichts. Nach dem Eindruck der italienischen Kunst der Renaissance begann der Künstler, sich mit religiösen Bildthemen zu befassen, damit erstmals auch mit eigentlichen Figurenkompositionen.

Auch 1913 brachte erneut viele Ausstellungen. Durch Differenzen über die künftige künstlerische Ausrichtung der Berliner Sezession verließen viele Maler diese Vereinigung. 1914 entstand die Freie Sezession, Brockhusen war Gründungs- und Vorstandsmitglied. Bei Kriegsbeginn wurde er als Freiwilliger wegen seines Lungenleidens zurückgestellt. Der Krieg machte sich alsbald im zurückgehenden Ausstellungsbetrieb bemerkbar. Damit gingen auch die Verkäufe, also die Einnahmen für die Kunst zurück. Schon im Folgejahr musste Brockhusen sich wieder um Unterstützungen bemühen.

„Grauenhaftes Künstlersterben“

Im selben Jahr 1915 wurde dem Ehepaar eine Tochter geboren. Zum Kreis der Freunde der Brockhusens kam der Dichter Eric Schwabach hinzu, auf dessen Gut in Kaiserswaldau in Schlesien der Maler mehrfach wohnte. Auch hier wurde die Landschaft mit Baumalleen zu Bildthemen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten zur Trennung vom festen Vertrag mit dem Kunsthändler Cassirer. 1918 begann der Maler eine Zusammenarbeit mit dem Berliner Galeristen Ferdinand Möller.

1917 und 1918 wurden erneut Kuraufenthalte nötig, in Bad Tölz, in Boltenhagen an der Ostsee. 1918 übernahm Brockhusen das Amt des Präsidenten der Freien Sezession, mit großen Plänen, die aber in der schwierigen Zeit des zu Ende gehenden Krieges nicht ganz gelangen. Er beteiligte sich dann nach Kriegsende gleich im Arbeitsrat der Kunst. Aber die Unruhe der Zeit, die gewiss schwierigere Ernährungslage taten der Gesundheit des Künstlers nicht gut. Theo von Brockhusen verstarb an einer erneuten schweren Lungenkrankung am 20. April 1919 in Berlin.

Der namhafte Kunstschriftsteller Kurt Scheffler schrieb in einem kurzen Nachruf: „Das grauenhafte Künstlersterben hält an. Nun ist ihm auch Theo von Brockhusen zum Opfer gefallen. Sechsuunddreißigjährig, in einem Augenblick, wo er Präsident der Freien Sezession geworden war und hierin doch wohl so etwas wie eine Krönung sah. ... Im Anfang hoffte man auf ein besonderes Talent, in den letzten Jahren war man etwas enttäuscht. Es war ein Stillstand ... in Brockhusens Produktion gekommen. Immer aber sprach man von ihr mit großer Achtung.“

Brockhusens künstlerischer Nachlass ging an den Galeristen Ferdinand Möller, der mit ihm auch in den Jahren ab 1919 immer wieder Ausstellungen gestaltete, noch 1954 in Köln. Dennoch hat die Forschung den Künstler lange mehr oder weniger übersehen. Ein 1999 zu einer Ausstellung in der Ostdeutschen Galerie Regensburg erschienener Katalog scheint den bis heute gültigen Wissensstand zu haben, übernahm der nun für die Museen in Ferch und Schwaan produzierte Katalog zur gleichnamigen Sonderausstellung doch den wesentlichen Aufsatz Gerhard Leistners von vor 25 Jahren, da er „im Forschungsstand immer noch aktuell“ sei.

● Die Sonderausstellung „**Theo von Brockhusen. Visionen von Landschaft**“ ist noch bis zum 29. September im Kunstmuseum Schwaan, Mühlenstraße 12, 18258 Schwaan, Telefon (03844) 891792, Fax (03844) 8900335, E-Mail: info@kunstmuseum-schwaan.de, zu sehen.



Als kleinen Gag am Rande bietet das Kunstmuseum Schwaan den Besuchern seiner Sonderausstellung die Möglichkeit, sich für ein Erinnerungsfoto mit stilechten Requisiten zu den Schülern im Biergarten der Gaststätte Herrmann in Baumgartenbrück zu gesellen: Theodor von Brockhusens Ölgemälde „Schulhausflucht“ aus dem Jahre 1908

Foto: Kunstmuseum Schwaan

rungslustig, besaß er andererseits durchaus das Künstlerische, Großzügige, Leichtsinnsige, Lebensfreudige, Begeisterungsfähige.“ Aus dem Zeitraum 1905 und etwas später stammt die Erinnerung von Arthur Degner an die Erscheinung Brockhusens in Klein Kuhren: „Theo von Brockhusen sichtigten wir, seine imponierende Zwei-Meter-Größe durch einen Zylinderhut noch steigend, in einem Schwarm hellgekleideter Damen.“

Der neue Wohnort brachte dem Maler sehr viele Gelegenheiten, sich in Ausstellungen mit französischen Impressionisten und anderen Neuen auseinanderzusetzen. Unter den ihn bereits seit jener Zeit besonders beeindruckenden Künstlern werden stets Vincent van Gogh und Max Liebermann genannt. In der Tat kann man schon ab 1905 eine Änderung in Brockhusens Malstil ausmachen. Er wendete den „Pinselfrich in Kommatechnik“ an, wie ein Arbeiter es einmal plastisch ausdrückte.

Im Übrigen fand er schon bald seinen eigenen Weg der Darstellungen in einem mehr strukturierenden, zeichnerischen Schildern, eher nüchtern und sachlich. Das Malerische verfolgte er weniger, wie man in einem Vergleich mit den Arbeiten seines Freundes Rösler deutlich zeigen könnte. Zum gleichen Schluss kommt man im Vergleich mit Werken von Max Liebermann. Van Goghs rundlichere Strichlinien geben einen harmonischeren Eindruck als Brockhusens eher zum Kantigen neigende Formulierungen. Außerdem war er kein Figurenmaler, weshalb Personen eher selten, und dann nur weiter entfernt und recht schematisch in seinen Bildern auftauchen, mit Ausnahme der späten religiösen Szenen.

„Pinselfrich in Kommatechnik“

Brockhusen war „arm wie eine Kirchenmaus nach Berlin gekommen“, wie sich sein Freund Fritz Klimsch später erinnerte. Doch er fand rasch in die Gesellschaft der Künstler und Zugang zu bedeutenden Ausstellungen, schon 1905 zur Berliner Sezession etwa. Auch die Kritiker wurden bald auf seine Arbeit aufmerksam, schon

Maler auf weitere Unterstützung angewiesen. Er war beispielsweise seit 1905 immer wieder einmal bei seinem Vetter Eberhard von Brockhusen und dessen Ehefrau Johanna, einer Schwester seiner eigenen späteren Ehefrau, in Langen (bei Fehrbellin) auf dem Lande. Er lernte 1906 den Maler und Mäzen Curt Herrmann kennen und arbeitete seither fast jährlich dort in Baumgartenbrück an der Havel für Wochen. Cassirer und Herrmann unterstützten 1906 und in den folgenden Jahren seine Reisen nach Paris, London und in den belgischen Badeort Knocke.



Theo von Brockhusen im Jahre 1917

Alle Beziehungen, die er sich in den ersten Jahren seiner Berliner Zeit aufbaute, deuten darauf hin, dass er bei allen herrschaftlichen Zügen, an die sich Klimsch erinnerte, doch im Umgang angenehm gewesen ist und die Gabe hatte, Menschen für sich einnehmen zu können. Drei Jahre nach seiner Ankunft in Berlin wurde er bereits in die Berliner Sezession als Mitglied aufgenommen. Er hatte es geschafft. Regelmäßige Ausstellungen in Berlin in der Sezession und bei Cassirer, die kunsthändlerische Förderung und Werbung, Ausstellungen in weiteren Städten

ter Lage als Freischaffender tat er einen nächsten bürgerlichen Schritt und heiratete 1909 Hildegart Bothe (1884–1967) aus Seelow, deren Familie er schon sechs Jahre zuvor kennengelernt hatte. Mit ihr fährt er nach Paris. In den Jahren um 1910 verändert er seinen Malstil weiter. Dabei wird das zeichnerische Element der einzelnen Pinselfrichen tendenziell stärker. Besonders auffällig wird dies bei den Motiven, die nicht reine Natur der Landschaft zeigen, sondern mehr menschengeschaffene Strukturen. Stadtlanschaften etwa in Belgien, die Holzbrücke in Baumgartenbrück.

Blüte vor dem Weltkrieg

Aber auch bei den Bäumen, die von Brockhusen besonders gern zum Motiv nahm, erkennt man diese Betonung der Struktur. So sitzen die weißen Blüten der Obstbäume auf fast bizarr sich windenden schwarzen Ästen. Selbst die Bäume im vollen Laub haben vor allem die Struktur des Stammes mit den Ästen. Nicht selten gestaltet der Künstler auch kahle, schwächliche Bäume mit dünnem, langem Astgewirr. Auf seinen Lithografien und Radierungen kommt dies oft besonders deutlich zur Wirkung.

Die Jahre 1911 und 1912 brachten Ausstellungen in weiteren Städten, in Köln, Leipzig, Bremen und wieder einmal Königsberg, wo er diesmal auffällig viele Arbeiten in der Jahresausstellung des Kunstvereins zeigen konnte. Aber er erlitt auch schwere gesundheitliche Einbrüche mit Lungenentzündungen, die durch Reisen in den Süden und aufs Land langwierig ausgeheilt werden mussten. 1911 fuhr Brockhusen nach Baden-Baden, in den Schwarzwald, nach Luzern und nach Gardone am Gardasee, 1912 nach Seelow zur Familie Bothe und nach Baumgartenbrück.

Für ein Gemälde der Brücke von Baumgartenbrück erhielt er den Villa Romana Preis, was zu einem sechsmonatigen Aufenthalt in Florenz, zusammen mit seiner Ehefrau, führte. Dieser lange Italienaufenthalt brachte eine Aufhellung der Farbpalette Brockhusens mit sich. Er widmete sich seither teilweise

VON WOLFGANG KAUFMANN

Steuern müssen Menschen bereits seit 5000 Jahren entrichten, um staatliche Ausgaben zu finanzieren. Damit verlieren sie einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte. Wer heute in Deutschland das statistische Durchschnittsjahreseinkommen von knapp 52.000 Euro brutto für Vollzeitarbeit bezieht, zahlt in 45 Jahren 522.000 Euro Lohnsteuer, denn die jährliche Steuerbelastung liegt hier im Falle der Steuerklassen Eins und Vier bei rund 11.600 Euro beziehungsweise 22,3 Prozent. Dagegen beträgt der Spitzensteuersatz inklusive Reichensteuer und Solidaritätszuschlag derzeit knapp 47,5 Prozent, womit ein Einkommensmilliardär theoretisch etwa 475 Millionen Euro pro Jahr an den Fiskus abzuführen hätte.

Die Praxis sieht allerdings anders aus, wie der Berliner Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit am Beispiel der deutschen Milliardenerbin Susanne Klatten errechnet hat. Deren Einkommen allein aus den Gewinnanteilen des Autoherstellers BMW betrug 2022 um die 4,88 Milliarden Euro. Davon zahlte Klatten aber keine 2,32 Milliarden Steuern, sondern lediglich 1,04 Milliarden. Das entsprach einem Steuersatz von 21,3 Prozent, lag also unter dem eines Durchschnittsverdieners.

1996 hatten die Zahlen noch ganz anders ausgesehen. Da brachten die BMW-Anteile Klatten 199 Millionen D-Mark ein, von denen sie 121,4 Millionen Steuern zahlte, was auf eine Steuerlast von 61 Prozent hinauslief. Seit 1996 haben sich die Bedingungen für deutsche Superreiche aber durch die Aussetzung der Vermögensteuer (1997), Abschaffung der Gewerbesteuer (1998), Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer (stufenweise von 2001 bis 2005), zweifache Senkung der Körperschaftsteuer (2001 und 2009) sowie Einführung des Halb-beziehungsweise Teileinkünfteverfahrens (2002 und 2009) drastisch verbessert.

Ein „Family Office“ hilft enorm

In anderen westlichen Ländern verläuft die Besteuerung sehr hoher Einkünfte noch zurückhaltender. Laut dem Global Tax Evasion Report 2024 zahlen Milliardäre in Ländern wie den USA und Frankreich vielfach nur zwischen zwei und acht Prozent Einkommensteuer. Dass die Vermögenden mittlerweile so extrem billig davonkommen, resultiert nicht bloß aus Steuererleichterungen vonseiten des Staates, an dessen Regierungsparteien sie mit schöner Regelmäßigkeit spenden. Vielmehr stehen den Superreichen im Gegensatz zu den Normalbürgern und -verdienern auch allerlei andere Instrumente zur Verfügung, um ihre Steuerbelastung auf legalem Wege zu reduzieren. Davon sollen hier einige vorgestellt werden, die in Deutschland momentan be-



Die Schlupflöcher der „Reichen“ hat er nicht: Der deutsche Steuer-Normalbürger

Warum die Steuerlast die Mittelschicht am härtesten trifft

Während Durchschnittsverdiener ausweglos unter den Forderungen des Fiskus ächzen, eröffnen sich für Spitzenverdiener verschiedenste Möglichkeiten, ihre Überweisungen an den Staat zu verringern

sonders beliebt sind. So kann sich jeder arm rechnen, der Unternehmensanteile in Höhe von mehr als 26 Millionen Euro übertragen bekommt oder erbt.

Das erfolgt im Zuge einer Verschonungsbedarfsprüfung, denn Steuern sind in einem solchen Fall nur fällig, wenn der Begünstigte genügend Privatvermögen besitzt, um diese zu bezahlen. Die Minimierung des Privatvermögens ist dabei recht einfach: Es reicht aus, zu einem bestimmten Stichtag nicht viel auf der hohen Kante zu haben – beispielsweise, weil das gesamte Geld gerade als Betriebsvermögen in einer Firma steckt. 2023 verzichtete der deutsche Fiskus deswegen auf mehr als zwei Milliarden Euro.

Eine weitere Möglichkeit, Steuern zu mindern, besteht in der Gründung einer persönlichen Vermögensverwaltung, genannt Family Office. Besonders effektiv ist dies, wenn dieses „Büro“ auch über eine Vollbanklizenz verfügt, was beispielsweise für die Firma Anthos gilt, die

sich um das Vermögen der deutsch-niederländischen Familie Brenninkmeijer kümmert, der das Bekleidungsunternehmen C&A gehört. Ein solches Family Office, dessen Unterhalt allerdings mehrere Millionen Euro pro Jahr erfordert, besitzt unzählige Möglichkeiten, Gelder hin und her zu bewegen und so maximale Steuerspareffekte zu erzielen.

Desgleichen bietet es sich an, ein zusätzliches Unternehmen zu gründen, das dann quasi als Sparschwein fungiert. Alles, was dazu führen könnte, dass Kapitalertragssteuern in Höhe von 25 Prozent fällig werden, geht an die neue Firma, womit auf deren Gewinne lediglich effektive Steuern in Höhe von rund 1,5 Prozent anfallen, sofern die übertragenen Aktien und Ähnliches in deren Betriebsvermögen verbleiben. Darüber hinaus kann man sich auch gleich noch zum Geschäftsführer der Sparschwein-GmbH ernennen und ein steuerbegünstigtes Gehalt genehmigen. Ein weiterer belie-

ter Trick zur Verschleierung von Vermögenszuwächsen besteht darin, teure Kunstwerke zu kaufen und diese in einem Zollfreilager verwahren zu lassen, während ihr Wert steigt und steigt. Allein im Zollfreilager von Genf werden solche Luxusgüter im Wert von 100 Milliarden Euro vermutet, von denen kein Finanzamt der Welt etwas weiß.

Die Sache mit den Stiftungen

Günstig wirkt sich außerdem der Erwerb möglichst vieler Immobilien aus. Häuser, Wohnungen und Gewerbeobjekte gewinnen von kurzen Korrekturen abgesehen ebenfalls kontinuierlich an Wert, und wenn der Besitzer diese dann nach einer Frist von mehr als zehn Jahren veräußert, fallen im Gegensatz zu Aktien keine Steuern auf die Wertsteigerung an. Empfehlenswert ist auch die Gründung einer vermögensverwaltenden Immobilienfirma, denn solche Unternehmen bleiben in Deutschland von der Zahlung der Gewer-

besteuer verschont, solange sie keine Nebenumsätze erzielen, die aus etwas anderem als Vermietung und Verpachtung resultieren. Dadurch halbiert sich die Steuerbelastung im Vergleich zu herkömmlichen Unternehmen.

Und dann wären da noch die Steuersparmöglichkeiten, bei denen das Ausland ins Spiel kommt. Familienstiftungen sind grundsätzlich ein gutes Steuersparmodell, weil das Anhäufen von Vermögen hier steuerfrei erfolgen kann. Allerdings verlangt der Fiskus im Abstand von 30 Jahren eine Erbschaftsteuer – so berechnet, als wäre das Stiftungsvermögen auf zwei Nachkommen des Stifters übergegangen. Sitzt die Stiftung aber in einem Staat wie Liechtenstein, greift wegen der dortigen Gesetzeslage diese Regelung nicht. Zudem lassen sich Steuern natürlich auch durch eine Verlagerung des eigenen Wohnsitzes in Steueroasen sparen. Einige davon liegen sogar in der Europäischen Union. So beispielsweise in Luxemburg.

VERMÖGEN

Die zehn reichsten Familien der USA

Sie dirigieren bekannte Unternehmen oft schon seit Generation und verfügen laut „Forbes“ über zusammen 776 Milliarden US-Dollar

In den USA gibt es etliche extrem vermögende Familien, wobei die reichsten Zehn mit insgesamt 456 begünstigten Angehörigen zusammen rund 776 Milliarden Dollar besitzen – so die Berechnungen des Wirtschafts magazins „Forbes“.

Auf Platz Zehn rangiert dabei der Cox-Clan aus Atlanta, zu dessen Firmenimperium Unternehmen der Telekommunikations-, Auto- und Medienbranche gehören, mit 26,8 Milliarden. Demgegenüber ist die Familie Duncan, welche durch den 1968 mit einem Startkapital von 10.000 Dollar gegründeten Pipeline-Konzern Enterprise Products Partners zu Geld kam, heute 30 Milliarden schwer.

Platz Acht belegen die 47 Nachkommen von Samuel Truett Cathy, der 1946 das erste Restaurant der Kette Chick-fil-A eröffnete, dessen Markenzeichen ein spezielles Hähnchensandwich war. Die Cathy-Erben kommen inzwischen auf 33,6 Milliarden.

Platz Sieben gebührt laut „Forbes“ der Familie Johnson. Deren Besitz beläuft sich aktuell auf 38,5 Milliarden Dollar und beruht auf den Gewinnen der seit 1886 bestehenden Firma S. C. Johnson, die vor allem Reinigungs-, Hygiene- und Pflegeprodukte herstellt. Vor den Johnsons stehen die Pritzkers mit 41,6 Milliarden. Deren Familienvermögen wurde durch den

Mischkonzern Marmon Group, die Hyatt-Hotelkette und die Kartenverkaufsplattform Ticketmaster erwirtschaftet. Platz Fünf nimmt eine weitere Johnson-Familie ein. In diesem Falle handelt es sich um die Kinder und Enkel von Edward Johnson, der 1946 den Bostoner Finanzdienstleister Fidelity Investments aus der Taufe hob, welcher nun Vermögenswerte von 4,4 Billionen Dollar verwaltet. Die Mitglieder dieser Dynastie nennen selbst 44,8 Milliarden ihr Eigen.

Auf dem vierten Platz findet sich die Cargill-MacMillan-Familie, zu der 21 Milliardäre gehören, deren Gesamtvermögen 60,6 Milliarden beträgt. Gemessen am

Umsatz ist Cargill das erfolgreichste Privatunternehmen der USA. Es betreibt unter anderem Handel mit Lebensmitteln und Vieh. Darüber hinaus werden Finanzdienstleistungen angeboten.

Platz Drei hat der Koch-Clan mit 116 Milliarden Dollar inne. Die stammen aus dem Firmenkonglomerat Koch Industries, welches vorrangig in den Sparten Erdöl, Erdgas, Chemie, Energie und Lebensmittelherstellung aktiv ist. Julia Koch, die Witwe des Konzern-Vizepräsidenten, gilt derzeit als die drittreichste Frau der Welt, weil ihr allein schon 64 Milliarden Dollar gehören. Eine Milliarde mehr als die Kochs besitzen die 37 Nachfahren von

Ethel und Frank Mars, die 1911 eine Süßwarenfabrik gründeten, aus welcher der Mars-Konzern hervorging, zu dem mittlerweile auch Marken wie Pedigree und Ben's Original Rice gehören.

Damit rangieren sie deutlich hinter dem unangefochtenen Spitzenreiter auf Platz Eins, nämlich der Großfamilie Walton, die ein Vermögen in Höhe von zuletzt 267 Milliarden angehäuft hat. Dieses Geld stammt aus den Einnahmen des Einzelhandelsriesen Walmart, der mit über zwei Millionen Angestellten der größte private Arbeitgeber der Welt ist und 600 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz erzielt.

W.K.



INSTERBURG

Alte Uhren im Wasserturm

Exponate aus Königsberg, England und Frankreich – Private Investoren eröffneten ein Museum

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wie lange währt, wird endlich gut. Das gilt auch für das kürzlich eröffnete Uhrenmuseum im Wasserturm von Insterburg.

Bereits im vergangenen Jahr planten die privaten Investoren Alexej Pawlikow und Wladimir Gutschtschan die Errichtung eines Museums in dem erhalten gebliebenen Gebäude in Insterburg, in dem sie ihre Kollektion historischer Chronographen auf mehreren Etagen präsentieren können (siehe auch PAZ Nr. 48 vom 1. Dezember 2023). Zunächst mussten jedoch bürokratische Hürden überwunden und die entsprechenden Dokumente zur Einhaltung des Denkmalschutzes vorgelegt werden. Der Insterburger Wasserturm gehört zum Kulturerbe von regionaler Bedeutung.

Verhandlungen mit Stromversorger laufen

Die oberen Stockwerke des Turms hatten Pawlikow und Gutschtschan für das Museum gekauft. Im Erdgeschoss gibt es eine Umspannstation. Die Investoren verhandeln mit dem Stromversorger Jantarenergo schon länger über die Verlegung der Anlage an einen anderen Ort. Nach Plänen der Museumsinhaber könnte dann in den frei gewordenen Räumlichkeiten ein Souvenirladen eröffnet werden.

Seit Ende Mai können die Besucher zunächst die Ausstellung täglich von zehn bis 19 Uhr anschauen. Sie zeigt neben historischen Uhren auch Möbel. Vor der Eröffnung des Museums wurde der Innenraum des Wasserturms von Grund auf renoviert. Als nächstes soll die Fassade des 1899 erbauten Gebäudes saniert werden.



Bei der Museumseröffnung: Zahlreiche Interessierte waren gekommen, um die alten Uhren zu bewundern

Foto: A. Oglesnjew

Eine Eintrittskarte für das Museum mit dem Namen „Turm der Zeit“ kostet umgerechnet etwa drei Euro, eine ermäßigte Karte rund zwei Euro.

„Wir haben eine große Sammlung erworben – mehr als 100 Exponate. Dabei handelt es sich um alte Königsberger Uhren, die wir teils in England und Frankreich erworben haben, Taschenuhren, Reiseuhren – alle in unterschiedlichen Formaten. Wladimir hat seine eigene Marke russischer Uhren, und seine Handwerker beschäftigen sich mit der Restaurierung aller antiken Uhren“, sagte Pawlikow. Letzterer ist auch Gründer der Unternehmen „Towers of the East (Türme des Ostens)“ und „KSK-Textiles“. Die

erste Firma hat die Burg von Tapiau gepachtet. Die Ordensburg beherbergt ein Waffenmuseum, in dem ebenfalls eine Sammlung aus dem Besitz von Gutschtschan präsentiert wird. Das zweite Unternehmen ist Eigentümer des ehemaligen Gebäudes des Kreiskrankenhauses von Insterburg, in dem der Investor nach der Renovierung ein Hotel eröffnen will.

Ein besonderer Ort

Der Wasserturm soll Teil eines neuen Touristenkomplexes werden. Laut den Investoren wirkt das Nebeneinander von großen Formen und anspruchsvollen Kunstwerken und macht diesen Ort zu etwas Besonderem.

Die Reaktionen der Teilnehmer der Museumseröffnung fielen durchweg positiv aus. Marina Gutujewa, Exkursionsleiterin, sagte: „Ich denke, dass Touristen, die dieses einzigartige Museum nicht gesehen haben, viel versäumen, ich spreche als Profi, der seit vielen Jahren auf diesem Gebiet arbeitet.“ Wladimir Markewitsch, selbst Uhrmachermeister, erinnerte sich an seinen Onkel, der ihn in das traditionelle Handwerk einführte. „Es macht mir Freude zuzusehen, wenn jemand seine Arbeit gut macht. Ohne das Talent der Handwerker könnten selbst die wertvollsten Materialien nicht erfreuen. Genau daran erinnert die reiche Sammlung im Wasserturm.“

HEILSBURG

Geishas, Kamishibai und deutsche Jugendliche

Alt-Heilsberger Legende in japanischem Stil – Sommerliches Treffen der Jugendtheater der Deutschen Minderheit

In Heilsberg fand eine „Theaterwerkstatt“ für junge Menschen der Deutschen Minderheit mit dem Rahmenthema „Kamishibai“ statt. Sie stand in der Tradition der Werkstätten der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Warmia“ in Heilsberg für ihre Jugendtheatergruppe „Spiegel“. Wie seit fünf Jahren üblich, waren auch diesmal Jugendtheater der Deutschen Minderheit in Schlesien und dem Oppelner Raum als Gäste dabei.

Die 20 Teilnehmer aus Heilsberg und Gruppen des Projekts „Jugendbox“ aus Tost und Oberglogau arbeiteten nicht nur in Heilsberg. Neben speziellen Theaterangeboten ging es auch um die Präsentation der Deutschen Minderheit im Norden der Republik Polen. Ein Ausflug ging nach Danzig mit einem Einblick ins gutbürgerliche Leben der Familie Uphagen, ein zweiter auf die Schlachtfelder von Tannenberg und ins Freilichtmuseum von Hohenstein, um dem früheren Alltag der Ostpreußen kennenzulernen. Außerdem gab es für Jugendliche von der vierten Grundschulklasse bis zur ersten Klasse Lyzeum, also der neunten Klasse, in der Heilsberger Burg praktisches Training darin, Kakao-bohnen zu zerkleinern – in traditionell ostpreußischer Kleidung.

Das war eine Einstimmung auf das Stück, das sie spielen sollten. „Wir haben uns eine Legende zur Entstehung der Stadt Heilsberg aus einer Sammlung aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ausgesucht und sie etwas dramatisiert. Die Kinder haben sie als Ergebnis der Werkstatt vorgestellt“, verriet Ewa Huss-Nowosielska, die Leiterin der Gruppe „Spiegel“.

Das Besondere daran war, dass es als Kombination aus gespieltem Theater und dem erzählerischen Kamishibai-Theater aus Japan geplant wurde. „Dieses Theater hat eine lange Tradition und war Anfang des 20. Jahrhunderts in Japan populär. Der Theaterspieler hat einen Kasten mit wech-

selnden Illustrationen, die als Hintergrund einer Geschichte hineingeschoben und herausgezogen werden“, so Grażyna Kraczek, die mit den Jugendlichen die Zeichnungen für die Geschichte gestaltete, „seit etwa 20 Jahren wird es wiederentdeckt und lebt wieder auf, auch als pädagogisches Mittel.“ Denn an der „Kofferbühne“ lässt sich nicht nur Theater erklären, sondern auch Fremdsprachen lernen.

Kraczek brachte den Kindern praktisch bei, wie im japanischen Theater das Schminken zur Charakterisierung funktioniert. Die weiße Grundlage mit schwarzen und roten Elementen darauf verwandelte Ostpreußen und Schlesien in Geishas und Samurais. Der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt. Das gilt ebenso im Kamishibai, wenn der Ein-Personen-Unterhalter erzählt, singt oder die Geschichte mit Geräuschen unterlegt. Wichtig sind der Kontakt mit dem Publikum und die gegenseitigen Reaktionen.

In das eigene Stück der jungen Menschen wurden die weißen Masken nicht übertragen, was Beata Sordon, eine der Betreuerinnen, bedauerte: „Für eine gute Maske braucht man drei Schichten Weiß, was wirklich lange dauert. Darüber hinaus machen die Farben die Kostüme schmut-

zig.“ Und diese Kostüme stammten aus dem wertvollen Fundus des Theaters „Spiegel“, der im Laufe der Jahre entstanden ist.

Neben der Legende über „reiche Menschen, die über ihrem Wohlstand vergessen haben, dass es auch andere Werte gibt“, wie Kraczek andeutete, flossen noch weitere Elemente der ostpreußischen Kultur in das Stück ein. „Wir singen Lieder im lokalen Dialekt wie etwa den ‚Pofajdok‘ und haben auch einen Tanz eingebaut“, verriet Huss-Nowosielska. Am Ende der Werkstatt stand diesmal keine traditionelle Vorstellung. Grund dafür waren die vielen separaten Elemente des Stücks und dass die jungen Schauspieler jeweils einige Rollen darzustellen hatten. Die einzelnen Teilstücke des japanisch-ostpreußischen Mosaiks mit schlesischen Einflüssen wurden gefilmt und zum Schluss zusammengeschnitten. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom polnischen Ministerium für Inneres und Verwaltung und dem Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Danzig sowie dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen mit Sitz in Oppeln, welche die Theaterwerkstatt ermöglicht hatten.



Deutsche Smurai: Junge Schauspieler in Heilsberg

Foto: Sylwia Małczak

● MELDUNGEN

Subventionen für Königsberg

Königsberg – Die Region Königsberg wird umgerechnet rund 14 Millionen Euro zusätzlich zur Förderung des Seefrachttransportes aus dem russischen Staatshaushalt erhalten. Dadurch wird der Transport von 500.000 Tonnen Fracht gefördert. Der Seeverkehr erfolgt vor dem Hintergrund der Sanktionsbeschränkungen zwischen dem Königsberger Gebiet und Zentralrussland. Etwa 30 Schiffe und Fähren verkehren auf mehreren regulären Linien: Ust-Luga–Pillau, Bronka–Königsberg, St. Petersburg–Pillau und St. Petersburg–Königsberg. **MRK**

Freizeitpark versus Umwelt

Wenigsee – In Wenigsee bei Hohenstein soll im Laufe mehrerer Jahre der größte Freizeitpark der Republik Polen mit einer bebauten Fläche von 100 Hektar entstehen, der jedoch nur saisonal von Mai bis Ende Oktober in Betrieb sein soll. Davon erhofft sich die Gemeinde Hohenstein eine touristische Aufwertung. Im Februar hatte die Regionale Umweltschutzdirektion RDOŚ in Allenstein die Investoren aufgefordert, ihren Umweltreport um die Belange der Europäischen Pumpschildekröte zu erweitern, für die es im nahen Nadrau ein Reservat gibt. Ökologen warnten auch vor dem Verlust von Fauna und Flora auf dem Gebiet der ebenfalls nah gelegenen Grünfließ-Ramuker Heide. Im Mai hat die RDOŚ dem Bau mit einer Reihe von Umweltauflagen zugestimmt, die dann entsprechend überwacht werden sollen. **U.H.**



ZUM 102. GEBURTSTAG

Loerzer, Edith, geb. Petereit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September

ZUM 101 GEBURTSTAG

Witzke, Herta, geb. Hinz, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September
Giercke, Ruth, geb. Möller, aus Wehlau, am 9. September
Glage, Dietrich, aus Miswalde, Kreis Mohrunen, am 6. September
Gorr, Hedwig, geb. Gazioch, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Schäfer, Meta, aus Keipern Kreis Lyck, am 6. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brandt, Gisela, geb. Böttcher, aus Mohrunen, am 9. September
Gläser, Marta, geb. Abromeit, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Hobrack, Ilse, geb. Neumann, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. September
Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Poppek, Erna, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Slaby, Annemarie, geb. Kastell, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 9. September
Smollich, Prof. Dr., Alfred, aus Rhein/Trossen, Kreis Lötzen, am 6. September
Wrage, Eva, geb. Jakubzig, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hempler, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September
Kensy, Artur, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Krauß, Hedwig, geb. Janzick, aus Lyck, am 10. September
Mussel, Hildegard, geb. Bader, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 7. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bombeck, Hildegard, geb. Murach, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Gad, Elli, geb. Hartfiel, aus Klein Kanten, Kreis Mohrunen, am 8. September
Kolberg, Alfred, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. September
Poguntke, Irmgard, geb. Leliesch, Kreis Neidenburg, am 11. September
Salamon, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. September
Schmidt, Hans, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Steiner, Günther, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 6. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kornmesser, Horst, aus Stampeken, Kreis Wehlau, am 7. September
Kubasch, Gerda, geb. Judka, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Müller, Anneliese, geb. Barwig, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 12. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Eckerth, Gerda, geb. Kristandt, aus Kalaushöfen, Kreis Fischhausen, am 9. September
Gläser, Kurt, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 7. September
Hübner, Martin, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 10. September
Kaschner, Lothar, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 9. September
Klein, Hubert, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Ledergerber, Elly, geb. Brenk, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 12. September
Potreck, Maria, aus Mogahten, Kreis Fischhausen, am 6. September
Renzenbrink, Gerda, geb. Breddow, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schiewe, Renate, geb. Wiebe, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 7. September
Schiwy, Erhard, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 6. September
Sembritzki, Margarete, geb. Lendzian, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Tatge, Gisela, geb. Foerster, aus Herzogshöhe-Neumühl, Kreis Treuburg, am 12. September
Vogtländer, Greta, aus Polzenhof, Kreis Elchniederung, am 6. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Appel, Ruth, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. September
Beling, Traute, geb. Crispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 9. September
Bluschke, Hubert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. September
Drensek, Günther, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Flügel, Anneliese, geb. Loeffler, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Kanak, Gerda, geb. Zirkel, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 10. September
Krutschinna, Günther, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 8. September
Link, Erna, geb. Kalinski, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. September
Schwarz, Herta, geb. Sturm, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. September
Sebode, Irmgard, geb. Przetak, aus Mohrunen, am 9. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barthlomayzyk, Irmgard, geb. Pfaff, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. September

Bergner, Helga, geb. Hancke, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. September
Dathe, Margarethe, geb. Rahn, aus Stobbenort, Kreis Treuburg, am 8. September
Frankiewicz, Helga, geb. Rogalski, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Kaminski, Irmgard, geb. Ziwitz, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Könnicke, Willi, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 11. September
Kulschewski, Ursula, geb. Sakewitz, aus Milucken, Kreis Lyck, am 12. September
Ostwald, Emil, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. September
Pfeifer, Alice, geb. Rennmann, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 10. September
Rosenfeld, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schweissing, Dietrich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. September
Stadtaus, Elfriede, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 6. September
Wilhelm, Margot, geb. Fritz, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 8. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Eisenhardt, Lieselotte, geb. Müller, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 11. September
Jachinski, Richard, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Jeromin, Elfriede, geb. Kallweit, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 10. September
Karkoska, Manfred, aus Milucken, Kreis Lyck, am 11. September
Krenzin, Frieda, geb. Jester, aus Kirtigehnen, Kreis Fischhausen, am 9. September
Kühn, Erika, geb. Buberrek, aus Treuburg, am 6. September
Mayer, Ingrid, geb. Kallweit, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 7. September
Orzessek, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Ostrowski, Edith, geb. Dorka, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Paulokat, Albert, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 10. September
Reher, Edgar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. September
Rogowski, Edelgard, geb. Sontowski, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Schiller, Karin, geb. Rose, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 8. September
Sefzig, Klaus, aus Albrechtswalde, Kreis Mohrunen, am 8. September



Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Strahlendorf, Christel, geb. Neumann, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 10. September
Zweigler, Ursula, geb. Gricksch, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 7. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. Nieden, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 10. September
Bernsdorf, Ilse, geb. Ollech, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. September
Gaddies, Doris, geb. Kowalzik, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 10. September
Konstantin, Sieglinde, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. September
Kreuzer, Günter, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 9. September
Liedtke, Siegfried, aus Mohrunen, am 10. September
Lübkmann, Ingeborg, geb. Weselowski, aus Lyck, am 8. Juli
Witt, Manfred, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 12. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Jürgen, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. September

Boehlke, Günter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. September
Gotzsch, Roswitha, geb. Marquaß, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Grabowski, Anita, geb. Pförtsch, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 11. September
Hoffmann, Uwe-Peter, aus Lyck, Bismarckstraße 12, am 6. September
Liesow, Walter, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 11. September
Schindowsky, Klaus, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 7. September
Schulze, Ingrid, geb. Schulz, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. September
Stein, Ursula, geb. Uttich, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 12. September
Wollowski, Hannelore, aus Baldden, Kreis Neidenburg, am 7. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hartinger, Helena, geb. Lasowski, aus Ortelsburg, am 9. September



Ostpreußisches Landesmuseum

Sonabend, 28. September, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Ein philosophischer Spaziergang mit Immanuel Kant in den Gärten der Aufklärungszeit**, Vortrag mit Prof. Dr. Michael Rohde in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Philosophisch-literarisches Denken des 18. Jahrhunderts beeinflusste Reformen in Politik und Gesellschaft und damit auch die Schönen Künste. Die Emanzipation des Bürgertums bewirkte ein neues Naturgefühl. Der starre architektonische Garten wurde von dem malerischen Landschaftsgarten abgelöst – ein Stilbruch! Kant urteilte 1790: „Schöne Kunst ist eine Kunst,

sofern sie zugleich Natur zu sein scheint“, doch wie wurde die Stellung der landschaftlichen Gartenkunst innerhalb der schönen und bildenden Künste bewertet? Welche Verbindung hatte das Ästhetische mit dem Ethischen? Und wie sehen wir heute die Gärten als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



Stourhead, The Palladian Bridge, 2015

Foto: OL

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Preußen Kurier

Augsburg – Die neue Ausgabe 2/2024 des Magazins PREUSSEN-KURIER ist im Internet: https://www.low-bayern.de/wordpress/wp-content/uploads/2024/08/PK_2_24.pdf als Datei abrufbar. Wer das Magazin lieber per Post zugeschickt bekommen möchte, der wende sich bitte an die Landsmannschaft der Ost- & Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V., Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg.

Erntedank in Ostpreußen

Hof – Sonnabend, 14. September, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Erntedank in Ostpreußen, Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Gäste sind immer herzlich willkommen.

**Hamburg**

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg – Sonnabend, 21. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Bach-Saal, Gemeindehaus St. Michaelis, Krayenkamp 4 – mit dem ÖPVN zu erreichen mit der U3 bis Haltestelle Baumwall oder Landungsbrücken oder mit den Buslinien 16 und 17 bis Haltestelle Michaeliskirche: Tag der Heimat. Der Tag der Heimat2024 findet statt unter dem Leitwort

„Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“. Veranstalter ist der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. Gäste sind herzlich willkommen.

**Hessen**

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 14. September, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Darmstadt-Wixhausen: Stammtischtreffen in gewohnter Umgebung nach der Sommerpause.

Wir möchten jetzt schon an die Feier unseres 75-jährigen Bestehens der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg am 19. Oktober erinnern. Rechtzeitige Teilnahmemeldung ist ganz wichtig. *Christian Keller*

Masuren

Wetzlar – Dienstag, 17. September, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Gerd-Helmut Schäfer referiert über „Masuren – Der Süden von Ostpreußen“.



Tag der Heimat

Wetzlar – Sonntag, 22. September, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Stadthalle, Brühlsbachstraße 2: Tag der Heimat des Bunds der Vertriebenen (BdV) Wetzlar. Der Eintritt ist frei. Unter dem Leitmotiv „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ wird der Hessische Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck die Festrede halten. Das Festprogramm wird gestaltet von den Egerländer Ma-

derln und Freunden, dem Erk’schen Männergesangsverein, der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Mittelhessen, der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ und dem Vorstand des BdV.

**Mecklenburg-Vorpommern**

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Tag der Heimat

Anklam – Sonnabend 7. September, 10 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Tag der Heimat. Es gibt einen aktuellen Reisebericht aus Königsberg und über die Lage vor Ort. Das Programm wird vom 1. Pommerschen Blasorchester Wolgast festlich umrahmt. Am Nachmittag zeigen das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten und der Shantychor Insel Usedom ihr Können.

**Niedersachsen**

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Sülweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Veranstaltungen

Oldenburg – Mittwoch, 11. September: Der Verein Die Ermlandfamilie e. V. und das Ermlandhaus

in Münster. Ein Bericht und ein Videofilm.

Mittwoch, 9. Oktober: Erntedank-Nachmittag: Wir bieten ein reichhaltiges Programm rund um das ostpreußische Erntefest, mit Vorträgen und Lesungen um die Ernte, früher und heute.

Mittwoch, 13. November: Märchen und Sagen aus Westpreußen; Lesungen.

Mittwoch, 11. Dezember: Adventsfeier: Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten, möglichst aus Ostpreußen oder Westpreußen sollen im Mittelpunkt stehen. Einen Basar mit Weihnachtsprodukten oder -basteleien werden wir nicht einrichten.

Kommen Sie bitte regelmäßig und zahlreich zu unseren Veranstaltungen, damit wir eine positive Wertung unserer Aktivität spüren und bleiben Sie uns treu

Wir treffen uns zu den Nachmittagen immer am 2. Mittwoch im Monat im „Stadthotel“, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg - Eversten, jeweils um 15. Uhr, Telefon (0441) 50090. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort! *Gisela Borchers*

**Rheinland-Pfalz**

BdV-Landesvorsitzender: Tobias Meyer, Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch/Pfalz, E-Mail: t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Kontinuität beim BdV

Speyer – Der Bund der Vertriebenen konnte anlässlich der alljährlichen Mitgliederversammlung auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Höhepunkt war dabei sicher der traditionelle Tag der Heimat, zu dem die Präsidentin der Ungarndeutschen Selbstverwaltung, Ibolya Hock-Englender, eigens aus Ungarn angereist war. Mehr als 150 Personen war dazu nach Speyer gekommen .

Zudem liefen die Vorbereitungen zur Einrichtung einer Beratungsstelle, die seitens der Bundesregierung gefördert werde. „Der Bund der Vertriebenen ist auch weiterhin eine wichtige Institution und vertritt nahezu eine halbe Million Rheinland-Pfälzer.“, so Landesvorsitzender Tobias Meyer.

Bei der anschließenden Neuwahl des Vorstands wurden die bisherigen Mitglieder im Amt bestätigt: Der langjährige Landesvorsitzende Meyer wurde ebenso im Amt bestätigt wie seine Stellvertreter Nikolaus Poppitz und Valentina Dederer. Dem Vorstand gehören außerdem Georg Schmalz als Schatzmeister sowie Dr. Andreas Borm als Schriftführer an. Zu Beisitzern wurden Katharina Eicher-Müller, Gabriele Müller und Elfriede Schnell gewählt. *PM*

Netzwerk Integration

Haßloch – Nachdem der Bundesvorstand der CDU Deutschlands die Einsetzung des Netzwerks Integration mit dem Ziel „die Expertise zu den aktuellen Integrationsfragen zu bündeln“ beschlossen hat, hat der Bundesvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, den Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz, Tobias Meyer, in den Lenkungskreis des Netzwerks berufen. Meyer, der zugleich Bürgermeister der pfälzischen Gemeinde Haßloch mit seinen knapp 22.000 Einwohnern ist, werde aufgrund seiner „besonderen Erfahrung“ im Themenfeld berufen, heißt es in einem Schreiben des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Carsten Linnemann.

Er sei überrascht, erfreut und fühle sich zugleich geehrt, dass man in Berlin auf diese Weise seine Arbeit und die seines Verbands würdige und zur Kenntnis nehme, teilt Meyer mit: „Ich stelle mich gerne dieser verantwortungsvollen Aufgabe und freue mich auf den Austausch und die Arbeit mit den Kollegen im Netzwerk auf Bundesebene.“ *PM*

**Schleswig-Holstein**

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Treffen

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. September, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“. An diesem Nachmittag werden humorvolle und besinnliche Geschichten zum Besten gegeben. Gäste sind, wie immer, herzlich willkommen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Mittwoch, 11. September, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel mit Vortrag unseres Mitgliedes Dr. Jacobsen. Die Anmeldefrist ist bereits abgelaufen.

**Altenstein-Stadt**

Kreisvertreter: Stefan Hein **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAltenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

Jahrestreffen „auf Schalke“ Gelsenkirchen – Sonnabend, 7. September, Bistro AufSchalke, Parkallee 1: Treffen der Heimatkreisgemeinschaften Allenstein Stadt und Land mit folgendem Programm: 10 Uhr, Allensteiner Gedenktafel, Propsteikirche: Gottesdienst und Kranzniederlegung, anschließend ist Gelegenheit zum Besuch unseres Heimatmuseums „Treudank“. 13 Uhr, „auf Schalke“:

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Jahrestreffen. Nach Begrüßung und Totenehrung erfreut uns ein Musiker mit Unterhaltungs- und Tanzmusik. Die Veranstaltung endet um 21 Uhr.

Der Veranstaltungsort liegt in der Nähe der VELTINS-Arena und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto gut zu erreichen. Parkplätze sind ausreichend vorhanden. Gastronomisch erwarten uns ein reichhaltiges und preiswertes Angebot an Speisen und Getränken, sodass wir uns dort bestimmt wohlfühlen werden.

Der Vorstand bittet, auch Freunde und Bekannte, die die PAZ nicht beziehen, zur Teilnahme an unserem Jahrestreffen zu ermuntern.

Stefan Hein

Stefan Hein



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha,
Westerfeld 1, 24992 Janneby.

Stellvertretender Vorsitzender:
Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45,
04600 Altenburg. **Familienf.:** Heid-
run Meller, Nikolaikirchhof 45,
04600 Altenburg, Telefon (03447)
8966021, H.Meller@t-online.de,
www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:**
Fahltkamp 30, Postfach 1732,
25407 Pinneberg, Telefon (03447)
8966746

Jubiläum Pillau e.V.

Eckernförde – Sonntag, 15. September, 12 Uhr, Denkmal des Großen Kurfürsten, Eckernförde-Borby: Feier des 70-jährigen Bestehens

der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. in die Patenstadt Eckernförde mit einer Ansprache der Vorsitzenden Christina Ziegler. Musikalisch wird die Veranstaltung von der Kapelle des TUS Eckernförde begleitet.

Die Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. wurde am 11. September 1955 gegründet. In einem großen Festakt wurde vor 70 Jahren das Denkmal des Großen Kurfürsten in Eckernförde eingeweiht, an dessen Sockel sich die Pillauer seitdem regelmäßig versammeln. Der Heimatstandort des Kurfürstendenkmals war die kleine Seestadt Pillau, wo das Abbild des Kurfürsten seit 1913 direkt am Hafen mit Blick auf das Wasser der frischen Nehrung stand. Durch abenteuerliche Umstände gelangte das Denkmal noch zu Kriegszeiten zunächst nach Hamburg, um als Kriegsmaterial eingeschmolzen zu werden. Das Ende des Krieges 1945 verhinderte dies, und der alte Kurfürst fand sich zwischen anderen Denkmäler auf einem Hamburger Schrottplatz wieder, im Zuge der Gründung der Heimatgemeinschaft bekam er in Eckernförde eine vorläufige neue Heimat. Ein Schild am Sockel verweist darauf, dass die Pillauer davon ausgingen, dass der Kurfürst eines Tages wieder in seine Heimat nach Ostpreußen zusammen mit den Bewohnern zurückkehren würde.

Traumata und physischen Verletzungen beeinträchtigt es Weiterleben zu bewältigen hatten und haben und eine eindringliche Mahnung an die Lebenden, an die heutige Generation, dass sie eine Vision für eine globale Friedenskultur entwickeln mögen und sie eines Tages verwirklichen können.

Direkt im Anschluss an die Feierstunde in Bor am Kurfürstendenkmal sind die Teilnehmenden und interessierte Gäste zu einer Brunch (warm und kalt) und einer Kaffeetafel in die Bürgerbegegnungsstätte, Am Rathausmarkt herzlich eingeladen, um dieses besondere Jubiläum zu feiern. Gedankenaustausch und Informationen über die Vereinsgeschichte, die Historie der Seestadt Pillau in Ostpreußen und ein Blick in das Archiv des Vereins sind ebenso wie die Möglichkeit, Auskünfte über aktuelle Projekte und Ziele des Vereins zu erfahren. Wer mag, ist eingeladen, mit den Mitgliedern des Vereins zusammen einige beliebte Lieder mitzusingen. *Gabriele E. Schildknecht*

Gabriele E. Schildknecht



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat,
Telefon (05232) 3232, Heidental-
straße 83, 32760 Detmold, **Gst.:**
Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37,
21720 Mittelnkirchen, Telefon
(04142) 3552, Fax (04142) 812065,
E-Mail: museum@goldap.de,
www.goldap.de

Goldaper Heimattreffen

Stade – Wochenende, 13. bis 15. September, Patenschaftsmuse-

Rätsel

Richtmaß, Norm	jap. Herrschertitel	australischer Laufvogel	Bezahlung	bemaltes Hühnerprodukt	Gruppe von acht Solisten (Musik)	Stil, Eleganz (französisch)	Längenmaß	Abformung, Nachbildung	Atmungsorgan	jüdischer Gesetzeslehrer	Spiel-, Wettkampfklasse	Fehlos bei der Lotterie	verehrtes Vorbild
	→				vorderer Halsteil			Borke					
	↑		Platzdeckchen (englisch)			ital. Stadt an der Nera	Abschnitt der Woche		Teil der Dachkonstruktion	Aufgeld			Einkaufstraße in Düsseldorf (Kzw.)
weiches Gewebe	→			Abkürzung für et cetera			Postgebühr	Verhalten in heikler Lage (ugs.)	Ruhe, Schweigen				
Nuss- oder Mandelkonfekt		artig, brav	Falschmeldung				Zeitungswesen			engl. Adelstitel: Graf		Nachbar	auf sich zu
Universum			Begriff aus der chin. Philosophie	Dreimannkapelle				Bestand, tatsächlicher Vorrat	Mono-gamie				
adliger Krieger im Mittelalter					edle Blume		Segelbefehl		Gebirge auf Kreta		Boden- erhebung	schmal; begrenzt	vollendet
	↑		Knoblauchsoße			poetisch: Leid, Schmerz		TV-, Radiosender (Abk.)	unnötig lange Strecke		Affe, Weißhandgibbon		
Ab-schieds-gruß	griechische Vorsilbe: lebens-		eine der Gezeiten		Wasser-fahrzeug	Sprachelement			volkstümlich für leise singen				Saatgut in die Erde bringen
							ein Europäer	Lebenshauch			Furchtgefühl		
	ungekocht		Nervenzentrum						Wind am Gardasee	wirbelloses Tier		Abk. für Auswärtiges Amt	
				Kleider-, Mantelform		unanständiger Witz					seltene, knapp	Gebetschlusswort	
Rüge, Verweis						Zahlen-glücks-spiel		altes Apotheker-gewicht				Bob-, Rodelbahn	Seemannsruf
Grazie	Form des Fitness-trainings	Sprachrohr	eiförmig			erstes sichtbares Zeichen	Kreuzes-inschrift	Ölbaumgewächs	deutsche Pop-sängerin		unge-setzlich	ironisch-witzige Kunstgattung	
Tierpflege													
					Meeres-algen-pflanze			Längs-rinne, Rille	Wurfseil, Wurf-schlinge		befestigtes Hafen-ufer		
Bezirk, Gegend						eng-lisches Bier	Disney-Figur („und Stroich)		Haus-halts-plan				griechischer Buchstabe
Drama von Ibsen	Gerücht, Nachrede (lat.)						Schlecht-wetter-zone		Back-masse		zu keiner Zeit		
										von besonderem Reiz		Frau Jakobs im A. T.	
Sing-, Pfingst-vogel	Fischfanggerät							wirklich					

Diagonalmatrix: 1. Jesuit, 2. Masern, 3. Nomade, 4. Tammeln, 5. helfen, 6. Keeder – Jammer, Trauer, Krisiskette: 1. Rabatz, 2. Athens, 3. Pendl, 4. Kabus, 5. Lösung – Abänderung

Sudoku:

5	3	7	8	4	2	1	9	6
2	8	9	6	4	1	7	3	5
4	6	1	9	7	3	2	5	8
6	5	8	7	4	3	9	2	1
3	7	1	8	2	5	4	9	6
9	1	2	4	3	6	7	5	8
8	9	7	4	9	6	1	7	2
7	2	3	6	3	3	5	2	7
3	5	7	6	2	9	4	1	8

So ist's richtig:

PAZ24_34

Sudoku

3			7		2			1
		2	8		3	5		
1								8
		7	9		4	2		
6								3
		3	6		7	4		
8								4
		4	1		5	6		
9			2		8			5

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

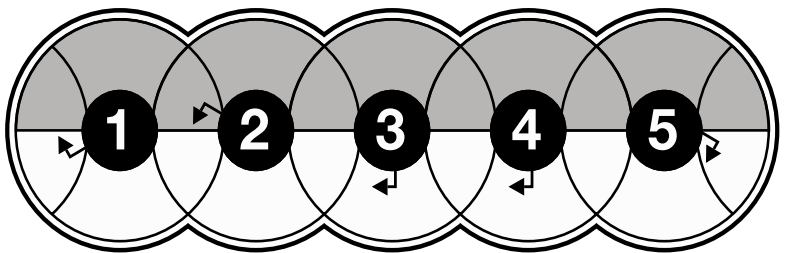
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Worte für Leid.

- 1 Mitglied eines kath. Ordens
- 2 Kinderkrankheit
- 3 Wanderhirt
- 4 Schwindel, Benommenheit
- 5 unterstützen, beistehen
- 6 Schiffseigner

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für eine teilweise Umwandlung.

- 1** lärmendes Treiben; Krawall (ugs.), **2** griechische Göttin, **3** Schwingkörper, **4** katholische Geistlichkeit, **5** Parole



Heimatkreisgemeinschaften

BDV

Für ein friedliches Europa

Beim Tag der Heimat stand die Völkerverständigung im Fokus

Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 13. September, 15.30 bis 17 Uhr, Raum Dormero 1, Hotel Altes Kaufhaus: Mitglieder-versammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. im Rahmen des Jahrestreffens mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 15. September 2023, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2023, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache und Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Änderung der Satzung, 9. Ausschluss von Jeannette Papke aus der KGO, 10. Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüfer, 11. Verschiedenes.

Anmerkung zu Tagesordnungspunkt 8: Ersatzlos gestrichen werden soll Paragraph 10 (6): „Gegen Beschlüsse, die nicht in Präsenzsitzungen gefasst wurden, steht jedem Mitglied des Vorstandes das Recht der Anfechtung zu, welche aufschiebende Wirkung hat.

Die Anfechtung muss innerhalb einer Frist von einer Woche ab Zugang des Protokolls beim Vorstand auf postalischem oder elektronischem Weg eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat sich der Vorstand innerhalb von einem Monat ab Eingang des Widerspruchs zu einer Präsenzsitzung einzufinden. Erfolgt dies nicht, gilt der angefochtene Beschluss als nicht erlassen.“

Unmittelbar im Anschluss an die Mitgliederversammlung findet die konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes mit folgender Tagesordnung statt: 1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der Vorstandssitzung vom 6. Juli, 2. Wahl des Vorsitzenden (Kreisvertreters) und des stellvertretenden Vorsitzenden, 3. Verschiedenes. B. G.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net.

Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatismuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

hooper Straße 67: Gesamt-Vorstandssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt, und Kreistreffen vom 21. bis 22. September.

Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de. Auf Ihre Anmeldung hin wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatismuseum/Archiv anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, beziehungsweise im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger elektronischer Anmeldung und Nennung des Wunsches möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen. Evelyn v. Borries



Kurenkahnregatta

Nidden – Auch dieses Jahr fand auf dem Kurischen Haff im Memelland die alljährliche Kurenkahnregatta der Vereinigung historischer, traditioneller Schiffe „Tila“ statt.

Kurenkähne wurden bis 1945 auf dem namensgebenden Kurischen Haff als Fischer- und Transportboote eingesetzt. Die Regatta fand bei bestem Sommerwetter vor malerischer Kulisse statt: Im Süden die große Düne bei Nidden, die Stadt mit ihren malerischen Häusern, die evangelische Kirche aus rotem Backstein, umrahmt von dunklem Grün, Motive, die sich auf vielen Gemälden und Fotografien der Region wiederfinden lassen. Der Start begann auf dem Haff vor dem Hafen in Nidden, es musste ein großes Dreieck abgesegelt werden. Hier war bei schwachem Wind, der nur langsam auffrischte, Erfahrung im Segeln gefragt.

Die Kuršis wurde von Aurelijus Armonavičius und seiner Frau Sofija gefahren, sie setzte sich dank der erfahrenen Mannschaft direkt an die Spitze des Rennens. Am Ruder der erfahrene Steuermann Kestas, der eigentlich Kestutis Dikšas heißt und Förster in Nidden ist. Wie auch in den Vorjahren ging die Kuršis als Erste durch das Ziel, eine kleine Siegerehrung fand im Hafen von Nidden statt. Am nächsten Tag führte die Fahrt der Kurenkähne weiter nach Kinten, danach trafen die Kähne passend zum Meeresfest in Memel ein.

Die Kuršis ist ein originalgetreuer Nachbau eines Kurenkahns, die 1993 zum ersten Mal das Segel setzte. Sie wurde vom Volkskünstler Eduardas Jonušas zusammen mit dem Schiffbauingenieur Henrikas Mališauskas gebaut, der Kahn



Organisiert von der Vereinigung historischer, traditioneller Schiffe „Tila“: Kurenkahnregatta auf dem Kurischen Haff Foto: Jörg Naß

In einer Welt voller Konflikte und einem Europa, in dem wieder Krieg herrscht, hat der Bund der Vertriebenen mit seinem diesjährigen Leitwort zum Tag der Heimat „Heimatvertriebene und Heimaverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ dazu aufgerufen, sich den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten für den Frieden in Europa als Erbe und Auftrag bewusst zu machen.

Redner waren in diesem Jahr neben BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Juliane Seifert, der ehemalige Präsident der Republik Lettland und Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Egils Levits, sowie die Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung und der Europäischen Union, Prälatin Dr. Anne Gidion.

Ganz im Sinne dieses Leitwortes konnte Fabritius zur Auftaktveranstaltung am 24. August in Berlin zahlreiche Gäste aus der deutschen Politik, aus dem Diplomatischen Corps, von den deutschen Minderheiten sowie viele engagierte ehrenamtliche Mitstreiter aus den vielfältigen Mitgliedsorganisationen und Partnerverbänden des Verbandes begrüßen. Besonders hieß er eine Delegation der deutschen Minderheit aus Lettland willkommen, die im Programm gemeinsam mit den An-

wesenden zwei deutsche Volkslieder sangen.

Die Staatssekretärin Seifert erinnerte an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, „denn aus ihr spricht die Einsicht, dass eine friedliche Zukunft nur auf Basis von Versöhnung, Aussöhnung und Verständigung zu schaffen ist und eben nicht durch Rache und Vergeltung“. Die heutige Europäischen Union sei ein wichtiger Garant für viele weitere Errungen-schaften wie Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit für weit mehr als 400 Millionen Menschen. „Den kulturellen Grundstein dafür“, so die Staatssekretärin, „haben nicht zuletzt die Heimatvertriebenen gelegt“.

Minderheitenpolitik müsse aus Sicht des Innenministeriums zweierlei leisten: Minderheiten in ihrer kulturellen Identität fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt schaffen. Die Bundesregierung fördere die Minderheiten daher trotz der Sparrwänge vollumfänglich, beispielsweise mit außerschulischer Sprachförderung in der Republik Polen oder durch den Erhalt der Alten- und Pflegeheime in Siebenbürgen und im Banat.

Fabritius fordert, dass Dialog und Partnerschaft zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen weiter gestärkt und grenzüberschreitende Kooperationen als Beispiel und Muster für ein gedeihliches Zusammenleben unter dem europäischen Dach unterstützt werden müssen. Herkunft und kulturelle Verortung seien die Wurzel der heutigen Arbeit des

BdV und der Landsmannschaften „Nur wenn wir erklären können, was uns ausmacht, können wir (...) zeigen, wie man hier ankommen und Heimat finden kann.“

Zur Lage der Demokratie

Ein besonderer Höhepunkt der Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat war die Rede des ehemaligen lettischen Staatspräsidenten Levits. Schnell zeigte sich, dass mit ihm ein überzeugter Europäer ans Pult trat. In seiner Rede ging Levits aus einer lettischen, aber dezidiert proeuropäischen Perspektive auf die Lage der Demokratie in Europa sowie auf die Rolle der Vertriebenen und der deutschen Minderheiten ein. So betonte er, dass die Vertriebenen durch ihre Schicksalserfahrung „besonders sensibilisiert für die schrecklichen Folgen von Krieg und Vertreibung“ worden seien und daher eine besondere Verpflichtung zur Stärkung Europas verspürten. Der Wunsch, Flucht und Vertreibung zu ächten und zu verhindern, treffe aber auf eine Realität von Millionen Flüchtlingen weltweit und seit Kurzem auch auf einen neuen Krieg in Europa. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine sei aber auch Ausdruck eines schwerwiegenden „Systemkonflikts zwischen Autokratie und Demokratie“ und habe wiederum seine Ursache in einer internationalen Krise der Demokratie.

Um „die weltweit einzigartige Anziehungskraft der Idee der Demokratie und des Rechtsstaats“ zu erhalten, sei eine fortgesetzte Unterstützung der Ukraine nötig, so

Levits. Ein Rückzug würde zu einer „Belohnung für das Verbrechen des Aggressionskrieges“ sowie zu weiteren Auseinandersetzungen führen und ein Abgleiten in frühere Zustände begünstigen, als Kriege noch als legitimes Mittel der Politik galten – „und das würde die Welt zu einem viel, viel gefährlicheren Ort machen“.

Als Ausweg aus dieser Gefahr verlangte der ehemalige lettische Präsident ein Mehr an Zusammenarbeit, zwischen den NATO-Staaten ebenso wie zwischen den Ländern der Europäischen Union. Lettland stehe als eine der „am meisten proeuropäischen Nationen Europas“ für eine engere organisatorische Zusammenarbeit in der EU zur Verfügung, insbesondere in den Bereichen Verteidigung, Technologie oder Gesundheit. Auch eine „Union unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ sei denkbar. Was jedoch beseitigt werden müsse, sei die Möglichkeit der Blockade europäischer Entscheidungen durch einzelne Mitglieder „aus egoistischen Gründen“.

Prälatin Gidion begann ihr empathisches Gedenkwort mit dem Begriff „Heimat“, den sie für alle Anwesenden nachempfindbar und greifbar definierte. Jeder Vertriebene – über alle Epochen bis heute – habe das Leid von Flucht und Vertreibung individuell erfahren, eines verbinde aber alle: „ein Gott, der mitgeht – auch wenn das Vaterland kein Zuhause mehr sein kann und nur die Muttersprache mitgeht“, so die Prälatin.

BdV – Bund der Vertriebenen



Von Westfalen ins Memelland: In Kinten darf die Orgel dank vieler Unterstützer wieder erklingen Foto: Jörg Naß

gehört der Witwe des Volkskünstlers. Unterstützt wurde das Projekt 2012 unter anderem von den Spendern der Ostpreußischen Familie über die PAZ. Es können in Nidden Fahrten auf der Kuršis gebucht werden, weitere Informationen

sind zu finden im Internet: https://www.kurenas.lt/ Jörg Naß

Kirchenmusik

Kinten – Das heutige Kintai ist ein kleiner ruhiger Ort am Kurischen Haff, aber im Sommer erblühen kulturelle Veranstaltungen und auf dem Haff gleiten Kite-Surfer über das Wasser. Auch die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde ist aktiv. Da der Gemeinde das Gemeindehaus für den Gottesdienst genügt, nutzt die katholische Gemeinde die Kirche. Ihre Orgel existiert nicht mehr, 1949 ertönte sie zum letzten Mal, bevor die Kirche als Getreidespeicher genutzt wurde. Um 1959 wurde das Instrument herausgerissen, doch am 21. Juli konnte in diesem Sommer bei bestem Wetter eine neue Pfeifenorgel eingeweiht werden.

Das Instrument von 1964 mit zwölf Registern stammt aus einem Gemeindehaus in Hagen (Westfalen). Das Instrument war im November letzten Jahres abgebaut und im Mai von Orgelbauer Naß aufgebaut worden. Valdas Jelis, der gebürtig aus Heydekrug stammt und in Hagen die Orgel spielte, hatte sie nach Kinten vermittelt. Ein litauischer Sponsor hat das Projekt finanziell unterstützt.

Viele Gäste kamen zum Einweihungsgottesdienst, auch der

evangelische Bischof, Mindaugas Sabutis, war aus Wilna gekommen, die Bürgermeisterin des Ortes, der Sponsor und deutsche Gäste aus Hagen waren mit dabei.

Die Orgel wird nicht nur für Gottesdienste genutzt werden, im Sommer wird jährlich ein Musikfestival veranstaltet, das in verschiedenen Kirchen stattfindet. Auch in Kinten fanden vor und abends nach der Einweihung zwei Orgelkonzerte statt, und zwar mit vielen Zuhörern. Jörg Naß

ANZEIGE



In tiefer Trauer, Liebe und Dankbarkeit nahmen wir Abschied von

Forstoberamtsrat i.R.

Dietrich Wolter

* 2. Januar 1936 † 12. August 2024

In Liebe und Dankbarkeit

Kerstin Wolter
mit Carolin und Marieke
Dorothee Wolter und Niels Boeing
Marion Schmidt, geb. Wolter
mit Maike, Henry, Paula und Theo
sowie alle Anverwandten

Die Beerdigung fand am 21. August 2024 in Minden statt.

RUND UMS KURISCHE HAFF

Die Kuren gelten als Preußens wahre Ureinwohner

Einst aus Klimagründen aus der Heimat geflüchtet, kehrten sie zu Beginn des 15. Jahrhunderts aus dem eisigen Norden zurück

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Prußen waren nicht der einzige baltische Volksstamm, der im heutigen Ostpreußen lebte, bevor der Deutsche Orden die Region eroberte. Vielmehr siedelten hier bereits die Kuren, deren Namen sich wahrscheinlich von der indo-europäischen Wurzel „krs“ für „schnell“ oder „beweglich“ ableitet. Sie gelten als die wahren Ureinwohner von Ostpreußen.

Die Vorgänger der Kuren drangen ab etwa 2500 v. Chr. aus der Dnjepr-Region im heutigen Weißrussland kommend an die Ostseeküste vor. Später, etwa in der Zeit zwischen dem 2. und 5. Jahrhundert n. Chr., erlebten die Kuren – und mit ihnen die übrigen Baltenstämme – ihr Goldenes Zeitalter. Zahlreiche archäologischen Belege für eine langandauernde ungestörte Besiedlung beweisen das. Dann aber wurden sie zusammen mit den Prußen im Osten und Süden durch die Expansion der Slawen und von der Ostsee her durch Angriffe der Wikinger und Schweden heftig unter Druck gesetzt. Beide verteidigten ihr Land energisch gegen die Eindringlinge, wobei sie mächtige Spuren hinterließen, indem sie zahlreiche Burgen errichteten.

Ohne Schriftsprache

Schließlich gerieten die Kuren aber im 7. Jahrhundert unter die Herrschaft des schwedischen Königs Ivar Vidfame aus dem Geschlecht der Sköldungar. So jedenfalls berichten dies die isländische „Egils saga Skallagrímssonar“ sowie der Erzbischof Rimbert von Bremen und Hamburg in seiner „Vita sancti Ansgarii“ aus dem Jahre 867. Letztere stellt zugleich das erste schriftliche Zeugnis über die Kuren überhaupt dar, denn diese kannten keine eigene Schriftsprache. Nach dem Tode von Vidfarnes Enkel Harald Hildetand im späten 8. Jahrhundert wurden die Kuren wieder unabhängig und lieferten



Eine alte Kurenhütte in Schwarzort am Kurischen Haff um 1400. Hier wurden allen voran Holzfässer zum Transport von Flüssigkeiten hergestellt. Die kleine Landkarte zeigt unter anderem das Frische und das Kurische Haff Foto: IMAGO/imagebroke; wikipedia

sich fortan ständige Scharmützel mit den Wikingern, welche am Ende mindestens drei Stützpunkte am Kurischen Haff errichteten. Ab dem 11. Jahrhundert mutierten die Kuren ihrerseits zu den Wikingern unter den Balten und starteten etliche große Raubzüge gegen Dänemark und Schweden, bei denen sie plünderten und Metallgegenstände wie Kirchenglocken mitnahmen.

Menschenleere Landschaften

Parallel hierzu setzte im 12. Jahrhundert eine Entvölkerung der südkurischen Landschaften an der Ostsee ein, weil deren Bewohner allesamt nach Norden abwanderten, um dem immer feuchter wer-

denden Klima in ihrer ursprünglichen Heimat zu entfliehen. Deshalb stießen die Ritter des Deutschen und Livländischen Ordens, welche im 13. Jahrhundert von Norden und Süden her anrückten, oftmals in nahezu menschenleere Gebiete vor. Das verrät unter anderem ein Vertrag zwischen dem päpstlichen Legaten in den Ostseeländern, Baudoin d'Aulne, und dem kurischen König Lamekins vom 28. Dezember 1230, in dem von „bebauten“ und „unbebauten Landschaften“ die Rede ist. 1291 wiederum beklagte eine andere Urkunde das fortdauernde Fehlen von nennenswerten zivilisatorischen Fortschritten im Süden der Kurengelände. Außerdem galt die Region zwischen Preu-

ßen und Livland als derart unsicher, dass der zunächst hier herrschende Livländische Orden große Teile des Territoriums der Kuren 1328 desillusioniert an den Deutschen Orden übertrug.

Kein Genozid

Danach änderten sich die Zustände aber ebenfalls nicht, wie die „Ältere Hochmeisterchronik“ von 1372 und eine Wegbeschreibung der Ordensritter vom Dezember 1384 verraten. Insofern ist der Vorwurf an den Deutschen Orden, er habe die Kuren dezimiert beziehungsweise gar ausgerottet, aus der Luft gegriffen. In den entvölkerten und von den Ordensleuten gemiedenen Gebieten konnte nach Lage

der Dinge überhaupt kein Genozid stattfinden. Zwischen 1409 und 1481 setzte dann eine starke Rückwanderung der Kuren aus dem Norden in das Memel- und Samland beziehungsweise den Bereich rund um das Kurische Haff ein, welche aus den Klimaveränderungen nach der Zeit des mittelalterlichen Klimaoptimums resultierte. Dabei trafen die Kuren auf ihre alten Nachbarn, die Prußen, sowie deutsche und andere Siedler, welche die fremd wirkenden Neuankömmlinge misstrauisch beäugten, während Ordensbeamte sich beim Hochmeister über den Zustrom der Fremden beschwerten.

Kants Urgroßvater war mit dabei

Ungeachtet dessen wurden die kurischen Rückkehrer unter anderem im Raum Memel, Ragnit, Tilsit, Rossitten und Insterburg ansässig – und der livländische Chronist Paul Einhorn behauptete in seiner „Historia Lettica“ von 1649 sogar, dass manche der kurischen Remigranten bis nach Danzig gelangt seien. Zu den zurückgewanderten Kuren aus dem Norden gehörte wohl auch ein Urgroßvater des Philosophen Immanuel Kant, der von Lettland aus nach Kantwaggen im Memelland übersiedelte.

Ab dem 16. Jahrhundert gab es dann verstärkte Versuche, die weiterhin zäh an ihrem „Heidentum“ festhaltenden Kuren auf unumkehrbare Weise zu christianisieren. Das misslang allerdings, weil diese streng konservative Ethnie auch an ihrer urtümlichen Sprache festhielt, sodass selbst noch zum Ende des 18. Jahrhunderts nur jeder fünfte Kure einem auf Deutsch abgehaltenen Gottesdienst folgen konnte. Letztlich praktizierten die Kuren ihr althergebrachtes Brauchtum bis ins 20. Jahrhundert hinein. Dann aber assimilierten sie sich doch zunehmend und verschwanden durch eine fortschreitende Vermischung mit den übrigen Einwohnern des Memel- und Samlandes als eigenständige Volksgruppe.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Am Skat erkennt man den Schlesier im Land

Polens Skatverband hat Ligabetrieb in Oberschlesien, Großpolen und der Kaschubei

„Achtzehn, Zwanzig, Zwo, Null...“, wird man hören, wenn am 7. September im Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen Minderheit in Polen (DAZ) mit Sitz im oberschlesischen Oppeln [Opole] zum Skat geladen wird. Für die Europäischen Tage des kulturellen Erbes entschied man sich im Zentrum dafür, das Skatspiel als deutsches Kulturerbe zu präsentieren. „Auf die Idee, Skat zum Motto einer generationsübergreifenden Begegnung zu machen, brachten uns Freunde vom Forschungszentrum der deutschen Minderheit in Oppeln“, so Bogna Piter, die im befreundeten Dokumentationszentrum für Öffentlichkeitsarbeit und Ausstellungen zuständig ist.

Sie berichtet von Archivmaterial aus der Gründungszeit der Strukturen der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien um 1989/90, die belegen, dass „das Skatspiel eine wichtige Rolle für die deutsche Minderheit spielte. Plakate, Handzettel oder Chronikeinträge zeugen von regulären Skatbegegnungen, die auch als Vorwand zum Deutschsprechen dienten“, sagt Piter. Und weil im Dokumentationszentrum ein großer Teil der Dauerausstellung der in den 90er Jahren gegründeten Gesellschaft der Deutschen Minderheit

gewidmet ist, sei es passend, an das Lieblingsspiel der hiesigen Deutschen zu erinnern, so die Posenerin.

Quellen belegen, dass sich das Spielen mit Karten als solches im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts in allen gesellschaftlichen Schichten ausbreitete. Für Schlesien ist es erstmals in einem Bericht von Johannes Capistranus aus Breslau von 1453 belegt. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Spielkarten noch handwerklich hergestellt, die Produktion war jedoch bereits staatlich lizenziert. Rund 150 Spielkartenmacher vor allem in Breslau, Schweidnitz [Świdnica], aber auch im oberschlesischen Neisse [Nysa] hatten in Spitzenzeiten mit der Produktion der Karten ihren Lebensunterhalt verdient. Zwei Verlage konnten sich später jedoch durch den Druck von Spielkarten durchsetzen. Es waren dies die Werkstätten der Familie Tiratschek in Breslau und der Verlag Flemming & Wiscott in Glogau [Głogów]. Zwischen 1924 und 1945 hat der Glogauer Verlag allein 156 verschiedene Kartenspiele herausgegeben.

Das Skatspiel entstand um 1810 herum in Altenburg in Thüringen aus Elementen mehrerer anderer Kartenspiele, wie etwa dem spanischen l'hombre, dem italieni-



Entdeckt auch für sich die Geschichte des Skatkartenspiels: Bogna Piter

schen Tarock, dem ursprünglich aus dem Erzgebirge stammenden Schafkopf. Nach dem Etymologischen Wörterbuch der deutschen Sprache von Friedrich Kluge ist der Begriff Skat vom italienischen „scartare“ – was „aus dem Kartenspiel entfernen“ bedeutet – abgeleitet, was wiederum auf das Abwerfen zweier Karten im Tarock zurückzuführen ist. Der Deutsche Skatverband (DSkV) wurde 1899 in Halle (Saale) gegründet. Bereits zu Beginn gab es regionale Differenzen, ob mit dem Deutschen oder dem Französischem Blatt

oder als „Kompromiss“ mit „Kongresskarten“ (halb und halb) gespielt werden sollte. Schlesien blieb wie Sachsen und Thüringen bis heute den deutschen Karten treu.

Zur Bewährungsprobe für die Einheitlichkeit der Regeln wurde die Gründung der „International Skat Players Association“ (ISPA-World) 1976 in Paris. Deren deutsche Regionalsektion konkurrierte zunächst mit dem DSkV. Seit Ende der 90er Jahre gab es aber Kontakte, man einigte sich auf eine weltweit einheitliche Spielordnung. Der kleine polnische Skatverband, mit seinen 13 oberschlesischen Kreisverbänden und einem Kreisverband für die Kaschubei, Großpolen und Kujawien, wurde 1994 zunächst sogar im DSkV assoziiert. Bei den wenigen Spielorten außerhalb Oberschlesiens handelt es sich also auch um einstige deutsche Wurzeln.

Im Streit um die richtigen Spielkarten führte der internationale Verband zwar mittlerweile das „Chemnitzer Bild“ als offizielle Turnierkarte ein, das die französischen Kartensymbole Kreuz, Pik, Herz und Karo in den Farben des Deutschen Blattes zeigt. Während bis 1945 nationalgeschichtlich bedeutende Orte wie das Hermanns- und das Kyffhäuserdenkmal,

das Brandenburger Tor oder auch das Breslauer Rathaus als Motive auf den Karten mit abgebildet waren, wurden mit Ausnahme des Letzteren anschließend auf den polnischen Karten nun auch der Stettiner Hafen oder polnische Städte wie Krakau, Sandomir [Sandomierz] oder Warschau aufgenommen. Dem sozialistischen Arbeitsethos verpflichtet gab es nun sogar Maschinenhallen oder Kohlegruben auf den Spielkarten sowie auch Motive von Kattowitz, Waldenburg [Włbrzych] und Oppeln.

Traditionsreiche Kartenspiele in Schlesien waren vor dem plötzlichen Siegeszug des Skats übrigens Trapola und Karnöffeln. Diese Spiele sind nach 1945 in Schlesien jedoch untergegangen und heute fast vergessen, weil sie besonders unter den vertriebenen Niederschlesiern verbreitet waren. Oberschlesien stemmt sich nun also auch gegen das Aussterben des größten Erfolgsspiels, des spät eingezogenen Skats. Sein Geheimnis ist eben, dass die Wahrscheinlichkeit, genau die gleichen Karten wie im Spiel zuvor wiederzubekommen, minimal ist. Die Zahl der möglichen Kartenverteilungen beträgt nämlich immerhin 2.753.294.408.504.640 Möglichkeiten. Till Scholtz-Knobloch

SAGENWELT

Als „Likedeeeler“ ein Volksheld

Die Vorgeschichte der Erfolgsgeschichte der Störtebeker-Festspiele in Ralswiek auf Rügen

VON TORSTEN SEEGERT

Jedes Land hat Legenden – auch Pommern! Einer seiner populärsten Helden, die sich, trotz täglichem Tod bei den diesjährigen Festspielen in Ralswiek auf Rügen durch Unsterblichkeit auszeichnen, ist Klaus Störtebeker. Seine Präsenz resultiert aus der überlieferten Legende, die Teil des Rügener Sagenschatzes ist und vom Volkskundler Alfred Haas gehoben und aufgeschrieben wurde, durch Volkstümlichkeit, dem auch ein ausgezeichnetes Bier mit dem Namen „Störtebeker“ Vorschub leistet, sowie durch Festspiele, die in ihrer Anpassungsfähigkeit an den Zeitgeist über Jahrzehnte Störtebeker in Generationen und einem Millionen-Publikum verankert haben.

Das klingt zunächst etwas übertrieben, aber den wenigsten dürfte bekannt sein, dass auch die seit 1993 existierenden Störtebeker-Festspiele eine lange Tradition und Vorgeschichte haben. Denn bereits 1958 trug sich die SED mit dem Gedanken, Rügenfestspiele ins Leben zu rufen, die als ein nationales Volksschauspiel beziehungsweise eine Volksoper inszeniert werden sollten. Störtebeker, der sich bereits weit vor dieser Zeit in den überlieferten Sagen vom Seeräuber zum Volkshelden gewandelt hatte, sollte nun bei den vorgesehenen Festspielen zur idealen Projektionsfläche eines Vorkämpfers des Volkes werden.

Vorkämpfer für das Volk

Nachdem bei einem Treffen in Putbus die Entscheidung für Ralswiek als Aufführungsort am Großen Jasmunder Bodden gefallen war, weil die landschaftliche Einbettung der zu schaffenden Naturbühne überzeugte, begannen die Vorbereitungen, die sich über Monate hinstreckten. Beteiligt waren daran neben kleinen Handwerksbetrieben Rügens die DEFA und die Deutsche Werbe- und Anzeigen-gesellschaft (DEWAG).

Auch die künstlerischen Vorbereitungen des Balladenstoffes bedurften eines gewaltigen Vorlaufs. Von Anfang an fuß-



Der Urvater aller Störtebeker von Ralswiek: Lothar Krompholz in einer Szene mit der dänischen Königin Margarethe I. in der ersten Spielzeit 1959/60 Foto: Archiv J. Barthel

ten diese auf das Zusammenwirken zwischen Laien- und Berufskünstlern – und so ist es bis heute. Doch im Unterschied zur Gegenwart wurde damals ein weitaus höherer Aufwand betrieben. Ein Beispiel: Die Mitwirkenden, etwa 1000 sollen es gewesen sein, setzten sich aus Chören, Tanz- und Reitergruppen sowie Kleindarstellern der Insel und hier stationierten Soldaten zusammen.

Inhaltlich gibt es zu heute weitere Unterschiede, denn damals wurde an einem Abend das ganze Leben von Klaus Störtebeker in der Festspiel-Ballade erzählt. Alles begann im Jahr 1391 im Dorf Ruschvitz auf Rügen, dem Heimatort Störtebekers. Hier kam es zum ersten Konflikt zwischen den Herrschenden und dem Helden. Ein nicht gehaltenes Wort lässt ihn dabei mit seiner Liebsten Treble fliehen. Nach einer weiteren Enttäuschung über den Verrat der „Mächtigen und Großen“ wird er zum „Likedeeeler“ (Gleichteler) – ein Feind der Reichen, ein Freund der Armen. Sein spektakuläres Ende findet Störtebeker schließlich, nach etwa drei Stunden Spielzeit, im Jahr 1401 auf dem allseits bekannten Hamburger Grasbrook.

Obgleich die Ballade, die von Kurt Barthel (Künstlername: KuBa) nach der von Haas aufgeschriebenen Sage entstand, von Günter Kochan musikalisch umrahmt und von Hanns Amselm Perten inszeniert wurde, eine begeisterte Aufnahme beim Publikum fand, endeten die Rügenfestspiele bereits nach dem zweiten Jahr.

Versorgung war das Problem

Nun gingen 20 Jahre ins Land, bis es zur Fortsetzung der Festspiele kam. Angepasst an die neuen Möglichkeiten, ausgestattet mit neuem Logo, übernahm das Volkstheater Rostock weite Teile der künstlerischen Umsetzung der Ballade von KuBa und das sogar neben dem laufenden Spielplan des Theaters. Die Naturbühne wurde komplett neu ausgestattet mit Kulissen, Schiffen, Masken und Kostümen. Nach Lothar Krompholz (1959–1960) wurde Störtebeker jetzt von Manfred Gorr (1980–1981) verkörpert.

Aber: Wieder endeten die Festspiele nach nur zwei Jahren. Die Gründe waren vielfältig, neben materiellen – es war die Zeit der Ölkrise – gab es logistische Probleme, denn die Versorgung der Festspielbesucher durch die Bäckereien und Flei-

schereien der Insel konnte bei dem parallel laufenden Großprojekt des Fährhafens Mukran nicht mehr gewährleistet werden.

Auch nach 1990 gab es mehrere Initiativen zur Fortführung. Einer der wenigen, der zu den alten Festspielen noch Auskunft geben konnte, war der Bühnenbildner Falk von Wangelin. Auch Peter Hick, Intendant, Schauspieler und Stuntweltmeister kannte sich mit Festspielen bestens aus. Der gebürtige Sudetendeutsche, der in Thüringen aufwuchs, kam aus Bad Segeberg nach Rügen. Gemeinsam und mit neuen Mitstreitern etablierte er die Festspiele mit neuem Konzept auf einer der schönsten Naturbühnen Europas.

Wieder fest etabliert seit 1993

Alles begann wieder am 3. Juli 1993 mit dem Titel der ersten Episode: „Wie einer Pirat wird“, bei der Störtebeker durch Norbert Braun (1993–2001) verkörpert wurde. Ihm folgten Sascha Gluth (2002–2012), Bastian Semm (2013–2017), Alexander Koll (2018–2020) und Moritz Stephan (seit 2022). Jeweils 150 Mitwirkende zu Fuß, Pferd, Schiff und in der Luft ließen in 30 Jahren mehr als 8,9 Millionen Menschen nach Rügen pilgern und somit den Mythos Störtebeker weiterleben.

Obwohl die ersten Festspiele keinen Bestand hatten, gibt es sehr wohl einen interessanten Rückblick auf die damaligen Aufführungen. 1980 wurden die Rügenfestspiele der dreiteiligen Ballade von KuBa vom DDR-Fernsehen aufgezeichnet, 2017 wieder entdeckt und vom Studio Hamburg auf DVD veröffentlicht. Am 22. Oktober desselben Jahres erfolgte die erste öffentliche Wiederaufführung des Filmstreifens vor 130 Gästen im Sassnitzer Rügen-Hotel, mit Manfred Gorr, dem Störtebeker von 1980 und 1981, als Gast. Die DVD ist nach wie vor erhältlich

Im kommenden Jahr folgt ein neues Abenteuer. Vom 28. Juni bis 13. September 2025 wird Störtebeker mit seinen Verbündeten, getreu seinem Leitspruch „Gottes Freund und aller Welt Feind“ den Pfeffersäcken das Fürchten lehren. Erneut ein ganz besonderes Erlebnis auf der Naturbühne in Ralswiek am Jasmunder Bodden.

● MELDUNGEN

Oldtimer, Erntefest und Sonnenblume

Rügen – Am Mittwoch, dem 18. September, findet um 18 Uhr eine Informationsveranstaltung zum Königlichen 5. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42 und zur Garnison Stralsund im „Verräterhaus“ von Groß Streesow statt. Interessierte sind dazu bei den „42ern“ herzlich eingeladen. TS

Stolp – Werner Machol züchtete in Gumbin bei Stolp eine rekordverdächtige Sonnenblume mit einer Höhe von 4,30 Metern. Er ist seit drei Jahren Rentner und widmet sich seither intensiv seinem Garten, in dem er auch eine Bewässerung für das Gemüse und ein Gewächshaus anlegte. TS

Loitz – Am kommenden Wochenende, dem 7. und 8. September, laden die Vorpommerschen Verlage zu ihrer regionalen Buchmesse in den Loitzer Kulturkonsum (Peenestraße 8) ein. Buchpremieren: „Das Geheimnis der grauen Mönche“ und „Loitz – Geschichten einer kleinen Stadt“. TS

Köslin – Zu einer etwa 90 Kilometer langen Oldtimer-Rallye wird am 15. September rund um Köslin eingeladen. Der Abschluss der Veranstaltung soll gegen 15 Uhr in Roßnow erfolgen, wo ab 12 Uhr auch bereits die Auto-Klassiker zu bewundern sind und zu einem Picknick eingeladen wird. TS

Bütow – Am 31. August fand in Groß Ganssen das diesjährige Erntedankfest statt. Laut Zofia Franc vom Gemeindezentrum waren die Vorbereitungen dazu seit Tagen im vollen Gange. Neben der Übergabe des Erntebrottes, gab es auch künstlerische Darbietungen, Musik und Tanz. TS

Heringsdorf – Seit letztem Wochenende können im Heringsdorfer Kunstpavillon 165 Arbeiten besichtigt werden, die bei der 31. Usedomer Kunstauktion am 14. September versteigert werden. Die Auktion ist eine Veranstaltung des Usedomer Kunstvereins. TS

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG

Emotionales Stettiner Heimattreffen in Lübeck

Zeitzeugenberichte riefen bei Nachkommen zum Teil Unverständnis hervor – doch so war es damals nun einmal gewesen

Am Sonnabend, dem 3. August, fand der traditionelle „Tag der Stettiner“ in Lübeck statt, der diesmal eine Jubiläumsveranstaltung war, denn es war das 70. Mal seit 1954, dass dieser Tag von Stettiner Landsleuten gefeiert werden konnte.

Natürlich kamen nicht mehr Tausende zusammen wie anfangs in Israelsdorf oder später Hunderte im Prismensaal des Hotels Lysia/Mövenpick, als Lübeck noch zu seiner für Stettin übernommenen Patenschaft stand. Jetzt wurden die alten Zeitungsartikel der Lübecker Presse aus den 1950er Jahren verlesen, in denen ausführlich über dieses bedeutende alljährliche Ereignis am ersten Sonnabend und Sonntag im August berichtet wurde.

Diesmal waren es nur noch 35 Teilnehmer, die sich im Bootshaus in der Nähe vom „Haus Stettin“ zur gemeinsamen Feier dieses besonderen Treffens einfanden. Es ist nachvollziehbar, dass für die inzwischen gealterten Stettiner in fern und nah die Anreise und Teilnahme an heißen Sommertagen mit Beschwerden verbunden ist. Jedenfalls freuten sich die

Anwesenden über die gelungene Durchführung des Tagesprogramms, das, kurz zusammengefasst, andächtig, festlich, kommunikativ und sehr informativ gestaltet war.

Es lagen mehrere Grußworte in schriftlicher Form vor, die verlesen wurden: Von der Sprecherin der Pommerschen Landsmannschaft, Margrit Schlegel, und vom Stadtpräsidenten der Hansestadt Lübeck, Henning Schumann. Ein geladener Vertreter der Lübecker CDU war anwesend, und die Stettiner Flagge war am Lübecker Rathaus gehisst worden und grüßte alle Besucher der Stadt.

Der 90-jährige Pastor Karl-Heinz Kuhlmann stimmte in seiner Morgenandacht mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Geh aus mein Herz und suche Freud“ auf diesen sommerlichen Feiertag ein. In seinem nachfolgenden Festvortrag berichtete er mit historischen Fakten über Ereignisse, persönliche Erlebnisse und Empfindungen aus seiner Kindheit in Stettin. Die damaligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse waren für

jüngere Anwesende und Nichtzeitzeugen kaum vorstellbar und die geschilderte ei-



Die Stettiner sind in der Stadt: Am Rathaus weht die Fahne mit dem Greif

gene Begeisterung für Kriegsspielzeug, Uniformen und Heldentum wurden negativ beurteilt. Gleichaltrige Zeitzeugen konnten es allerdings nachempfinden – es war damals so in den 1930er Jahren!

Es folgte nun der mit Spannung erwartete bebilderte Vortrag durch den Zeitzeugen Peter Haese, der vor 80 Jahren als Kind den Bombenangriff auf Stettin am 17. August 1944 mit- und überlebte. Er zeigte Bilder von Stadtteilen, Straßenzügen und Häusern, die an jenem „heißen Sommertag“ zerstört wurden, quasi Bilder vorher/nachher. Es war einer der besonders zerstörerischen Angriffe mit sehr vielen Toten.

Der Ehrenvorsitzende Horst Jeschke ergänzte anschließend den ergreifenden Bericht durch die Schilderung seines eigenen schrecklichen Erlebens im Ortsteil Grambow.

Dann wies Peter Haese noch darauf hin, dass er am 17. August in Stettin auf dem Hauptfriedhof an dem Gedenkstein des Heimatkreises einen Kranz mit Schleife und deutschem Text niedergelegt

habe zum Totengedenken und auch als Friedensappell. All das geschah im Beisein von zwei Teilnehmern aus Berlin.

In diese emotionale Stimmung passte es sehr gut, den Tag mit der traditionellen Kranzniederlegung und Totenehrung an der Glocke im Garten des Hauses Stettin zu beschließen. Die Worte des Gedenkens, gesprochen von Eberhard Gaese, schließen auch immer den Verlust der vielen Tiere ein, die verstarben oder zurückgelassen werden mussten. Der Kranz wurde am nächsten Tag nach Travemünde transportiert und dort an der Versöhnungskirche in der Lindenallee an dem Stettiner Gedenkstein niedergelegt.

Vorgestellt wurde der neue druckfrische Stettiner Bürgerbrief, der inklusive einer CD erhältlich ist. Er kann im Haus Stettin bestellt werden.

Es war wieder ein schönes Zusammensein im Kreise der Landsleute. Man fühlt sich verstanden und vertraut in der großen pommerschen Familie.

Ursula Zander
Vorsitzende des Heimatkreises

„Nur Gerechtigkeit schafft Frieden!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Japan ist wirklich ein wunderbares Land. Ich stimme jedem Satz Ihres großartigen Tokio-Artikels zu“

Ann-Kathrin Kaltenegger, Salzburg
zum Thema: Tokio, du hast es besser
(Nr. 34)



Ausgabe Nr. 34

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KNAPP ÜBERLEBT

ZU: FEUERSTURM IN KÖNIGSBERG
(NR. 34)

„Gott sei Dank“ für den ausführlichen Bericht von einem ungeahndeten Verbrechen am 26/27. und 28/29. August 1944 durch den selbst ernannten „Soldier of Christ“, Luftmarschall der RAF Arthur Harris! Der PAZ-Autor hat dieses Verbrechen des Untergangs von Königsberg sehr gut kommentiert. Ergebnis? Königsberg war größtenteils zerstört, auch das „Gestapohauptquartier“. Da lagerte die „Akte“ Cordula Thüne aus Rastenburg. Meine Mutter war nach einer Silvesterfeier 1944 wegen Lästerei über den „Führer“ vorgeladen worden. Sie wurde nach der Geburt des dritten Kindes entlassen. Doch vorher hatte meine Mutter sich mit mir mit dem Zug aus Königsberg abgesetzt. Meine Schwester Elke kam am 8. September 1944 in Kospa/Sachsen zur Welt. In der Nähe diente mein Vater Oskar bei der Luftabwehr von Eilenburg zum Schutz der Papierfabrik.

Abgesehen davon, dass ich bei dem Gedränge bei der Flucht beinahe verloren ging, haben wir überlebt. Mein Großvater Arthur Porsch aus Wargienen wurde von den Russen auf seinem Gutshof erschossen. Meine Großmutter Lucie wurde in die Pripjet-Sümpfe verschleppt, wo sie ums Leben kam.

Doch das ungeheure Verbrechen „Königsberg“ blieb ungesühnt. Wo bleibt das Allgemeingültige „Justitia fiat pax? Nur Gerechtigkeit schafft Frieden!“

Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim

EIN MENSCHHEITSVERBRECHEN
ZU: FEUERSTURM IN KÖNIGSBERG
(NR. 34)

Mit meinen 87 Jahren bin ich wohl einer der letzten Zeitzeugen des alliierten Bombenkriegs. Uns traf es beim zweiten Großangriff auf Wuppertal in der Nacht vom 24. zum 25. Juni 1943. In unserem Haus kamen alle Bewohner knapp mit dem Leben davon, gegenüber waren alle tot.

Laut A. C. Grayling fanden beim ersten Angriff, dem auf Barmen, 3400 Menschen den Tod, 170.000 wurden ausgebombt. Der zweite Angriff, der auf Elberfeld, forderte 1800 Menschenleben und hinterließ 112.000 Ausgebombte. Andere Quellen sprechen von insgesamt 7000 Opfern. Von der RAF eingesetzt wurden 630 Maschinen, von denen immerhin 34 verlorengingen: zehn Halifax, zehn Stirling, acht Lancaster und sechs Wellington, um einmal einige Flugzeugtypen zu nennen. Das war ein Verlust von knapp 5,4 Prozent, was für die RAF als hinnehmbar galt, zumal die deutsche Flugabwehr mehr und mehr erlahmte.

Der Brite Grayling kommt in seinem Buch „Die toten Städte“ zu dem klaren Urteil: „Das Vorgehen der Alliierten verstößt eindeutig gegen alle Regeln humanitärer Grundsätze – damals wie heute.“

Die britische Öffentlichkeit sieht ihren Bombenkrieg allerdings als heroischen Akt. Im Londoner Imperial War Museum gibt es eine schaurige Bild-Ton-Schau des großen Luftangriffs auf Hamburg. Seit 2012 steht im Green Park in London nicht weit vom Buckingham Palace das Royal Air Force Bomber Command Memorial zu Ehren der 55.573 gefallenen britischen Flieger. Bei jedem meiner Besuche dort fand ich auf dem Sockel der Figurengruppe der Bomberpiloten reichlich „poppies“ (Klatschmohnblüten), Ehrenbeweis der Briten für ihre Gefallenen seit dem Ersten Weltkrieg.

Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf, sagte Thomas Hobbes mit klarem Blick für die Realität. Der mörderische Bombenterror, die ethnische Säuberung der deutschen Ostgebiete, die Ermordung von 27 Millionen Menschen im Sowjetparadies ebenso wie der Holocaust gehören zu den großen Menschheitsverbrechen in Europa. Adolf Frerk, Geldern

ÖKONOMISCHE BAUCHLANDUNG
ZU: DIE MENSCHEN (NR. 34)

Der Autor des wieder einmal köstlichen Wochenrückblicks stellt die Ursachen der

beängstigenden Entwicklung Deutschlands in großer Klarheit dar. In der Tat deutet alles darauf hin, dass die Ampel die Prioritäten bewusst setzt. Sie kann anscheinend darauf bauen, dass die Bürger, denen es subjektiv doch „gut geht“, dem Desaster noch eine Weile zusehen, bis alle Minister ihre Versorgungsansprüche maximiert haben.

Erst eine wirtschaftliche Bauchlandung, die einer Bevölkerungsmehrheit weh tut, könnte die Situation ändern. Dass das gefährlich ist, haben die 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts gezeigt. Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

RÜCKSICHTSVOLLE JAPANER
ZU: TOKIO, DU HAST ES BESSER
(NR. 34)

Seit über 50 Jahren ist Düsseldorf die Japan-Hochburg Deutschlands. Seit über 50 Jahren sieht und hört man nichts von Japanern in Düsseldorf. Und wenn, geht es immer exakt genau so vonstatten: Lässt man als Autofahrer in Düsseldorf einen Japaner an einem Zebrastreifen passieren, lächelt dieser einen an, rennt regelrecht über die Fahrbahn (damit man auch ja nicht zu lange auf der Kupplung verharrt) und bedankt sich danach noch mit einem erneuten Lächeln.

Welch ein Genuss! Da gibt es genügend andere Charaktere hier, die extra „lahmarschig“ über die Straße latschen.

Jens Pauly, Düsseldorf

QUERBEET-LOGIK DER BAHN
ZU: 49-EURO-TICKET IN DER KRITIK
(NR. 34)

Ich besitze zwar schon seit vielen Jahrzehnten ein natürlich extrem teures Jahresabonnement der Bundesbahn, irgendwie war damit das Reisen aber ziemlich begrenzt. Jetzt aber mit dem 49-Euro-Ticket könnte ich den ganzen Tag je nach Lust und Laune querbeet durch die ganze Republik reisen. So geht halt die Logik der Deutschen Bahn.

Hier bei mir im mittelfränkischen Büchenbach hält natürlich die S-Bahn, sonst wäre das sehr unlustig. Die Fahrten mit der S-Bahn sind für mich sehr erholsam, denn während der Fahrt nach Nürnberg und auch wieder zurück habe ich genügend Zeit, um die Zeitung, auch die *Preußische Allgemeine*, ausführlich zu lesen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

VIELE SIND ARNO SURMINSKI ZU DANK VERPFLICHTET
ZU: STIMME DES OSTENS (NR. 33)

Es ist außerordentlich verdienstvoll, dass die PAZ den großen ostpreußischen Schriftsteller Arno Surminski anlässlich seines 90. Geburtstags nicht nur mit einem eindrucksvollen Foto auf der Titelseite, sondern auch durch eine Würdigung und ein Interview ehrt.

Surminski, der als Heranwachsender den Einmarsch der Roten Armee, die Verschleppung seiner Eltern und die Inbesitznahme des Landes durch die Polen erleben musste, der schließlich gezwungen war, sein ostpreußisches Zuhause zu verlassen, hatte nie Hemmungen, über die verlorene Heimat zu schreiben. Selbst wenn ihm das den Verdacht einbrachte, ein „Ewiggestriger“, ein „Revanchist“ zu sein. Ein Vorwurf, mit dem die nichtvertriebenen Deutschen, die weder Entrechtung, Enteignung, Zwangsarbeit, Lagerhaft und Folter, noch Vertreibung zu erdulden hatten, gegenüber ihren vertriebenen Landsleuten stets schnell bei der Hand waren.

Die Ostpreußen und alle anderen nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat verjagten Deutschen, die dann in der Zwangsheimat Restdeutschland – milde ausgedrückt – nicht gerade übermäßig willkommen waren, als „Rucksackdeutsche“ verunglimpft wurden und jahrelang buchstäblich in Löchern hausen mussten, sind Surminski für sein literarisches Werk, mit dem er ihnen ein Stück Würde und Selbstachtung zurückgab, zu Dank verpflichtet.

Dr. Walter Kreul, Germering

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

RUINENTOURISMUS

Letzte Spuren deutschen Lebens

Im Gottscheer Land – Erkundungen nach den Resten der einst ältesten deutschen Sprachinsel in Slowenien

VON BODO BOST

Die verlassenen Dörfer der einstigen deutschen Sprachinsel Gottschee [Kočevje] in Slowenien, wo die Natur die ehemaligen Siedlungen in ein Paradies für Tiere verwandelt hat, sind heute Tourismusmagnet. Die Obstgärten der verlassenen Dörfer dienen heute als Nahrungsquelle für Wolf, Bär und Luchs

Die Gottschee wurde im 14. Jahrhundert von den Grafen von Ortenburg mit Siedlern aus Oberkärnten und Osttirol besiedelt. Das Karstland, in dem die Winter lang, die Sommer kurz sind und es kein Wasser im Überfluss gibt, war damals noch menschenleer. Deshalb mussten Bewohner aus fernen Gebieten angeworben werden. Die Gemeinde Gottschee mit ihrem gleichnamigen Hauptort wurde zur ältesten deutschen Sprachinsel Sloweniens, sie war auch die größte und hat ihre Identität am längsten bewahrt. Das Siedlungsgebiet umfasste eine Fläche von 860 Quadratkilometern und 177 Siedlungen.

Wirtschaftliche Probleme hatten schon in der K.-u.-k.-Zeit zu einer Massenauswanderung aus dieser Gegend nach Übersee geführt. Die ersten Gottschee-Dörfer starben noch vor den tödlichen Schüssen von Sarajewo aus. Jahrhundert und die mehrmaligen Osmanenstürme hatte die Gottschee überstanden, aber der Zweite Weltkrieg brachte das endgültige Aus für die Sprachinsel, in der einst 30.000 Deutsche lebten.

Die Isolation der Gottschee durch einen dichten Urwald und das Karstgebiet hatte das Gebiet vom slowenischen und kroatischen Siedlungsgebiet abgeschottet, dies hatte sechs Jahrhunderte lang für den Erhalt der Sprache und Kultur gesorgt. Am Kriegsende wurden die Gottscheer, wie alle Jugoslawiendeutschen, von den Tito-Kommunisten vertrieben. Viele Gottscheer starben auch in den Todeslagern, insbesondere in Sterntal und Tüchern bei Cillje. Nur wenige Hundert, die sich zum slowenischen Volkstum bekannten, durften im kommunistischen Jugoslawien bleiben.

Heute hört man in der Gottschee nur noch ausnahmsweise Gottscheerisch. Die allermeisten Dörfer, Kirchen und das sonstige materielle und immaterielle Erbe



Ausgangspunkt für Ziele ins Gottscheer Land: Der Ort Gottschee mit der am Fluss Rinse gelegenen Bartholomäuskirche

der Gottscheer sind verschwunden. Von einst 123 deutschen Kirchen in der Gottschee sind nur noch 28 erhalten. Weitere wurden nach 2000 wieder aufgebaut oder neu errichtet. In Slowenien leben nur noch weniger als tausend Gottscheer, davon einige Hundert in der heutigen Region Gottschee. Aufgrund des politischen Drucks haben die meisten von ihnen ihre ethnische Identität nach dem Krieg abgegeben. Bei der letzten Volkszählung gaben nur etwas mehr als 20 Personen in der Gemeinde Gottschee/Kočevje Deutsch als ihre Muttersprache an.

Ein Großteil der Gottscheedörfer ist bis heute verlassen, so wie der Ort Tapelwerch, in dem die Kirche, die mit Mitteln der Südtiroler Raiffeisenbank erneuert wurde, das einzige verbliebene Gebäude ist. Die Tourismusverwaltung der Region hat unter dem Stichwort „Lantlain“ (gottscheerisch: „Ländchen“) extra Erkundungstouren für Touristen durch die Ruinendörfer des Hornwalds in der Gottschee ausgeschrieben.

Treffpunkt der Touren ist das Nesselthal-Institut in Koprivnik, von wo aus es mit dem Kleinbus in das nahe gelegene verlassene Dorf Hornberg [Hrib] geht. Letzteres hatte Ende des 19. Jahrhunderts etwas mehr als 200 Einwohner und war seit prähistorischen Zeiten bewohnt.

Der Weg führt tiefer in die Wälder des Gottschee-Hornwalds zum verlassenen Dorf Taubenbrunn [Golobinjek], dort sind in der Nähe noch die Bärenfallen aus der Zeit der Grafen von Auersberg erhalten. Dann geht es zum verlassenen Ort Leseni mit dem Sägewerk Rog, dem einst größten Holzverarbeitenden Betrieb in der Unter-Krain.

Die Gottschee ist heute in Slowenien als das Land der Bären bekannt, alle drei großen Raubtiere Wolf, Bär und Luchs sind in den Wäldern zu finden. Das Gebiet ist wegen seiner dichten Bewaldung bis heute auch das am dünnsten besiedelte Gebiet Sloweniens. Die Südgrenze der Gottschee war zwischen 2004 und 2014 EU-Außengrenze. Deshalb wurde die

einst gar nicht existente Grenze zwischen den beiden Nachfolgestaaten Jugoslawiens mit Straßen und Wachposten ausgebaut, was bis heute die Ruhe der weiten Wälder etwas stört.

2017, nachdem die EU-Außengrenze schon verschwunden war, wurden sechs Urwälder der Gottschee, darunter der Urwald Krok, unter UNESCO-Schutz gestellt. Nur in diesem Urwald hatte nach der Eiszeit die Buche in Europa überlebt, und alle Buchen, die seitdem ganz Europa besiedelt haben, stammen von hier.

Der Hornwald der Gottschee ist auch wegen der zahlreichen Höhlen, das heißt des Karstsystems, bekannt. In einigen dieser Höhlen fanden nach 1945 Kriegsverbrechen von Tito-Partisanen an deutschen Soldaten und deutschen Volksangehörigen statt, 2021 wurden im Hornwald 3000 Skelette gefunden, diese Verbrechen blieben unbestraft und ungesühnt.

● www.kocevsko.com/de/kocevsko/kulturerbe

300. GEBURTSTAG

Unbequemer Freund der Menschen

Der am 11. September 1724 in Hamburg geborene Johann Bernhard Basedow war ein Menschenfreund, der überall aneckte. Sein ganzes Leben hindurch leitete ihn der Gedanke, seinen Mitmenschen nützlich zu sein. Als er 1790 in Magdeburg starb, waren seine letzten Worte: „Ich will seciret sein zum Besten meiner Mitmenschen.“ Doch mit seiner überaus direkten Art und eigenwilligen theologischen Ansichten stieß er auf Ablehnung. „Er selbst beklagte oft mit rührender Ehrlichkeit die Ausbrüche seines Zornes und seiner rohen Natur“, wie sein Urkel Max Müller berichtete.

Basedow propagierte als Vertreter der Aufklärungspädagogik die spielerische Wissensvermittlung. Man müsse die Neugier der Schüler anregen, ihre Freude am Lernen fördern, statt ihnen durch Drohungen und Paukerei Verdross zu bereiten. Die pädagogischen Leitwerte, die er vermitteln wollte, waren selbstständiges Denken, Menschenfreundschaft und religiöse Toleranz. Zwar war er bekennender Lutheraner, doch er warb für Respekt gegenüber allen anderen Religionen.

Sein System der Erziehung und des Unterrichts legte er in der 1758 veröffentlichten „Practischen Philosophie“ dar. An der bemängelte Lessing, dass sie nicht mit dem orthodoxen Lutherum vereinbar sei. Fortan hatte sich Basedow der erbitterten Gegnerschaft aus den Reihen der lutherischen Orthodoxie zu erwehren. Daher nahm er gern den Ruf des Fürsten Leopold Friedrich Franz nach Dessau an, in dessen Fürstentum religiöse Toleranz herrschte. Fürst Franz ermunterte ihn, in Dessau eine Musterschule der Aufklärung zu eröffnen.

Vor 250 Jahren gipfelten Basedows Bemühungen in der Verwirklichung seiner beiden berühmtesten Projekte. Er veröffentlichte sein „Elementarwerk“, das aus vier Textbänden und einem mit Kupferstichen Chodowieckis ausgestatteten Band besteht. Das Werk unterrichtet die Schüler über alle erdenklichen Wissensgebiete. Und er eröffnete sein „Philanthropinum“. Die griechische Bezeichnung bedeutet „Schule der Menschenfreundschaft“. *Veit-Mario Thiede*

UCKERMARK

Kloster, Armenhaus und manches mehr

Kulturzentrum und Museum – Seit 125 Jahren präsentiert das Prenzlauer Dominikanerkloster uckermärkische Geschichte

In Prenzlau fungiert das ehemalige Dominikanerkloster als Kulturzentrum für die Kreisstadt der Uckermark. Dieser vor 25 Jahren restaurierte Gebäudekomplex beherbergt die Stadtinformation, das kulturhistorische Museum, das Veranstaltungszentrum, die Stadtbibliothek und das Stadtarchiv. Das bedeutet die segensreiche Konzentration von wichtigen städtischen Einrichtungen an einem Standort.

Dieses Kulturzentrum hat eine lange Vorgeschichte. Sie begann mit dem 1270 gegründeten Dominikanerkloster, das nach der Säkularisation einer oft wechselnden Bestimmung unterworfen war und erst 1927 das schon am 11. September 1899 gegründete uckermärkische Museum in seinen Mauern aufnahm. Mit der musealen Nutzung begann die bis heute anhaltende Bestimmung als kulturelles Zentrum, das Besucher aus vielen Regionen anlockt. Das liegt auch daran, dass

dieses kulturhistorische Museum mit einzigartigen Objekten einen trefflichen Überblick über die uckermärkische Geschichte ermöglicht.

Das Dominikanerkloster wurde auf Maßgabe von Markgraf Johann I. nach 1250 unter Markgraf Johann II. in vier Bauphasen zwischen 1275 und 1500 als Gebäudekomplex mit gotischer Klosterkirche und zweigeschossigen Klostergebäuden erbaut. Es gehörte bereits 1308 zu den reichsten Dominikanerklöstern der Mark Brandenburg. Im Gefolge der Reformation wurde es säkularisiert und erlebte später zahlreiche Fremdnutzungen. Mal war es Armenhauses, mal Gefängnis, mal Krankenhaus.

Erst 1927 begann die museale Nutzung. Heute wirbt der erhaltene Klosterkomplex nahe dem Unteruckersee damit, die besterhaltene Klosteranlage in Norddeutschland zu sein. 1999 wurde das er-



Treibt Scherze in Prenzlau: Harlekin-Figur vor dem Dominikanerkloster

haltene Bauensemble per Restaurierung zum Schmuckkasten, der mit mittelalterlicher Klosterarchitektur, gotischen Kreuzrippengewölben, interessanten Kreuzgängen, dem Refektorium mit seinen Wandmalereien und der Sakristei mit zahlreichen filigranen Säulen punktet.

Im Mittelpunkt steht das kulturhistorische Museum mit seinen verschiedenen Abteilungen, die einen vielgestaltigen Bilderbogen durch die uckermärkische Geschichte erlauben. Schon Mitte der 1970er Jahre hatte sich das Museum zu einem überregionalen Anziehungspunkt entwickelt. Inzwischen haben neue Schenkungen, Materialergänzungen und thematische Umgestaltungen die Museumsschau weiter aufgewertet.

Die Palette der Objekte reicht von archäologischen Funden und Dokumenten der Rechtsgeschichte über historische Waffen und sakrale Plastiken bis zu einem

Bilderbogen zur Stadtgeschichte. Gezeigt werden Bezüge zur Mitgliedschaft in der Hanse und zum Status als preußische Beamten- und Garnisonsstadt. Hinzu kommen eine Sammlung vorreformatorischer Gewänder sowie die Überreste der abgeschlagenen Schwurhände von zwei Prenzlauer Bürgermeistern, die sich 1425/26 des Verrats schuldig gemacht hatten. Eine Abteilung ist dabei dem in Prenzlau geborenen klassizistischen Landschaftsmaler Jakob Philipp Hackert gewidmet.

Darüber hinaus wird am 8. September die Sonderausstellung „Campo Santo“ mit Werken des Berliner Malers Norbert Thiel eröffnet. *Martin Stolzenau*

● Geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, ab Oktober 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 5 Euro, Telefon (03984) 75265, E-Mail: museum@dominikanerkloster-prenzlau.de

● FÜR SIE GELESEN

Benimmbuch für Kinder

Die Kindertherapeutin Natasha Daniels möchte in „Gut mit anderen auskommen“ jungen Menschen soziale Kompetenzen beibringen. Ziel ist es, leichter Freunde zu finden und sich unter anderen Menschen gut zurechtzufinden.

Zu Beginn gibt es eine wichtige Einleitung für Eltern, die mit ihren Kindern zusammenarbeiten sollten. Auch die kleinen Leser werden angesprochen. In sieben Kapiteln gibt die Autorin Anregungen, wie man mit jemandem ins Gespräch kommt, wie man Freunde findet und sie behält, wie man sich benimmt, wenn man eingeladen ist und vieles mehr. Goldene Regeln dabei sind: zuhören, sich in Geduld üben, Interesse an anderen zeigen und durch nette Gesten das Klima zwischen Menschen verbessern. Viele Tipps im Umgang mit anderen und sozialen Medien bereichern das Buch.

Silvia Friedrich



Natasha Daniels: „Gut mit anderen auskommen. 50 unterhaltsame Übungen“, Yes Verlag, München 2024, Softcover, 160 Seiten, 14 Euro

BIOGRAPHIE



Der moderne Mystiker

Eine aktuelle Biographie über den Schriftsteller und Menschen Rainer Maria Rilke

FOTO: AKG IMAGES

Wendepunkte und Widersprüche in Rilkes Leben, Fragen nach seiner Auffassung von Religiosität im Verhältnis zur Kunst, nach Begegnungen mit Menschen und Orten beleuchtet Gunnar Decker in „Rilke. Der fer-

ne Magier“. Der Journalist Decker hat bereits mehrere Biographien veröffentlicht. Die über Rilke ist gut zu lesen, enthält viele Originalzitate und setzt sein Werk und Leben stimmig zusammen.

CRS



Gunnar Decker: „Rilke. Der ferne Magier. Eine Biographie“, Siedler Verlag, München 2023, gebunden, 608 Seiten, 36 Euro

POLITIK

Ansichten eines Insiders mit reichen Erfahrungen

Der Militärhistoriker Erich Vad zieht in seinem Buch „Abschreckend oder erschreckend“ Bilanz über die Ereignisse seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bis heute und gibt Empfehlungen für eine deutsche Sicherheitspolitik

VON KARLHEINZ LAU

Erich Vad, Jahrgang 1957, gehört zur Offiziersgeneration der damals noch jungen Bundesrepublik Deutschland. Als Brigadegeneral war er militärpolitischer Berater von Angela Merkel. In seinem neuen Buch „Abschreckend oder erschreckend? Europa ohne Sicherheit“ behandelt er den Zeitraum von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart.

Die Darstellung konzentriert sich auf die Zeit ab dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine 2022. Die Jahrzehnte davor waren bestimmt durch eine für Europa und Deutschland bisher einmalig lange Friedensperiode. Diese hatte ihre Herausforderungen: für Deutschland die Unterbringung und nachfolgende Integration von Millionen vertriebener Landsleute aus den Ostgebieten. Es folgten, und das gilt für den gesamten europäischen Kontinent, der Kalte Krieg und der Eisernen Vorhang sowie die politischen Entkrampfungen, die in den Ereignissen ab 1989 mündeten.

Bei Vad lernt der Leser einen in militärischen, strategischen und politischen Bereichen hochkompetenten Fachmann kennen, der überdies ein hohes Maß an Empathie für die jeweils Betroffenen zeigt. Beeindruckend sind seine grundsätzlichen Erkenntnisse und Aussagen über das Wesen von Krieg. Hier ist er ein Anhänger des preußischen Militärstrategen und Reformers Carl von Clausewitz. Der moderne Krieg finde heute nicht nur

auf dem Schlachtfeld statt, sondern „er greift aus dem All, per Computervirus, ... mit Drohnen und Kleinwaffen, als Troll oder Gotteskrieger, auf dem Handy oder in meinem Heim an“. Das sind gerade für den normalen, unbeteiligten Bürger düstere Szenarien, deren er sich oft nicht bewusst sei. Der Autor zieht aus dieser Erkenntnis den Schluss, „das die Verteidigung unseres Cyberspace genauso wichtig sein muss wie die der Landesgrenzen“.

Europa inmitten der Großmächte

Zentrales Anliegen für Vad ist die Stellung und das Verhältnis von Europa/Deutschland zu den Mächten USA, Russland und China. In genauen Analysen untersucht er die Grundpositionen und Interessenlagen der drei Großmächte sowie den Stellenwert und die Rolle Europas und Deutschlands zu ihnen. China beanspruche, erste Großmacht zu werden, und sein Konkurrenz, die USA, steht ihm im indopazifischen Raum gegenüber. Nicht nur militärisch, auch wirtschaftlich sei China Großmacht.

„Die neue Seidenstraße“ ziele ökonomisch nach Europa, aber auch nach Afrika. Russland sei wirtschaftlich von China abhängig und gegenwärtig durch den Ukrainekrieg ausgelastet. Das Ziel, das Territorium der ehemaligen Sowjetunion wiederherzustellen, bleibe Putins Bestreben. Die USA seien unbestritten bis heute erste Großmacht und durch die Nato wichtigste Schutzmacht für Deutschland und Europa. Es bleibe offen, ob sich bei einem Präsidentenwechsel in den USA die Bin-

dungen zu Europa abschwächen werden.

Geradezu leidenschaftlich treibt Vad das Wissen um die schwache Stellung Europas und damit auch den Stellenwert Deutschlands in zahlreichen Stellen seines Buches um. Der Kontinent sei kein Global Player und kein gleichwertiger Machtfaktor neben den drei Großmächten – im politischen, im wirtschaftlichen sowie im militärischen Bereich, und Deutschland sei nicht die führende Macht.

Der Autor sieht im Prozess einer Vereinheitlichung einzelner Politikfelder wie Militär, Sicherheit, Terroristenbekämpfung und Migration Ansätze, die weiterentwickelt werden müssten. Sein Fazit lautet: „Deutschland muss als Zentralmacht in der Mitte Europas eine Führungsrolle einnehmen und den Prozess aktiv vorantreiben.“ Europa habe in zahlreichen Politikfeldern Lücken, sei aber auch heute nicht ohne Sicherheit.

Die Texte sind klar und verständlich geschrieben. Das Buch sollte zur Lektüre des politisch interessierten und engagierten Bürgers gehören, ebenso wie auch zur wiederaufkommenden Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht.



Erich Vad: „Abschreckend oder erschreckend? Europa ohne Sicherheit“, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, gebunden, 238 Seiten, 24 Euro

GESELLSCHAFT

Anleitung zur Selbstheilung

Die amerikanische Familientherapeutin Vienna Pharaon möchte mit ihrem Ratgeber Betroffenen zeigen, wie sie erlittene Traumata überwinden

VON SILVIA FRIEDRICH

Nicht jedem ist es möglich, bei Problemen mit sich und den Mitmenschen einen Therapeuten aufzusuchen. Vielleicht war das der Anlass zur Entstehung des Selbsthilfe-Ratgebers „Deine Familie ist nicht dein Schicksal“ der amerikanischen Ehe- und Familientherapeutin Vienna Pharaon.

Die Psychologin praktiziert seit mehr als 15 Jahren als Therapeutin und kennt sich aus mit den Ursachen und der Verarbeitung von Kindheitstraumata. Auch wenn die meisten Menschen glaubten, die eigenen Kinderjahre seien bestens gewesen, seien doch viele der im Erwachsenenalter vorherrschenden und oft massiv hinderlichen Verhaltensweisen auf Erfahrungen in der Kindheit zurückzuführen.

Verletzungen aufspüren

Pharaon möchte mit ihrem Buch einen Weg aufzeigen, wie man selbst an der Heilung dieser ehemals erlittenen Verletzungen arbeiten kann. „Die gute Nachricht ist, dass wir mit dem Wissen um unsere Vergangenheit und den richtigen Werkzeugen unsere Programmierung so verändern können, dass sich unsere Beziehungen und unser Leben deutlich verbessern“, sagt die Autorin.

In der Einführung über „Unsere Herkunftsfamilien“ berichtet die Autorin von ihrem eigenen Kindheitstrauma, das sie fast ein Leben lang belastete. Sie hatte durch die Trennung und den Streitereien

der Eltern einen erheblichen Sicherheitsverlust erlitten, der sie stets begleitete und negativ beeinflusste. Durch ihre Ausbildung und dank eigener Therapie konnte sie sich schließlich davon befreien und entwickelte für ihre Klienten eine sogenannte „Herkunftsheilarbeit“, wobei es wichtig sei, eine innere Ablösung von den ursprünglichen, immer noch das Dasein bestimmenden Wunden zu erreichen, um gesund zu werden, so Pharaon.

In den vier Kapiteln „Unsere Wurzeln“, „Unsere Wunden und ihr Ursprung“, „Das Verhalten in Beziehungen verändern“ und „Deine Selbstbehauptung“ entwickelt die Autorin mit einigen eingewobenen Fallgeschichten, eigenen Erfahrungen sowie jeder Menge psychologischer Arbeit an sich selbst eine Art Therapie für den Leser, ohne dass man dazu das Haus dazu verlassen muss. Im selbst gewählten Tempo kann man den Ratgeber durcharbeiten und sich bei manchen Dingen mehr Zeit lassen, bei anderen schneller sein. Ein Gewinn ist dieses Buch auf jeden Fall, vielleicht sogar eines der wichtigsten zu diesem Thema, das man je in Händen hielt.

Vienna Pharaon: „Deine Familie ist nicht dein Schicksal. Befreie dich von frühen Prägungen, um unbeschwert zu leben und zu lieben“, Yes Verlag, München 2024, gebunden, 22 Euro



PROVINZ PREUSSEN

Mit Tempo 39 durchs Ordensland knattern

1929 veranstalteten der AvD sowie der ADAC spektakuläre Rallyes und Rundfahrten durch ostpreußische Lande

VON JÜRGEN EHMANN
UND JENS EICHLER

Bei so manchem Autolieber fing es an zu kribbeln, als an jenem Sonntag im Mai 1929 unter „Bevorstehende Sportereignisse“ folgender Text in der Zeitung zu lesen war: „Der Bezirk 14 des Automobilclubs von Deutschland (AvD) veranstaltet im Einvernehmen mit dem Ostdeutschen Automobil-Club und dem Automobilclub von Westpreußen am 1. Juni eine Zielfahrt nach Marienburg und am 2. Juni eine Zuverlässigkeitsfahrt, die von Marienburg über Marienwerder, Dt. Eylau, Osterode, an dem Tannenberg-Denkmal bei Hohenstein vorbei nach Allenstein, Wartenburg, Bischofsburg, Lötzen, Rastenburg und Königsberg führt. Für diejenigen Automobilisten, welche die Strapazen der Zuverlässigkeitsfahrt scheuen, wird im Anschluss an die Sternfahrt nach Marienburg eine Gesellschaftsfahrt vorgesehen, die über Marienwerder, Deutsch Eylau, Osterode, an dem Tannenberg-Denkmal vorbei nach Allenstein, Heilsberg, Königsberg führt und durch die Besichtigung der Burgen in Marienwerder und Heilsberg sowie das Befahren der landschaftlich außerordentlich reizvollen Gebiete sehr interessant zu werden verspricht.“

Durch den polnischen Korridor

Auch das Interesse von Gerhard Mohrawitz war geweckt. Insbesondere, da er vor Jahren die Heimat verlassen hatte, um Arbeit in Berlin zu erhalten. Vielleicht könnte er sogar in Verbindung mit der Rallye seine Verwandten in Deutsch-Eylau treffen, die er seit Jahren nicht mehr gesehen hatte? Also informierte er sich beim Bezirk 14 des AvD und erhielt postwendend eine mit Bildern ausgestattete Ausschreibung zugesandt.

Die Veranstaltung sollte nach der Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich und der Errichtung des Polnischen Korridors gemäß des Versailler Friedensdiktats von 1918 den teilnehmenden deut-



Auf dem Weg nach Allenstein mit einem Mercedes-Benz 12, der immerhin 55 PS unter der Haube hatte und bis 1929 gebaut wurde Fotos (2): klassiker-runde-wetterau.com



Ein neueres und luxuriöseres Modell war der Mercedes-benz 460 „Nürburg“ Pullmann als Limousine, der 1929 bis 1933 gebaut wurde

schen Automobilisten das Deutschtum des Ostens in Erinnerung bringen. Die Ankunft für die Zielfahrt nach Marienburg war zwischen 16 bis 20 Uhr vorgesehen, verbunden mit einer Begrüßungsfeier im großen Remter der Marienburg, an welcher die Mitglieder der Königsberger Oper Rudolf Balve, Klinder und Strahendorf mit Gesangsvorträgen teilnehmen sollten. Natürlich erhielt jeder Teilnehmer auch eine extra für diese Veranstal-

tungskreierte Erinnerungsplakette. An der für die Mitglieder des AvD beziehungsweise des Ostdeutschen Damen-Automobil-Clubs reservierten Zuverlässigkeitsfahrt waren auch alle Lizenzinhaber, die ihren Wohnsitz in Ost- und Westpreußen sowie in Danzig hatten, als auch alle Reichswehr- und Polizeiangehörigen im Besitz einer Fahrerlizenz, teilnahmeberechtigt. Verlangt wurde eine Geschwindigkeit von 39 bis 50 Kilometern pro Stun-

de für serienmäßige Tourenwagen, für Sportwagen wurde je nach Hubraum ein Tempo zwischen 42 bis 52 Stundenkilometern gefordert.

Zwei Siege für Mercedes

Für die eher gemütliche Gesellschaftsfahrt waren ausreichend viele Pausen vorgesehen, um den Teilnehmern die Möglichkeit zur ausgiebigen Besichtigung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten zu geben. Rallye ja, Hast nein! Dazu war es dem AvD und den ihm befreundeten ausländischen Organisationen, insbesondere dem Automobilklub Polski, gelungen, dass die Grenzpassierscheine in Anpassung europäischer Länder

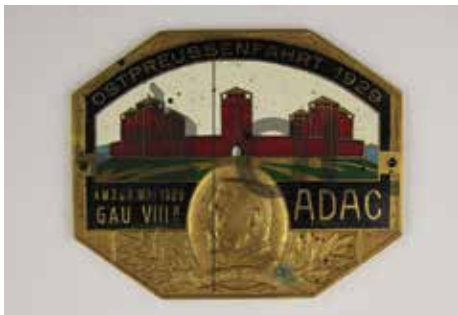
ab dem 14. Mai 1929 anstelle eines dreimonatigen Aufenthalts zu einem einjährigen Aufenthalt in Polen berechtigten. Die veranstaltete Fahrt „Durch deutsches Ordensland“ traf daher überaus aus große Resonanz. Eine genaue Teilnehmerzahl für die 471 Kilometer lange Strecke konnte bis heute nicht ermittelt werden. Dafür aber sind die Sieger bekannt: Zwei Mercedes-Benz-Fahrer belegten die ersten beiden Plätze in der Gesamtwertung.

Aber der AvD, der 1899 in Berlin gegründet wurde, war bei Weitem nicht die einzige Vereinigung, die Autofahrer durch Ostpreußen tuckern ließ. Denn auch der ADAC stand dem in nichts nach. Der 1903 als Deutsche Motorradfahrer-Vereinigung in Stuttgart formierte Verein, hatte schon länger seine als Ostpreußenfahrt titulierte Rallye im Kalender stehen. So auch im Jahr 1929, als es vom 3. bis 5. Mai quer durch das schöne Ostpreußen gehen sollte. Schon seit einer Reihe von Jahren zuvor hatte der Gau Villa des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs jedesmal

mit dem beginnenden Sommer unter der Bezeichnung „Ostpreußenfahrt“ diese bemerkenswerte Motorsportveranstaltung im großen Stil durchgeführt, deren Bedeutung alle anderen motorsportlichen Veranstaltungen Ostpreußens überragte.

Ostpreußisches Auto-Abenteuer

Die große Besonderheit im Jahr 1929 war jedoch, dass diesmal in Ostpreußen der Gesamtclub als Veranstalter auftrat und das komplette Präsidium der Vereinigung vor Ort anwesend war. Man wollte nach Versailles nämlich deutsches Interesse und damit verbunden eine deutliche Präsenz demonstrieren. Das Automobil-Event war nur die eine Seite der Medaille,



Die ADAC-Plakette mit Hindenburg-Relief in der Mitte Foto: OLM

die Außenwirkung inklusive politischer Wirkung die andere. Verknüpfte die Veranstaltung doch die Beziehungen des Deutschen Reiches mit den Gau-Verbänden der Ostbezirke. Motorsport als eine verbindende Veranstaltung. Auch das war damals neu.

Dabei bestand die Ostpreußenfahrt aus zwei gleichzeitig abrollenden in sich völlig gesonderten Veranstaltungen. Zum einen wurde eine Zuverlässigkeitsfahrt über Tannenberg in Richtung zur Kurischen Nehrung durchgeführt, bei der die Automobile ihre technische Qualität unter Beweis stellen sollten. Zum anderen gab es die Rallye, bei der es nur darauf ankam, die vorgegebene Strecke über Allenstein und Königsberg möglichst schnell zu bewältigen.

Beide Fahrten waren ein aufregendes Automobil-Abenteuer, dass heute, rund 100 Jahre später, durchaus wiederholt werden könnte – aus Spaß, Freude am Auto und zum Gedenken an das schöne deutsche Ostpreußen.

WEHRKIRCHEN

Das Baumkuchenfest – köstliche Tradition am Spieß

Mit viel Können, Geschick und Geduld wird das feine Gebäck über dem Feuer stundenlang zubereitet

Wehrkirchen, das bis 1936 Szittkehmen, dann bis 1945 Schittkehmen hieß, ist ein reizvolles Dorf östlich von Goldap, das nur zwei Kilometer vom Königsberger Gebiet und etwa zehn Kilometer von der polnisch-litauischen Grenze entfernt liegt. Seit Jahren findet dort das traditionelle Baumkuchenfest statt, das zu einem Wahrzeichen von Wehrkirchen wurde.

Die Veranstaltung erfreut sich großer Beliebtheit und zieht zahlreiche Liebhaber dieser Leckerei an, wobei die Hauptattraktion eine Backvorführung des Baumkuchens. Der Baumkuchen ist ein Gebäck, das nicht nur in Masuren, sondern auch in der Kaschubei, in Suwalken und vor allem in Podlachien bekannt ist. Sein charakteristisches Aussehen verdankt er der Art des Backens – der dünne Teig wird auf eine rotierende Holzrolle am Spieß gegossen und etwa drei Stunden lang über offenem Feuer gebacken. Es wird angenommen, dass der Baumkuchen seinen Ursprung in Deutschland hat. In Polen soll der erste anlässlich des Besuchs von Königin Bona Sforza in Berżniki in der Region Suwalken Mitte des 16. Jahrhunderts gebacken worden sein. Im Osten Polens ist der Baum-

kuchen auf dem Hochzeitstisch nicht mehr wegzudenken. Schließlich ist der handgemachte Leckerbissen ein traditionelles, feierliches Gebäck.

Sein charakteristisches Aussehen verdankt er der Art, wie er zubereitet wird. Der fertige Baumkuchen hat eine kegelförmige Form mit unregelmäßigen, eiszapfenartigen Erhebungen, die durch das Abfließen des überschüssigen Teigs beim Drehen des Spießes entstehen. Im Querschnitt ähnelt das Backwerk jedoch dem Stamm eines gefällten Baumes – die dicken, hellen Teigschichten werden von dunklen, dünnen Schichten gebackenen Teigs unterteilt. Nach dem Backvorgang nimmt der Baumkuchen eine goldgelbe Farbe an und wird braun. Der fertige Kuchen kann mit Schokolade oder Zuckerguss überzogen werden. Das Backen von Baumkuchen ist eine echte Kunst, die viel Geschick und Geduld erfordert. Wichtig ist die Hitzebeständigkeit, da man drei Stunden lang in der Nähe des Feuers stehen muss, wenn man das Gebäck auf eine traditionelle Art und Weise herstellen will.

Das diesjährige Baumkuchenfest in Wehrkirchen war insofern einzigartig, als



Schicht für Schicht wird der Teig über das sich drehende Gebäck gegossen, wodurch die Maserung entsteht, die dem Kuchen seinen Namen gab Foto: Kazański

im Zentrum des Dorfes sogar eine Statue enthüllt wurde, die dieses traditionelle Backwerk in Holz geschnitzt darstellt. An der kurzen Zeremonie nahmen unter anderem der Bürgermeister der Gemeinde Dubeningken Łukasz Balcun, der Landrat Krzysztof Kazaniecki, der Abgeordnete

des Sejmijs von Ermland-Masuren Jarosław Słoma, die Vertreterin des Gemeindefonds von Goldap Wioletta Anuszkiewicz und zahlreiche Einwohner teil. Der Autor des Denkmals ist Marek Szyszko aus Chwaszczewo in der Region Podlachien. Er war der einzige, der auf die

Ausschreibung der Gemeinde Dubeningken antwortete und ein Angebot unterbreitete. Das Denkmal kostete umgerechnet etwa 6000 Euro.

Das Baumkuchenfeier fand auf einer Wiese neben dem lokalen Ärztehaus statt, wo eine Vielzahl von Attraktionen auf die Besucher wartete. Von verschiedenen Ständen mit Wurstwaren, schmackhaftem Käse, verschiedenen Honigsorten bis hin zu Foodtrucks. Wie es sich für das Fest aber gehört, fehlte es natürlich auch nicht am Star der Feier: Baumkuchen, die in den Dörfern der Umgebung wie Wizajny und Dubeningken gebacken wurden.

Durchaus bemerkenswert ist, dass das Programm der Veranstaltung nicht nur auf kulinarische Genüsse, sondern auch auf Unterhaltung ausgerichtet war. Auf einer großen Bühne traten verschiedene regionale Gesangsgruppen auf. Auch an spannenden Wettbewerben für die Veranstaltungsteilnehmer mangelte es nicht, und für die Jüngsten gab es Attraktionen in Form von Reiten, Gesichtsbemalung und Animationsspielen. Dank des guten Wetters war das Fest sehr gut besucht und die Gäste hatten viel Spaß. Dawid Kazański

● AUFGESCHNAPPT

Der Stern von Kanzler Olaf Scholz ist auch in seiner SPD tief gesunken. Wie tief, illustriert eine Provinzposse aus Brandenburg. SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke hatte schon Mitte August bekräftigt, dass er Scholz nicht auf Wahlkampfauftritten seiner SPD zu den Landtagswahlen am 22. September sehen will. Nun erlaubte sich die Junge Union einen Scherz und stellte zehn Großflächenplakate mit dem Logo der SPD und der Parole „Zwei starke Stimmen für Brandenburg – Wer Woidke wählt, wählt Scholz“ auf, wobei der eigentliche Absender nur ganz klein zu sehen war. Beherrscht wird das Plakat durch die Konterfeis von Woidke und Scholz, Seite an Seite. Der märkische SPD-Vorstand reagierte sofort per Anruf und Protestbrief, man drohte mit rechtlichen Konsequenzen, sollte die JU die Plakate nicht unverzüglich entfernen und bis 5. September eine Unterlassungserklärung abgeben. Bevor die Junge Union die Plakate jedoch selbst entfernen konnte, waren diese sämtlich über Nacht zerstört worden.

H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Früchte der Panik

Wie Berlin schmerzhaft aus der Blase stürzt, und wie Lindner seine Truppe ins letzte Gefecht schickt

VON HANS HECKEL

Das ist aber mal ein schöner Name: „Waldfruchtkoalition“. Wie poetisch nach so einfallslosen Etiketten wie „Kenia“, „Jamaika“ oder gar – „Ampel“! Mit der „Waldfrucht“ meinen die Schöpfer jene Mischung aus Schwarz, Rot und richtig Rot, welche die Bürger von Sachsen und Thüringen demnächst in ihren Landeskabinetten bestaunen könnten, wenn die CDU ein Regierungsbündnis mit BSW und SPD oder womöglich sogar unter Beihilfe der Linkspartei bildet. Ob die Mitteldeutschen wohl Freude haben werden an dieser neuen Kreation?

Es sieht nicht unbedingt danach aus. Denn was die eifrigen Brandmaurer da zusammenzimmern, riecht für konservativ-bürgerliche CDU-Wähler weniger nach fruchtig-frischem Neuanfang als nach einem miefenden Matsch, der herauskommt, wenn alle festen Überzeugungen von einst komplett verrotten sind. Dieser Modder müffelt ganz penetrant nach Angela Merkel, die ihre Partei einst auf die Totalabgrenzung zur AfD eingeschworen hatte, um ihren Laden immer weiter nach linksgrün zu drücken. Nun steht man da. Als Skeptiker hegt man schon einen Verdacht, wer in einer solchen Koalition wohl die politische Richtung weist, in der schwarze Allerweltspragmatiker auf beinharte rote Ideologen treffen. Warten wir's ab.

Indes, die Ampelparteien nähmen der Union deren Sorgen gerne ab, wenn sie ihre eigenen dafür los wären. Verwirrung und Verzei-fung haben bei der Ampel einen Wettlauf des Absurden ausgelöst. Ricarda Lang, die ja schon seit jeher mit atemberaubenden Äußerungen zu punkten weiß, ließ auch diesmal kein Auge trocken und meinte im Hinblick auf das Migrationsproblem: „Ich glaube nicht, dass das das Thema ist, das die Menschen hier am meisten umgetrieben hat.“ Wie kommt sie auf diese Einschätzung, fragten wir uns völlig entgeistert. Die Antwort ist simpel: So blubbert es eben aus einer grünen Blase, in der sie seit Jahrzehnten ausschließlich mit denen reden, die ohnehin der eigenen Ideologie folgen. Wenn „die Menschen“ nur noch aus solchen Typen bestehen, kann sich die Wahrnehmung dessen, was die breite Öffentlichkeit angeblich „umtreibt“, recht drastisch von der Wirklichkeit entfernen.

Sobald die Blasenbewohner dann doch den Versuch starten, den abgerissenen Kon-

takt zu den wirklichen Menschen im Land wieder aufzunehmen, kann es holprig werden. Saskia Esken hat dazu Anlauf genommen und ist prompt auf die Nase geflogen. Als Lehre aus dem Wahldesaster müsse man „noch stärker werden, erklären“, doziert die SPD-Chefin. Auch ihr Generalsekretär Kevin Kühnert will erkannt haben, dass es jetzt vor allem darum gehe, die gute Politik der Ampel „verständlicher zu kommunizieren“, weil es bei den Bürgern nämlich ein „riesiges Diskussionsbedürfnis“ gebe.

Wir sind nur zu dumm, um die kluge Politik der Ampel angemessen zu würdigen, heißt das. Die pädagogischen Anstrengungen müssen daher verstärkt werden. Das ist alles? Da wurde es selbst Brandenburgs Finanzministerin und SPD-Vize Katrin Lange zuviel: „Fürs Erste wäre schon einiges gewonnen, wenn bestimmte Leute grundsätzlich nicht mehr an Talkshows teilnehmen würden. Es ist nämlich unerträglich“, sagte sie zur „Bild“-Zeitung und meinte damit Esken und Kühnert. Das Tragische ist ja: Dreck schmeckt immer noch wie Dreck, selbst wenn Saskia Esken den Leuten „erklärt“, es sei Erdbeereis.

Und wie ist es mit unserem „Diskussionsbedürfnis“? Sabbeln ist immer toll, doch nach drei Jahren Ampel wären auch Taten ganz nett. „Aber wir klotzen doch ran!“, wollte uns die Regierung überzeugen und schob noch ganz kurz vor den Wahlen 28 afghanische Kriminelle nach Kabul ab. Dass jeder von denen 1000 Euro Belohnung auf Steuerzahlerkosten erhielt, was in Afghanistan ein kleines Vermögen darstellten dürfte, ließ den Glanz der Regierungstat in den Augen der Deutschen jedoch rasch verblassen. Der Anwalt einer der Abgeschobenen, eines verurteilten Vergewaltigers, ließ zudem wissen, dass sein Mandant sowieso bald zurückkomme.

Lauterbach dreht die Schleimdrüse auf

Das Goldstück hat nämlich eine Frau geschwängert, die in zwei Monaten niederkommen soll, womit der Vergewaltiger als Vater eines deutschen Kindes das Recht erhält ... Frau Esken, Sie müssen Ihre Politik gar nicht „erklären“. Wir erkennen auch so, warum Sie sich verbissen gegen Zurückweisungen an den Grenzen wehren. Sie wissen schließlich: Wenn einer erst mal im Lande ist, haben wir ihn am Hals. Die Möglichkeiten, ihn wieder loszuwerden, gehen gegen Null, weil die deutsche Politik ein riesiges Netz an legalen Schleichwegen angelegt hat, auf denen jeder

Das Tragische ist ja: Dreck schmeckt wie Dreck, selbst wenn Saskia Esken den Leuten „erklärt“, es sei Erdbeereis



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulf Poschardt fordert in der „Welt“ (2. September) ein gründliches Umdenken nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen:

„Es muss anders werden, ganz anders, wenn den Deutschen nicht ihre lieb gewonnene politische Stabilität um die Ohren fliegt. In der Ampel hat das nur die FDP verstanden, aber Christian Lindner steht nach diesem für die Liberalen absolut desaströsen Sonntag noch mehr mit dem Rücken zur Wand. Wäre Scholz Macron, würde er jetzt Neuwahlen ausrufen, aber die SPD ist unter Karnevalsfiguren wie Saskia Esken zu einem Schatten ihrer Selbst geworden und weiß, dass das ihr Ende als Volkspartei wäre.“

Katja Hoyer sieht die Demokratie nicht durch die AfD gefährdet, sondern durch ganz etwas anderes, wie sie in der „Berliner Zeitung“ (2. September) schreibt:

„Die Botschaft an Berlin ist alles andere als ein ‚Weiter so‘. Die Menschen haben auf verschiedensten Wegen versucht, ihre Wünsche und Sorgen demokratisch mitzuteilen. Noch glauben sie daran, dass ihre Stimme auf dem Zettel etwas bewegen kann. Wie lange das so bleibt, hängt jetzt ganz davon ab, welche Lehren man aus den letzten Wochen zieht. Die Demokratie ist jedenfalls nicht im Osten untergegangen. Jetzt ist Berlin am Zug.“

Fritz Goergen sieht die CDU im Gefängnis der „Brandmauer“ verkümmern. Bei „Tichys Einblick“ (2. September) meint er:

„Die Brandmauer sperrt nicht die AfD aus, sondern die CDU ein. Angela Dorothea Merkel (ADM) hat die CDU eingemauert. Hinter ihrer Brandmauer hat ADM die CDU selbst immer grün-woke-linker gemacht ... Diese CDU ist Kellner, auch wenn sie sich als Koch kostümiert.“

Der Philosoph Michael Andrick nimmt sich auf dem Portal „Telepolis“ (31. August) den Begriff von der „Brandmauer“ vor:

„Wer das Wort von der ‚Brandmauer‘ gegen erlaubte Parteien im Munde führt, der möchte tatsächlich die demokratische Republik abschaffen und sich selbst dauerhaft die Herrschaft sichern. Und Redaktionen, die publizistisch selbst eine ‚Brandmauer‘-Politik verfolgen, machen sich zu Komplizen dieser Abschaffung der demokratischen Republik in Deutschland.“

Birgit Kelle zeigt sich auf „Nius.de“ (3. September) genervt von einem oberlehrerhaften Ton gegenüber den Wählern in den neuen Bundesländern:

„Was schlicht breitflächig negiert wird: Der Wähler im Osten braucht keine neue Kommunikation in einfacher Sprache, er will schlicht eine andere Regierung. Er wählt die AfD nicht deswegen, weil ihm die großartige Ampel-Politik nicht gut genug kommuniziert wurde, sondern weil er sie, ganz im Gegenteil, sehr genau verstanden hat. Und er will sie einfach nicht.“

● WORT DER WOCHE

„Ich habe nicht das Gefühl, dass sie die größeren Zusammenhänge auch nur einigermaßen durchschaut.“

Klaus v. Dohnanyi, in der „Welt“ vom 28. August über Annalena Baerbock